

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Saar

Wahlprogramm 2017

Programmentwurf Landesparteitag 22. Januar 2017 Heusweiler

2		
3	Inhalt	
4	1. Ökologischer Wandel – Erhalt der Lebensgrundlagen	8
5	Klimaschutz - Energiewende beschleunigen.....	8
6	Gemeinsam für Mensch, Tier, Natur und Umwelt.....	11
7	Grüner Verbraucherschutz.....	17
8	2. Ökonomischer Wandel – treibende Kraft in die Zukunft	19
9	Starke Wirtschaft im stetigen Wandel	19
10	Nachhaltige Finanzen sichern Investitionen in die Zukunft.....	22
11	3. Digitalisierung der Gesellschaft	24
12	Herausforderung für unsere Zukunftsgestaltung	24
13	Wirtschaft Digital: Eine Strategie für freiheitliches und ökologisches Wirtschaftshandeln ..	25
14	Netzpolitik: Ein freies und demokratisches Internet.....	27
15	4. Bildung für die Zukunft unseres Landes	28
16	5. Sozialer Wandel– Demografische Entwicklung gestalten	39
17	Gute Arbeit - soziale Gerechtigkeit.....	39
18	Grün für starke Regionen – Freiräume gestalten - Potentiale nutzen.	43
19	Städtebau – bezahlbarer Wohnraum	47
20	Integration von Geflüchteten	48
21	Gesundheitsversorgung sicherstellen	51
22	6. Mobilität und Verkehrsinfrastruktur	53
23	7. Demokratie und Recht - Innere Sicherheit	57
24	8. Sport und Kultur	63

25	9. Europa ist die Zukunft	65
26	10. Gleiche Rechte verwirklichen	67
27	Regenbogenbuntes Saarland	67
28	Frauenpolitik und Geschlechtergerechtigkeit	68
29		
30		

31 **Vorwort**

32 **Modernisierung und Nachhaltigkeit**

33 Wie soll sich das Saarland ökologisch und ökonomisch weiter entwickeln? Wie wollen wir
34 unsere Bildungs- und Kulturlandschaft ausbauen? Wie wollen wir unser Zusammenleben in
35 Zeiten der Migration und des demografischen Wandels gestalten? Wie können wir unser
36 Land erfolgreich durch die technologischen und energiepolitischen Transformationsprozesse
37 der kommenden Jahre führen. Und wie können wir den anstehenden Wandel zu einer
38 Erfolgsgeschichte für alle Saarländerinnen und Saarländer machen?

39 Wenn am 26. März 2017 der saarländische Landtag neu gewählt wird, dann haben die
40 Saarländerinnen und Saarländer die Chance mit ihrer Wahlentscheidung wichtige und
41 richtungsweisende Weichenstellungen zu treffen. Wir, die saarländischen Grünen legen
42 Ihnen mit dem vorliegenden Wahlprogramm die Eckpunkte unserer Vorstellungen von
43 unserem Land und seiner Zukunft dar. Dieses Programm unterliegt einem dynamischen
44 Prozess und gibt uns und dem Land Orientierung in einer sich schnell verändernden Zeit.

45 Eines vorweg: Damit das Saarland Zukunft hat, muss gezielt investiert werden, und es darf
46 nicht weiter nach der Rasenmähermethode gespart werden. Der von früheren Regierungen
47 aufgetürmte Schuldenberg bedroht die Chancen der heutigen und der kommenden
48 Generationen. Wir Grüne wollen das Übel an der Wurzel packen, die strukturellen
49 Schwächen des Landes beseitigen und den notwendigen Wandel vorantreiben. Dafür
50 brauchen wir eine nachhaltige Finanzpolitik, die das Land nicht nur entschuldet, sondern
51 auch gezielte Investitionen in Zukunftsbereiche, wie etwa der Bildung oder den
52 ökonomischen Strukturwandel zulässt.

53 Gleichzeitig wollen wir die öffentliche Verwaltung effizienter und kostengünstiger gestalten.
54 Unser Ziel ist ein Saarland aus eigener Kraft, das unabhängig von anderen, den Menschen
55 gute Entwicklungschancen und ein gutes Leben bieten kann.

56 Das Saarland steht vor großen Herausforderungen und Veränderungen in fast allen
57 Bereichen und Belangen unserer Gesellschaft. Tiefgreifende Transformationsprozesse
58 werden schon bald unseren Alltag, unsere Arbeit und unser Zusammenleben verändern.

59 Die Digitalisierung von Wirtschaft und Gesellschaft, Industrie 4.0, die technologischen
60 Veränderungen im Bereich von Kommunikation, Medien und Logistik und nicht zuletzt die
61 Frage des Datenschutzes und der Sicherheit werden uns alle betreffen und auch bewegen.
62 Die Grünen wollen diesen Wandel aktiv mitgestalten. Dort wo Digitalisierung Chancen bietet,
63 etwa durch Ressourcenschonung, effizientere Verwaltungen, im Verkehrswesen oder im
64 Gesundheitsbereich wollen wir sie fördern. Dort wo sie Besorgnisse auslöst, wollen wir sie in
65 einem breiten gesellschaftlichen Diskurs kritisch hinterfragen und adäquate Lösungen
66 suchen. Fest steht, dass das Saarland in den nächsten Jahren eine technologische
67 Revolution durchleben wird. Dafür müssen wir jetzt die Weichen stellen.

68 Auch im Bereich der Energieversorgung. Die Energiewende ist ein weiterer großer
69 Transformationsprozess für unser Land. Die Versorgung von Wirtschaft und
70 Privathaushalten mit erneuerbaren Energien dient nicht nur dem Umwelt- und Klimaschutz.
71 Erneuerbare Energien schaffen und sichern Arbeitsplätze am Energiestandort Saarland. Das
72 über Generationen erworbene saarländische Knowhow im Bereich der Energieverteilung
73 wird auch im digitalen Zeitalter von Smartgrid und Smartmetering überregional gefragt sein.

74 Digitalisierung und Energiewende werden der saarländischen Wirtschaft wesentliche
75 Modernisierungsimpulse verleihen. Sie können auch helfen den Wandel hin zu mehr
76 mittelständischen Strukturen zu forcieren. Das Saarland braucht hierzu eine neue
77 Mittelstandskultur. Wir wollen Gründer und Gründungen fördern und ein entsprechendes
78 Klima hierfür schaffen. Mittleren und kleinen Unternehmen werden wir im digitalen Wandel
79 und auch der stetig komplexer werdenden Vernetzung helfen. Die exzellente Forschung und
80 universitäre Lehre wollen wir weiter ausbauen und diese gezielt mit Unternehmen vernetzen.
81 So schaffen wir krisenfeste und moderne Arbeitsplätze für unser Land.

82 Die Modernisierung der saarländischen Wirtschaft wird auch zu einem ökologischen
83 Strukturwandel führen. Digitalisierung und Energiewende werden uns helfen die Zahl
84 umweltschädlicher Produktionsprozesse in Industrie, Logistik und Gewerbe zu verringern.
85 Der Erhalt und Schutz unserer natürlichen Lebensgrundlagen, die Gesundheit der Menschen
86 oder etwa der Tierschutz und der Ausbau einer umweltverträglichen und gentechnikfreien
87 Landwirtschaft haben für uns bekanntlich einen sehr hohen Stellenwert. Auch dies schlägt
88 sich deutlich in unserem Programm 2017 nieder.

89 Technologischer, ökologischer und wirtschaftlicher Wandel sollen zu einer Erfolgsgeschichte
90 werden. Einer der wichtigen Schlüssel hierzu heißt Bildung. Sie ist unser wichtigstes Kapital
91 für die Zukunft. Von der Kita bis zu den Hochschulen wollen wir (nicht nur) den jungen
92 Saarländerinnen und Saarländern ein ambitioniertes Bildungsangebot machen, um ihnen
93 und damit unserem Land gute Chancen für die Zukunft zu eröffnen. Die saarländische
94 Universität spielt dabei eine herausgehobene Rolle. Wir wollen sie erheblich stärken weil sie
95 über ihre Strahlkraft hinaus, als Motor der Innovation, als bedeutende kulturelle Institution
96 und als Startchance für viele wissenschaftliche Karrieren dienen soll.

97 Parallel zum technologischen und ökonomischen Wandel vollzieht sich im demografischen
98 Wandel ein weiterer Prozess der Veränderung: Unser Gesellschaft wird immer älter,
99 während gleichzeitig unsere Bevölkerungszahl kontinuierlich sinkt. Dem wollen wir neue
100 Konzepte und attraktive Ideen zu Familienfreundlichkeit und mehr Lebensqualität
101 entgegensetzen. Das berührt auch die Frage, wie wir in unserer Gesellschaft
102 zusammenleben wollen.

103 Wir Grüne stehen für Gleichberechtigung, für gesellschaftliche Vielfalt, für
104 Minderheitenschutz und für die größtmögliche Teilhabe von Menschen an gesellschaftlichen
105 und politischen Prozessen und Entwicklungen. Unser Familienbild geht über tradierte
106 Vorstellungen und Konzeptionen hinaus. Familie ist für uns überall da, wo Menschen

107 verbindlich füreinander Verantwortung übernehmen - egal ob in klassischer oder wilder Ehe,
108 mit oder ohne Kinder, Alleinerziehende, in Patchwork oder in einer gleichgeschlechtlichen
109 Partnerschaft. Unser Ziel ist es, mit einem lebenswerten und chancenreichen Saarland
110 Anreize für Menschen zu schaffen im Land zu bleiben und gleichzeitig Menschen zu
111 bewegen, zu uns ins Saarland zu kommen.

112 Ins Saarland kommen aktuell auch Menschen, die auf der Flucht vor Krieg und Gewalt sind.
113 Wir Grüne stehen hier zu unserer humanitären Verpflichtung. Dabei sind wir uns bewusst,
114 dass die Integration vieler Menschen keine leichte Aufgabe sein wird. Aber wir sehen auch
115 die Chancen, die mit Zuwanderung verbunden sind, genauso wie wir von den
116 Schutzsuchenden und Migranten Offenheit und Integrationsbereitschaft erwarten.
117 Denjenigen, die versuchen Ängste und Verunsicherungen zu schüren, um politisches Kapital
118 aus dieser humanitären Katastrophe zu schlagen, erteilen wir eine klare Absage.

119 Wir suchen Lösungen, statt Hass und Hetze zu verbreiten. Denn der Respekt vor der Würde
120 des Menschen ist uns wichtig. Genauso nehmen wir aber auch die Verunsicherungen und
121 Ängste bei vielen unserer Mitbürgerinnen und Mitbürger ernst. Wir werden berechtigten
122 Sicherheitsbedürfnissen stets Rechnung tragen, immer aber auch unter strikter Wahrung
123 rechtsstaatlicher und liberaler Grundsätze.

124 Wir Grünen sind in dieser Frage weder blauäugig noch naiv. Aber wir wollen und werden
125 Haltung zeigen. Wir sind stolz auf die humanitären Anstrengungen vieler Saarländerinnen
126 und Saarländer in der Flüchtlingskrise. Eigenschaften wie Hilfsbereitschaft,
127 Gastfreundschaft, Weltoffenheit und die Werte auf denen diese beruhen, gehören mit zur
128 saarländischen Identität. Die wollen wir stärken, gerade in Zeiten des Wandels und der
129 Veränderung.

130 Und deshalb setzen wir als Grüne auf ein eigenständiges Bundesland Saarland, als einem
131 aktiven Teil der Großregion, mit starken europäischen Bezügen und starker europäischer
132 Identität.

133 Grüne waren oft der Motor für Veränderung, niemals aber ohne gangbare politische Wege
134 und Alternativen aufzuzeigen. Atomausstieg, Naturschutz, Energiewende, Kampf gegen den
135 Klimawandel, nachhaltiges Wirtschaften und vieles mehr haben das Land positiv verändert
136 und lebenswerter gemacht. So wollen wir es auch in Zukunft halten. Die Grünen im Saarland
137 wollen den kommenden Wandel verantwortlich und nachhaltig im Sinne der Menschen
138 mitgestalten.

139 Wir bitten Sie sich mit unserem Wahlprogramm 2017 auseinanderzusetzen. Lesen Sie es,
140 diskutieren Sie es in Ihren Familien und in Ihrem Freundes – und Bekanntenkreis, sprechen
141 Sie unsere Kandidatinnen und Kandidaten auf unsere politischen Ziele und Vorhaben
142 an. Und setzen Sie am 26. März 2017 ein Zeichen für eine nachhaltige und moderne Politik
143 im Saarland.

144 **Unser Leitgedanke:**

145 **Miteinander statt gegeneinander – gesellschaftlichen Zusammenhalt**
146 **verteidigen**

147 In den vergangenen Monaten war die politische Debatte in Deutschland häufig geprägt von
148 teilweise harten und mit Hass sowie gegenseitiger Verachtung ausgefochtenen
149 Auseinandersetzungen, die unter anderem von den sozialen Medien schnell verbreitet
150 wurden. Populismus, gezielte Falschbehauptungen und zum Teil auch Stigmatisierungen
151 gesellschaftlicher Gruppen sind wieder an der Tagesordnung. Darin kamen und kommen
152 nicht nur Fremdenfeindlichkeit und extreme Ablehnung von Minderheiten in verbalen
153 Entgleisungen zum Ausdruck, sondern auch körperliche Gewalt.

154 Diese zunehmende Verrohung schadet dem Zusammenhalt der Gesellschaft in unserem
155 Land. Wir hingegen setzen auf ein Mehr an Miteinander und Diskussionskultur und
156 unterbreiten konkrete Lösungsvorschläge für die Herausforderungen des Landes. Es gilt, die
157 breite demokratische Mitte zu stärken und zu fördern, die für Gerechtigkeit, Menschenwürde
158 und Gewaltfreiheit eintritt.

159 Wir werden nicht hinnehmen, dass gesellschaftliche Gruppen gegeneinander ausgespielt
160 werden. Menschenwürde ist nicht teilbar. Begründeten oder gefühlten Abstiegsängsten in
161 Zeiten globaler Unsicherheit müssen wir mit einer Politik des Zusammenhalts begegnen.
162 Viele Menschen fühlen sich von der wirtschaftlichen Entwicklung abgehängt. Soziale
163 Sicherheit und Gerechtigkeit sind Voraussetzungen für politische Stabilität. Sie müssen
164 wieder stärker in den Fokus rücken. Grundlage dafür ist ein zukunftsfähiges Saarland, in
165 dem man gut arbeiten und leben kann, nicht nur in den Städten, sondern auch in unseren
166 Dörfern im ländlichen Raum.

167 Wir wollen ein Land, das allen eine faire Chance gibt und das alle unabhängig von Religion,
168 Herkunft, Hautfarbe oder sexueller Orientierung respektiert. Wir sagen nein zu Hass,
169 Verrohung, Stimmungsmache und einer Erosion der politischen Kultur in unserem Land.
170 Dies ist die Maßgabe unseres politischen Handelns auch in diesem Landtagswahlkampf.

171

172

173

174

175 **1. Ökologischer Wandel – Erhalt der Lebensgrundlagen**

176 **Klimaschutz - Energiewende beschleunigen**

177 Die Folgen des Klimawandels sind weltweit und auch im Saarland deutlich spürbar. Neben
178 möglichen Auswirkungen auf Lebensqualität, Natur und Umwelt verursacht der Klimawandel
179 auch enorme volkswirtschaftliche Belastungen. Das Deutsche Institut für
180 Wirtschaftsforschung (DIW) schätzt die Kosten durch Klimaschäden im Saarland -
181 aufsummiert bis 2050 auf knapp 20 Milliarden Euro, wenn keine Klimaschutzmaßnahmen
182 getroffen werden.

183 Wir bekennen uns zum Industrieland Saarland. Unser Engagement für den industriellen Kern
184 unserer Wirtschaft darf uns aber nicht aus der Verantwortung für einen ambitionierten
185 Klimaschutz und die Energiewende entlassen. Laut Weltklimarat müssen die Industrieländer
186 ihre Treibhausgasemissionen bis zum Jahr 2050 um 80 bis 95 Prozent reduzieren, um eine
187 Erwärmung von mehr als 1,5 Grad zu verhindern.

188 Die Umstellung auf Erneuerbare Energien ist für uns seit jeher eines der wichtigsten
189 politischen Projekte. Wir werden uns mit aller Kraft für die Energiewende auf Landesebene
190 und vor Ort einsetzen.

191 Mit der Energiewende und dem Umstieg auf die Erneuerbaren Energien wird der Ausstoß
192 von Treibhausgasen wirksam verringert. Im Saarland sind bislang rund 400 MW Leistung
193 Photovoltaik installiert, doch gerade einmal 280 MW Windenergie, obgleich die
194 Landesregierung noch im Februar 2015 eine installierte Leistung von 400 MW Windenergie
195 bis Ende 2016 als realistisch angesehen hat. Um jedoch bis 2020 den erforderlichen Anteil
196 von 20 Prozent Erneuerbare Energien am regionalen Stromverbrauch zu erreichen, wäre
197 aber eine installierte Windleistung von bis zu 800 MW erforderlich. Hier hat die große
198 Koalition Ihr Ziel aus den Augen verloren.

199 Wir setzen uns dafür ein, den Ausbau der Erneuerbaren Energien an den globalen und
200 bundesdeutschen Klimaschutzziele auszurichten, verbindliche Klimaschutzziele,
201 ausgehend vom noch gültigen Masterplan Energie aus dem Jahr 2011 für das Saarland zu
202 definieren und in einem Klimaschutzgesetz festzuschreiben. Den Aktionsplan zur Umsetzung
203 konkreter Maßnahmen werden wir wieder aktivieren. Wir möchten auch den Ausbau der
204 Windkraft zwischen den Ressorts und mit den Kommunen moderieren und aktiv
205 voranzutreiben. Hierbei ist die Beratung und Aufklärung der Kommunen und die umfassende
206 Information der Bürgerinnen und Bürger unerlässlich, um Chancen aufzuzeigen und
207 Vorurteile auszuräumen. Vor diesem Hintergrund fordern wir die Einrichtung einer
208 Servicestelle Energiewende nach dem Vorbild Hessens.

209 Im Bereich der regionalen Wärmeversorgung soll der Anteil der Erneuerbaren Energien
210 ebenfalls deutlich angehoben werden bzw. verstärkt sollen dezentrale hocheffiziente Gas-
211 KWK-Anlagen gefördert werden.

212 Statt weiter an der Kohleverstromung festzuhalten und sich für deren politische
213 Begünstigung zu Lasten der Endverbraucher einzusetzen, sollten die energiewirtschaftlichen
214 Realitäten akzeptiert werden. Alte Kohlemeiler wie im Saarland werden nach und nach
215 unwirtschaftlicher und deshalb von Ihren Betreibern zur Stilllegung angemeldet werden. In
216 den nächsten Jahren werden sie durch Wind und Solarparks sowie Stromspeicher und Netze
217 mit intelligenter Architektur ersetzt werden müssen. Kurzfristig gehört hierzu die Schaffung
218 von Regelenergie-Kapazität durch Bau eines Gaskraftwerks an der Gashochdruckleitung
219 z.B. in Quierschied-Göttelborn anstelle des Kohlemeilers Weiher.

220 In kleinerem Umfang lässt sich Biomasse durch Vergärung nutzen. Den Bau je einer
221 Vergärungsanlage für die grüne Tonne und den Grünschnitt unter der Regie des EVS
222 werden wir fördern.

223 Auch wollen wir die Chancen nutzen, die der stillgelegte Bergbau bietet. Neben der Nutzung
224 alter Bergbauflächen für die Photovoltaik und Windenergie gehört hierzu vor allem die
225 Förderung eines Pumpspeicherkraftwerks im Bergwerk Saar. Die Möglichkeit der
226 Realisierung muss gegen den genehmigten Grubenwasseranstieg abgesichert werden.
227 Gleiches gilt für die Nutzung des Grubengases zur Energieverwertung.

228 Das saarländische Kommunal selbstverwaltungsgesetz ist bezüglich einer Beteiligung der
229 Kommunen an der Energiewende sehr restriktiv. Beispielsweise wird eine Beteiligung an
230 Energiegenossenschaften faktisch ausgeschlossen. Wir werden deshalb über eine Änderung
231 des Kommunalverwaltungsgesetzes die Möglichkeiten der Kommunen, an der Energiewende
232 teilzunehmen, stärken.

233 Das Ausschreibungssystem für Erneuerbare Energien durch das neue EEG wird ab Januar
234 2017 negative Auswirkungen auf den Ausbau der Windenergie im Saarland haben. Die
235 Verwirklichung des Erneuerbaren Energien Ausbaupfades 20/20 ist auch von der weiteren
236 Ausgestaltung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes des Bundes abhängig.

237 Die große Koalition im Land und im Bund hat hier wenig ambitioniert die saarländischen
238 Interessen in der notwendigen Form einbringen können. Dies werden wir gerade im Hinblick
239 auf die saarländischen Projektierer, Genossenschaften, Verbraucher und Erzeuger von
240 erneuerbaren Energien korrigieren.

241 Die Onshore – Windkraft ist Motor und Kostenführer der Energiewende, weil sie regional im
242 Mittelspannungsnetz Strom bereitstellt. Wer sie ausbremst und stattdessen vor allem auf
243 Offshore und Trassenausbau setzt, hält die Energiewende auf und hilft, die
244 Geschäftsmodelle der Großkraftwerksbetreiber künstlich fortzuschreiben. Deshalb setzen wir
245 uns auf Bundesebene für die Rücknahme des Ausschreibungsregimes 2017 ein. Es darf kein
246 Aufhalten der Energiewende und keine Monopolisierung der Akteure geben.

247

248 **Netze umbauen – Stromspeicher fördern**

249 Innovative Speichertechnologien werden in den kommenden Jahrzehnten für die
250 Energiewende von erheblicher Bedeutung sein, da sie angesichts wachsender
251 Einspeisemengen aus Wind, Sonne, Biomasse und KWK-Anlagen eine wichtige
252 Pufferfunktion erfüllen. Dabei sind alle Optionen zu nutzen: Pumpspeicherkraftwerke
253 untertage, Batteriespeicher verschiedener Technologien, sonstige elektrochemische und
254 elektromechanische Speicher. Weiterhin sind die Netze dort, wo notwendig kosteneffizient zu
255 ergänzen: Dazu gehören z.B. Smart Grid-Technologien und regelbare Ortsnetztrafos.
256 Ergänzend gehört auch energiebewusstes rentierliches Nutzerverhalten dazu und nicht
257 zuletzt die Methanisierung überschüssiger Strommengen zur Speicherung im Erdgasnetz.
258 Teilweise müssen diese Technologien besser gefördert werden. Statt tatenlos der billigen
259 Umrüstung von veralteten Kohlemeilern zur Bereitstellung von Regelenergie zuzusehen, die
260 sehr niedrige Wirkungsgrade erbringt, sollte das Land darauf hinwirken, im Rahmen der
261 EEG-Regelungen Geschäftsmodelle für große und innovative Stromspeicher zu fördern.
262 Ebenso netzdienlich wäre die verstärkte Einbindung von Gasturbinen und BHKWs im
263 Verbund mit intelligentem Netzdesign. All dies wollen wir zeitnah in die Wege leiten, um
264 mittelfristige Ausfälle zu vermeiden.

265 **AKW Cattenom endgültig abschalten**

266 Auch der europaweite Ausstieg aus der Atomenergie ist zu einer zentralen Frage zur
267 Zukunftsfähigkeit unserer Region geworden. Aktuelle Sicherheitsgutachten zu Cattenom
268 belegen in dramatischer Deutlichkeit, dass ein Weiterbetrieb dieses Kraftwerks
269 unverantwortlich ist.

270 Wir waren und sind im Saarland Motor der Anti-AKW-Bewegung. Wir werden uns weiterhin
271 auf allen Ebenen für die Schließung des Pannenreaktors Cattenom einsetzen. Dazu gehört
272 auch, dass Klagemöglichkeiten seitens der anliegenden Bundesländer geprüft werden.

273 Das geplante atomare Endlager im lothringischen Bure stellt ein zusätzliches Nuklearrisiko
274 dar. Bislang bestehen große Zweifel, ob die dort anstehende Tonformation überhaupt für
275 eine Endlagerung geeignet ist. Wir fordern vertiefende Gutachten und werden auf allen
276 politischen Ebenen eine Einflussnahme des Saarlandes auf das Genehmigungsverfahren
277 einfordern.

278 **Forschung und Wissenschaft ausbauen**

279 Wir wollen die saarländische Hochschullandschaft in den nächsten Jahren stärker auf
280 Forschung und Entwicklung im Bereich der regenerativen Energien ausrichten. Die
281 entsprechenden Forschungsgebiete etwa im Bereich der Hochschule für Technik und
282 Wirtschaft (HTW), der Universität oder aber von Instituten und der Privatwirtschaft müssen
283 mehr gefördert werden (Doppelung).

284 Zusätzlich werden wir einen Forschungsschwerpunkt „Energieeffizienz“ und integrierte
285 Mikrosysteme der Energieversorgung einrichten und die Ausweitung der anwendungsnahen
286 Energie- und Energiespeichertechnik vorantreiben.

287 Darüber hinaus wollen wir in den Kommunen die Bereitstellung von Flächen und Immobilien
288 für Gründerzentren fördern, um die einseitige Ausrichtung der saarländischen Wirtschaft auf
289 kraftstoffgetriebenen Fahrzeugbau zu verringern. Überhaupt muss die Ansiedlungspolitik
290 stärker koordiniert werden, um Synergien und Clusterbildung zu ermöglichen.

291 **Gemeinsam für Mensch, Tier, Natur und Umwelt**

292 Die Erhaltung der biologischen Vielfalt ist eine Querschnittsaufgabe und muss auf regionaler,
293 nationaler und globaler Ebene alle Politikbereiche einbinden. Wir werden den ökologischen
294 Wandel unter breiter Beteiligung der Bevölkerung, insbesondere von Vereinen und
295 Verbänden und allen demokratischen Kräften auf den unterschiedlichen politischen Ebenen
296 zu einem Hauptthema unserer Agenda machen, für ein lebenswertes Saarland von heute,
297 morgen und übermorgen.

298 Das Saarland zählt zu den Bundesländern mit der höchsten Dichte an Verkehrsinfrastruktur,
299 an Einwohnerzahl pro Quadratmeter, an raumbedeutender Siedlungsaktivität für den
300 privaten Wohnungsbau und an Gewerbeflächen-potenzial pro Kopf. Deshalb muss schon
301 aus Landschaftsschutzgründen der Netto-Flächenverbrauch reduziert werden. Zum Schutz
302 unseres Naturerbes wollen wir mit Programmen und Projekten unter aktiver Beteiligung von
303 Akteuren der Zivilgesellschaft die Biodiversität fördern und ein landesweites
304 Biotopverbundnetz entwickeln. So soll der genetische Austausch innerhalb der
305 unterschiedlichen Lebensräume wiederhergestellt werden.

306 **Ökologische Landwirtschaft fördern**

307 Wir wollen die Ökologische Landwirtschaft stärker fördern und die zur Verfügung stehenden
308 Mittel verstärkt umschichten um bis 2020 einen Anteil von 20% ökologisch bewirtschafteter
309 Fläche zu realisieren. Den Einsatz von Glyphosat - haltigen Pestiziden werden wir auf
310 öffentlichen Flächen des Landes einstellen und andere Flächeneigentümer und
311 Flächenbewirtschafteter gewinnen, dass diese die umweltschädlichen Giftstoffe nicht mehr
312 einzusetzen.

313 Dem dramatischen Sterben der Bienen wollen wir dadurch begegnen, mehr Blühflächen
314 inner- und außerhalb der Siedlungsräume zu entwickeln. Dazu gehört auch, den Zustand der
315 Streuobstwiesen zu verbessern.

316 **Ökologische Waldwirtschaft fördern**

317 Durch die Bürgerwaldreform der Vorgängerregierung sind richtungsweisende
318 Entscheidungen für den Staatswald getroffen worden. Um den Saar-Wald als bedeutendes

319 Instrument der Daseinsvorsorge zu entwickeln, werden wir das saarländische Waldgesetz
320 novellieren.

321 Das Saarländische Jagdrecht werden wir im Sinne des verstärkten Waldschutzes gegen
322 Verbisschäden weiterentwickeln.

323 Der zukünftig steigende Bedarf an Holz muss strengsten ökologischen Standards
324 unterworfen werden und darf dem Ziel Steigerung der Naturnähe und der Holzvorräte nicht
325 widersprechen. Wir sehen im Wald zukünftig erhebliche neue Beschäftigungspotenziale im
326 Rahmen einer verantwortungsvollen und zukunftsfähigen Bewirtschaftung. Dazu brauchen
327 wir weiterhin gut ausgebildete Waldfacharbeiter und Förster.

328 Im Bereich des SaarForst Landesbetriebes werden wir die eingerichteten Reviere nachhaltig
329 personalisieren und gemeinsam mit waldbesitzenden Kommunen und privaten
330 Waldbesitzern einen richtungsweisen Waldbetreuungsansatz erarbeiten. Die beiden
331 Forstbetriebsgemeinschaften, als tragende Säule der ehrenamtlichen Unterstützung des
332 privaten Waldeigentums, werden wir als solche stärken und unterstützen.

333 **Schutzgebiete mit Strahlkraft – Regionale Produkte fördern**

334 Mit unseren Nachbarn in Rheinland – Pfalz werden wir den grenzüberschreitenden
335 Nationalpark Hunsrück- Hochwald zu einem der schönsten Nationalparks Deutschlands
336 weiterentwickeln. Das Biosphärenreservat Bliesgau werden wir als ein zentrales
337 Modellprojekt für eine nachhaltige Regionalentwicklung unterstützen. Den Urwald bei
338 Saarbrücken, der bislang eher ein Schattendasein fristet, werden wir als Waldschutzgebiet
339 mit überregionaler Bedeutung in Wert setzen.

340 Die Natura 2000 – Gebiete werden wir so entwickeln, dass ein effektiver Schutz gefährdeter
341 wild lebender Pflanzen- und Tierarten zur Erhaltung der biologischen Vielfalt gewährleistet
342 wird.

343 Dies darf jedoch nicht zum Nachteil von privaten Flächeneigentümern geschehen, die wir
344 aktiv an dem Verfahren beteiligen werden. Die bisherige Nutzung der Gebiete zur
345 naturnahen Erholung der Bevölkerung wird dabei nicht eingeschränkt.

346 Im Naturpark Saar-Hunsrück werden wir die Akteure unterstützen, die eine besonders
347 naturschonende Nutzung des Parks betreiben. Naturpark Saar-Hunsrück und Nationalpark
348 Hunsrück-Hochwald wollen wir nicht als zwei unterschiedliche Gebietskulissen sehen,
349 sondern diese beiden Gebiete sinnvoll miteinander verbinden. Dies ist wiederum die
350 Grundlage für die weitere touristische Entwicklung dieses besonderen Naturraumes. Die
351 Vermarktung regionaler Produkte im lokalen Handel und der Gastronomie ist dabei eine
352 Möglichkeit, den Tourismus und das Landleben effizient und genussvoll zu kombinieren.

353 Wir stehen für eine Genusskultur, die den Wert unserer Nahrungsmittel in den Mittelpunkt
354 stellt. Im Saarland werden hochwertige regionale Lebensmittel produziert, die Genuss und
355 Nachhaltigkeit verbinden. Regionale Produkte unterstützen die regionale Wertschöpfung und
356 schützen das Klima. Deshalb werden wir die Vermarktung regionaler Produkte stärken und
357 die im Saarland bestehenden Initiativen unterstützen.

358 **Gefahr durch Grubenwasseranstieg – Schutz unseres Trinkwassers gewährleisten**

359 Seit dem 30. Juni 2012 ist der Bergbau im Saarland eingestellt. Das Ende des Bergbaus
360 bringt die Frage mit sich, was mit dem sogenannten Grubenwasser passiert, das sich unten
361 in den Gruben sammelt.

362 Entgegen früherer Pläne sollen die Schächte im Saarland komplett geflutet werden. Bisher
363 hatte die RAG erklärt, das Grubenwasser ewig abzupumpen. So wurde es mit dem Saarland
364 und dem Bund vereinbart. Nun weicht die RAG von dieser Vereinbarung ab. Denn die RAG
365 plant, alle Pumpen abzuschalten. Hierdurch würde das Grubenwasser ansteigen, bis es in
366 Ensdorf drucklos in die Saar überlaufen würde. Das wäre bei 190 Metern über dem
367 Meeresspiegel und im Jahr 2035 der Fall. Der Bergbaukonzern kann hierdurch 17-20 Mio.
368 Euro im Jahr sparen.

369 Ein Anstieg des Grubenwassers bringt einige Risiken mit sich. Hierzu gehören
370 Bodenbewegungen, Erderschütterungen, Tagesbrüche, Ausgasungen (Methan, Radon) und
371 Vernässungen. Die größte Gefahr besteht darin, dass Grubenwasser sich mit unserem
372 Trinkwasser vermischt. Grubenwasser ist hoch salzhaltig. Außerdem befinden sich unter
373 Tage giftige Stoffe, die mit dem Grubenwasser nach oben transportiert würden. Würde sich
374 Grubenwasser mit unserem Trinkwasser vermischen würde dies ungenießbar.

375 Wir wollen die bereits erteilte Genehmigung des Bergwerks Saar widerrufen, die Salami-
376 Taktik des Konzerns beenden und unabhängige Gutachten zu allen möglichen Risiken des
377 Gesamtvorhabens einholen. Hierbei müssen der Landtag, die Kommunen, die Bevölkerung,
378 die Bergbaubetroffenen und die Umweltverbände einbezogen werden.

379 Die Gefahr einer Trinkwasserverunreinigung kann niemand seriös ausschließen. Deshalb
380 steht für uns schon jetzt fest: Zum Schutz des saarländischen Trinkwassers darf es keinen
381 Grubenwasseranstieg bis ganz nach oben geben. Die RAG muss sich an die Vereinbarung
382 halten und das Grubenwasser im Saarland ewig abpumpen.

383 Laut Umweltministerium wären von den Folgen eines Grubenwasseranstiegs rund 600.000
384 Saarländerinnen und Saarländer betroffen. Für all diese Bürgerinnen und Bürger wollen wir
385 Rechtssicherheit schaffen. Wir wollen sicherstellen, dass die Bergschadensvermutung für
386 alle Schäden infolge eines Grubenwasseranstiegs gilt.

387

388 **Verlagerung und bessere internationale Verteilung für mehr Ruhe**

389 Wir fordern darüber hinaus neben der Verlagerung militärischen Flugübungsbetriebes über
390 offenes Meer und unbesiedelte Regionen eine annähernd gleichgewichtige Verteilung des
391 militärischen Übungsflugbetriebs auf alle acht Übungszonen in Deutschland. Wir wollen bei
392 der Bundesregierung darauf hinwirken, dass endlich geprüft wird, ob der Übungsbetrieb von
393 anderen Nato-Staaten zwingend in unserer Region absolviert werden muss. Auch eine
394 international gleichgewichtigere Verteilung des Flugbetriebes soll vor diesem Hintergrund zu
395 einer Verminderung der Belastung im Saarland führen.

396 **Staatsziel Tierschutz stärken**

397 Tierschutz hat im Saarland Verfassungsrang und ihm gehört dadurch ein hoher Stellenwert
398 zugesprochen. In Art. 59 a heißt es, dass Tiere „als Lebewesen und Mitgeschöpfe geachtet
399 und geschützt“ werden müssen. Auf dieser Grundlage wollen wir den respektvollen Umgang
400 mit Tieren weiter verbessern.

401 Die Vorgängerregierung hat durch uns bereits zahlreiche Vorhaben und Projekte zur
402 Verbesserung des Tierschutzes in die Wege geleitet. Wir wollen das Staatsziel Tierschutz,
403 das zum Wohl der Tiere ausgelegt ist weiter vorantreiben. Dabei ist uns wichtig, den vielen
404 haupt- und ehrenamtlichen Tierschützern wieder Gehör zu verschaffen und ihre Belange als
405 wichtigen Grundsatz in die saarländische Tierschutzpolitik aufzunehmen.

406 **Tierschutz und Landwirtschaft**

407 In der landwirtschaftlichen Nutztierhaltung sollen Verbesserungen in der Tierhaltung
408 unterstützt werden, indem der Bau neuer Ställe nur noch vom Land gefördert werden soll,
409 wenn er über die gesetzlichen Mindeststandards für die Tierhaltung hinausgeht.

410 Die saarländischen Milchviehbetriebe stellen das Rückgrat der saarländischen
411 Landwirtschaft dar. Die aktuelle Milchmarktkrise und die finanziell schwierige Situation
412 machen sich auch zu Lasten der Milchtierhaltung bemerkbar. Wir unterstützen die
413 Landwirtinnen und Landwirte in ihrem Kampf für faire Preise, artgerechte Haltung und gegen
414 Überkapazitäten. Zur Durchsetzung fairer Preise fordern wir eine verbindliche,
415 nachfrageorientierte Mengenregulierung für Milch auf EU-Ebene.

416 Vorwiegend in der intensiven Haltung werden schätzungsweise pro Jahr 15.000 Kälber im
417 Saarland ohne die Vergabe von Betäubungsmitteln enthornt. Um das Leid dieser Tiere zu
418 mindern, wollen wir extensive Haltungssysteme weiter fördern und die finanzielle
419 Unterstützung zur Umstellung auf Biolandwirtschaft ausweiten.
420 Das vom Bundesrat angestoßene Verbot der ganzjährigen Anbindehaltung wollen wir weiter
421 unterstützen und die vorgesehene Übergangsfrist von zwölf Jahren kürzen.

422 Haltungsbedingungen, Fütterung und der Transport sollen den arttypischen Ansprüchen
423 Rechnung tragen und nicht allein wirtschaftliche Ziele verfolgen. Der Einsatz von
424 Medikamenten und Hormonen soll auf ein Minimum reduziert werden.

425 Zusammen mit den Nutzerverbänden wollen wir ein Label entwickeln, das eine artgerechte
426 Haltung der Tiere durch die landwirtschaftlichen Betriebe garantiert. Dies soll für mehr
427 Transparenz bei der Auswahl von zugleich regionalen und tierschutzgerechten
428 Lebensmitteln sorgen.

429 Um strengere Kontrollen bei der Einhaltung von Mindeststandards in der Nutztierhaltung zu
430 gewährleisten, müssen wir die Veterinärbehörden besser ausstatten.

431 Wir setzen uns dafür ein, dass verbindliche Vorgaben für artgerechte Haltung, z.B.
432 Bestandsobergrenzen, Auslauf- und Weidegebot, rechtlich verankert werden.

433 **Tierschutz und Jagd**

434 Neben der Landwirtschaft muss insbesondere die Jagd zukünftig verstärkt
435 tierschutzrechtlichen Aspekten Rechnung tragen.

436 Jahr für Jahr werden Tausende von Tieren aus purer Lust an der Jagd getötet und
437 anschließend ungenutzt entsorgt. Das Tierschutzgesetz schreibt dagegen vor, dass ein Tier
438 nur aus vernünftigem Grund getötet werden darf. Ein solcher ist nicht gegeben, wenn Tiere
439 zum Objekt gesellschaftlicher Ereignisse oder zur Zielscheibe degradiert werden. Wir
440 wenden uns entschieden gegen den weiteren Abschuss nicht nutzbarer und/oder im Bestand
441 bedrohter Tierarten. Ebenso ist die Ausbildung von Jagdhunden an lebenden Tieren und der
442 Fallenfang tierschutzrechtlich sehr bedenklich und nicht mehr zeitgemäß, was sich in einem
443 zeitgemäßen Jagdgesetz widerspiegeln muss.

444 **Exoten sind keine Haustiere**

445 Der Handel mit exotischen und teilweise für den Menschen gefährlichen Tieren nimmt
446 kriminelle Ausmaße an. Obwohl das Washingtoner Artenschutzübereinkommen
447 Regelungsinhalte definiert hat, um den weltweiten Handel mit zum Teil bedrohten Arten
448 einzuschränken, gelangen nach wie vor Millionen von Tieren in den Handel.

449 Auf Tierbörsen können auch noch so unerfahrene Besucher hochgiftige Tiere erwerben,
450 ohne ihr Alter oder ihre Sachkenntnis nachweisen zu müssen. Aus diesem Grund vegetieren
451 viele Tiere aus Wildfängen oder Nachzuchten hilflos dahin - weder in natürlicher noch
452 artgerechten Umgebung. Beim Ausbruch oder nicht sachgemäßem Umgang mit
453 gefährlichen Tieren besteht eine unmittelbare Gefährdung von Personen.

454 Wir wollen eine Ächtung des Handels mit Exoten und unterstützen entsprechende Initiativen
455 zur Beendigung dieses Handels für private Zwecke. Begründete Ausnahmen können nur die

456 dafür zuständigen Behörden erteilen. Insgesamt brauchen wir schärfere Kontrollen durch die
457 für die Überwachung des Artenschutzrechtes zuständigen Behörden und effiziente
458 Instrumente, die den Schutz von Exoten verbessern.

459 **Tiere sind keine Versuchsobjekte**

460 Im Saarland werden jährlich mehr als 20.000 Tiere in Tierversuchen benutzt und getötet. Mit
461 der Einrichtung von weiteren Sonderforschungsbereichen an der Universität des Saarlandes
462 wird die Zahl deutlich ansteigen. Damit hat das Saarland einen weit überdurchschnittlichen
463 Anteil an Versuchen aus der Grundlagenforschung. Während der Bundesdurchschnitt bei
464 35% liegt, ist er im Saarland mit 70% doppelt so hoch. In Tierversuchen werden Tiere zu
465 bloßen Objekten degradiert, ihnen werden erhebliche Schmerzen zugefügt, sie werden
466 getötet und weggeworfen. Dabei sind viele Ergebnisse der Tierversuche nicht einmal auf den
467 Menschen übertragbar oder nicht darauf gerichtet, Nutzen für den Menschen zu bringen.
468 Perspektivisch sollte auf Tierversuche ganz verzichtet werden können.

469 Wir setzen uns dafür ein, dass die Zahl der im Saarland durchgeführten Tierversuche
470 deutlich reduziert wird. So könnte mit der Einrichtung einer tierversuchsfreien Testverfahren
471 an der Universität des Saarlandes die Forschung auf dem Gebiet der Alternativmethoden
472 weiter vorangetrieben werden, zugleich könnte die Universität damit eine Vorreiterrolle
473 einnehmen und den Wissenschaftsstandort stärken. Zudem sollen konkrete
474 Forschungsvorhaben stärker gefördert werden, wenn bei den Versuchen auf den Einsatz von
475 Tieren verzichtet wird, sodass die praktische Anwendung von bereits vorhandenen
476 tierversuchsfreien Testmethoden gestärkt wird.

477 **Kommunales Wildtierverbot in Zirkussen**

478 Wir wollen unsere Appelle an die saarländischen Kommunen intensivieren, ein deutliches
479 Zeichen für den Tierschutz im Bereich der Zirkusse zu setzen und in saarländischen Städten
480 keine Flächen an Zirkusbetriebe mit Wildtieren zu vermieten.

481 **Eingeschränkte Vielfalt in Zoos**

482 Im Bereich der Tierhaltung in unseren beiden zoologischen Gärten fordern wir die
483 Beendigung artwidriger Haltung bestimmter Tierarten, deren natürlicher Lebensraum
484 unmöglich in Gefangenschaft abzubilden ist. Für andere Tierarten setzen wir uns für stark
485 verbesserte Lebensbedingungen in der Gefangenschaft ein.

486 **Vermittlung von Tierschutz im Unterricht**

487 Schülerinnen und Schüler sollen in allgemeinbildenden Schulen obligatorisch im Bereich
488 Tierschutz gebildet werden. Dies soll fächerübergreifend stattfinden und alle Bereiche
489 umfassen, in denen Tieren Schaden zugefügt wird, sowohl in der freien Natur als auch
490 systematisch in der industriellen Landwirtschaft.

491 **Kennzeichnungspflicht und Kastrationspflicht für Katzen**

492 Um dem illegalen Handel von Tieren wirksam zu begegnen, werden wir uns über
493 Bundesrecht für die Einführung einer Kennzeichnungspflicht für Hunde und Katzen
494 einsetzen. Die bundesweit festzustellende Vermehrung von Katzen lässt sich nur über eine
495 entsprechende Verpflichtung zu Kastration eindämmen. Diesem für Tier und Tierschützer
496 gravierenden Problem über kommunales Satzungsrecht zu begegnen (z.B. Paderborn) ist
497 rechtlich bedenklich. Ein rechtlich ordnungsgemäßes Vorgehen ist nur über eine
498 bundesrechtliche Lösung im Tierschutzgesetz erreichbar.

499 **Hundeführerschein und Hundesteuer**

500 Durch falsche Haltung und Erziehung kann potentiell jeder Hund gefährlich werden, zum
501 Schaden seiner Umgebung und sich selbst. Um hier präventiv wirken zu können, möchten
502 wir prüfen, ob jedem saarländischen Hundebesitzer die Möglichkeit gegeben werden kann,
503 über einen Sachkunde-Nachweis einen „Hundeführerschein“ zu erlangen. Mit einer solchen
504 Bescheinigung wäre zum Beispiel eine Verringerung der an die Gemeinde zu entrichtenden
505 Hundesteuer denkbar.

506 **Lobby für den Tierschutz**

507 Wir werden die staatliche Wildtierauffangstation in Eppelborn weiter stärken und den Runden
508 Tisch Tierschutz wieder zu einem Gremium machen, dessen Anliegen in der Politik echtes
509 Gehör findet. Der oder die gewählte Landesbeauftragte für Tierschutz soll auf Augenhöhe
510 zwischen Politik und Tierschutz ehrenamtlich zum Wohle der Tiere handeln und dabei durch
511 regionale Tierschutzbeauftragte unterstützt werden.

512 Gemeinsam mit unseren Tierschutzorganisationen unterstützen wir entsprechende
513 Initiativen, damit sich die öffentliche Hand an der Finanzierung eines Tierschutzes, der den
514 heutigen Herausforderungen gerecht wird, beteiligt. Dazu gehört auch eine den
515 Anforderungen gerecht werdende Ausstattung der saarländischen Tierheime.

516 **Grüner Verbraucherschutz**

517 Verbraucherinnen und Verbraucher haben einen Anspruch auf sichere Lebensmittel und
518 Produkte. In einer zunehmend globalisierten Welt ist es wichtiger denn je informierte
519 Entscheidungen auf immer komplizierteren Märkten und im Internet treffen zu können.
520 Darum wollen wir konsequent die Handlungsspielräume der Landespolitik zum Wohle der
521 Verbraucherinnen und Verbraucher nutzen.

522 **Sichere Lebensmittel und sichere Verbraucherprodukte**

523 Grüne Verbraucherpolitik bedeutet Verbraucherschutz. Insbesondere die Lebensmittel- und
524 Produktsicherheit sind uns dabei ein großes Anliegen. Die Verbraucherinnen und

525 Verbraucher haben das Recht auf sichere Lebensmittel und Verbraucherprodukte und sie
526 müssen sich dabei auf die staatliche Kontrolle verlassen können. Im Fokus stehen hierbei
527 insbesondere der Schutz der Verbraucherinnen und Verbraucher vor einer Gefährdung der
528 Gesundheit sowie vor Schäden durch Irreführung und Täuschung.

529 **Überwachung stärken**

530 Wir fordern die Kontrolldichte und die Güte der Kontrolle im Saarland zu erhöhen. Wir wollen
531 weder Gammelfleisch, noch Dioxin belastete Eier auf dem Teller oder unsicheres Spielzeug
532 im Kinderzimmer.

533 Eine starke Wirtschaft benötigt eine starke Überwachung. Um den redlichen Handelsbrauch
534 zu schützen und somit auch Arbeitsplätze zu erhalten, ist es wichtig, dass eine effektive
535 Kontrolle stattfindet. Denn nur dann ist gewährleistet, dass Hersteller, die nicht ihrer
536 Sorgfaltspflicht nachkommen, entlarvt werden und zur Rechenschaft gezogen werden
537 können. Daher fordern wir eine qualifizierte, effizient arbeitende und engmaschige
538 Überwachung.

539 Um einen effektiven und zukunftsfähigen Verbraucherschutz im Saarland zu gewährleisten,
540 sollen gemeinsame Synergien genutzt werden. Aufgrund der Größe und Struktur des
541 Saarlandes ist es möglich die vorhandenen Kapazitäten zu bündeln (z.B. in den Bereichen
542 der Kontrolle und Untersuchung von Lebensmitteln, Futtermitteln, Trinkwasser, Wein,
543 Bedarfsgegenständen, Verbraucherprodukten, Wasch- und Reinigungsmitteln sowie der
544 Chemikalienüberwachung, etc.) und unter dem Dach einer gemeinsamen
545 Marktüberwachungsbehörde zu organisieren. Dadurch wird nicht nur das vorhandene
546 Potential effektiv zusammen gebracht sondern auch Doppelstrukturen abgebaut. Die
547 dadurch eingesparten Mittel sollen genutzt werden, um u.a. Rückstandskontrollen von
548 Lebensmitteln und Bedarfsgegenständen des Totalherbizids Glyphosat zu veranlassen.

549 In fast allen Bundesländern sind mittlerweile sog. interdisziplinäre Kontrollteams eingerichtet,
550 die die Überwachung von Lebensmitteln und Verbraucherprodukten effektiv unterstützen und
551 die Reaktionsfähigkeit bei Krisen verstärken. Wir werden die Einrichtung eines solchen
552 interdisziplinären Kontrollteams im Saarland unterstützen und vorantreiben.

553 Des Weiteren sollte den stetig wachsenden Aufgaben der Kontrolle von Lebensmitteln,
554 Trinkwasser, Futtermitteln sowie Verbraucherprodukten etc. dadurch Rechnung getragen
555 werden, dass diese Bereiche von einem weiteren Stellenabbau ausgenommen werden.

556 **Regionale Vermarktung von Lebensmitteln**

557 Das Saarland ist nicht nur als Genießer Region bekannt sondern auch für die Produktion
558 hochwertiger regionaler Lebensmittel, die Genuss und Nachhaltigkeit verbinden. Regionales
559 Essen aus biologischem Anbau unterstützt die regionale Wertschöpfung und schützt das
560 Klima.

561 Wir Grünen wollen uns für eine stärkere Vermarktung regionaler Lebensmittel sowie für eine
562 bessere Kontrolle regional ausgelobter Lebensmittel einsetzen um die Verbraucherinnen und
563 Verbraucher vor Täuschung zu schützen. Ein wichtiges Instrument dazu stellt das
564 Schulobstprogramm dar, das wir vollumfänglich unterstützen wollen, damit wieder alle
565 Schulen und Kindertagesstätten an dem Programm teilnehmen können.

566 **Klare Lebensmittelkennzeichnung**

567 Um die Qualität beim Kauf klar zu erkennen, sind Verbraucherinnen und Verbraucher auf
568 eine unmissverständliche und verlässliche Kennzeichnung von Lebensmitteln angewiesen
569 damit sie informierte Konsumentenentscheidungen treffen können. Daher setzen wir uns für
570 klare Produktkennzeichnungen ein, die Auskunft über Herkunft und Inhaltsstoffe,
571 insbesondere auch bei veganen und vegetarischen Produkten sowie über gentechnisch
572 veränderte Bestandteile geben.

573 **2. Ökonomischer Wandel – treibende Kraft in die Zukunft**

574 **Starke Wirtschaft im stetigen Wandel**

575 **Saarland aus eigener Kraft**

576 Wir wollen eine nachhaltige Entschuldung des Landes. Die von früheren Regierungen dem
577 Land und seinen Menschen aufgebürdeten Schulden belasten vor allem die kommenden
578 Generationen und beeinträchtigen somit schon heute die Zukunftsfähigkeit des Landes.
579 Bündnis 90/ Die Grünen streben einen gerechten Länderfinanzausgleich und eine faire
580 Teilentschuldung des Landes an. Sie stehen aber im Sinne der Generationengerechtigkeit
581 zum sparsamen Haushalten und einer intelligent gestalteten Schuldenbremse.

582 Wer das Land nachhaltig entschulden will, muss jedoch die Ursachen der Verschuldung
583 bekämpfen. Sie liegen neben nicht ausgeschöpften Synergien und Sparpotenzialen der
584 öffentlichen Haushalte, Mängeln im Bereich der Steuergerechtigkeit, vor allem in den
585 finanziellen Altlasten, die den Wirtschaftskrisen der vergangenen Jahrzehnte geschuldet
586 sind.

587 Vor diesem Hintergrund streben die Grünen einen grundlegenden ökonomischen
588 Strukturwandel an, der den kommenden Generationen wirtschaftliche- und finanzpolitische
589 Stabilität sichert. Aus diesem Grunde wollen wir zukunftssträchtige Investitionen in den
590 ökonomischen Strukturwandel, wie etwa den Bildungsbereich, den Bereich der Erneuerbaren
591 Energien, des digitalen Wandels und der Mittelstandsförderung von der Schuldenbremse
592 ausnehmen.

593 **Neue Industriekultur durch Energiewende und Digitalisierung**

594 Wir sind die Partei des nachhaltigen Strukturwandels. Sie stehen zur saarländischen
595 Industrie und unterstützen sie im tiefgreifenden Wandel vom alten kohle-basierten Revier,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Saar

596 hin zur neuen vernetzten, Plattform gesteuerten Produktion und Weiterverarbeitung. Das
597 Saarland verfügt als alter Industriestandort über eine reiche Kompetenz im Bereich der
598 industriellen Wertschöpfung. Die saarländische Wirtschaftspolitik muss diese Kompetenzen
599 mit den herausfordernden Transformationsprozessen der Digitalisierung und der
600 Energiewende verknüpfen. Die Schaffung von Clustern im Automobilbereich und die
601 Zusammenarbeit zwischen Forschung und Automobilindustrie sind dabei anerkannte und
602 förderungswürdige Initiativen des Landes.

603 Gleichzeitig sollen vor allem energieeffiziente und ressourcenschonende industrielle
604 Produktionsverfahren vorangebracht werden, die Klima - und Umweltvorgaben entsprechen,
605 die Unternehmen auf der Kostenseite entlasten und einen Innovationsvorsprung vor
606 Wettbewerbern sichern können. Eine wichtige Rolle spielt dabei die Einführung und
607 Umsetzung von Industrie 4.0. Hier ist die saarländische Politik als Koordinator, Taktgeber
608 und als Moderator in puncto gesellschaftlicher Akzeptanz und als Garant für sichere
609 Datennetze gefordert.

610 Mit den von uns Grünen maßgeblich mitentwickelten Industriegebiet auf dem Lisdorfer Berg
611 wurde dem Land weiterer Spielraum für diesen Transformationsprozess eröffnet. Dabei hat
612 sich gezeigt, dass hohe ökologische Standards, modernste Umwelttechnik und ein
613 großzügiger Naturlausgleich keine Hinderungsgründe bei Ansiedlung und
614 Standortentscheidung sind. Auch die An – bzw. Umsiedlung von Industriebetrieben aus
615 Wohngebieten und die gleichzeitige Ausstattung mit neuer Umwelttechnik zeigen, wie
616 Ökonomie und Ökologie erfolgreich zusammengebracht werden können.

617 **Neue Mittelstandskultur**

618 Den Strukturwandel vorantreiben bedeutet auch die Ausweitung des mittelständischen
619 Sektors als dem stabilen Rückgrat der Saarwirtschaft zu fördern. Im Vergleich zu anderen
620 Bundesländern ist im Saarland die mittelständische Kultur deutlich unterentwickelt. Grüne
621 Wirtschaftspolitik fördert nicht nur die Wertschätzung unternehmerischer Initiativen im
622 mittelständischen Bereich. Das Land braucht kreative und risikofreudige Persönlichkeiten,
623 die den Weg in die Selbständigkeit wagen. Wir wollen deshalb Startups erfolgsorientiert
624 fördern und gleichzeitig die Risiken des Scheiterns durch professionelle Unterstützung
625 nachhaltig minimieren. Der einfachere Zugang zu Kapital, die Bereitstellung und Ausbildung
626 von Fachkräften und Hilfestellung beim digitalen Wandel und Technologietransfer sind
627 Essentials Grüner Mittelstandspolitik. Insbesondere den Kleineren und Mittleren
628 Unternehmen (KMU), den Familienunternehmen, Selbständigen, Gewerbetreibenden und
629 Handwerksbetrieben gilt unser Augenmerk.

630 **Energiewende und Technologieförderung**

631 Die Energiewende ist eines der zentralen Grünen Projekte. Schon jetzt haben Grüne
632 Energien andere Energieformen in ihrer Bedeutung eingeholt - trotz aller Widerstände aus
633 Politik und Energiewirtschaft. Im Saarland haben die Grünen verhindert, dass die

634 Energiewirtschaft weiter in den Kohlekraftwerksneubau investiert und sie somit vor Milliarden
635 teuren Verlusten bewahrt. Gleichzeitig wurde unter Grüner Verantwortung der Ausbau der
636 Erneuerbaren Energien vorangetrieben. Grüne Energiepolitik beschränkt sich aber nicht nur
637 auf die regenerativen Formen der Energie- und Wärmeproduktion. Die über Generationen
638 reichende Erfahrung im Bereich der Energieverteilung macht das Saarland zum idealen
639 Standort für intelligente Netze. Die Grünen wollen die Forschung im Bereich der digitalen
640 und kommunikativen Mess - und Regeltechnik fördern und so Referenzprojekte für die
641 Entwicklung von Smart Grid und Smart Metering schaffen. Die punktgenaue
642 Bedarfsberechnung und das entsprechende Vorhalten von Energie senken nicht nur den
643 Energieverbrauch und damit Kosten für Unternehmen und private Haushalte. Ziel grüner
644 Energiepolitik ist es auch, grüne Technologien zu exportieren und damit einen Beitrag zum
645 Strukturwandel, zur ökonomischen Stabilität und mittelfristig zur Klimaneutralität zu leisten.

646 **Den Standort Saarland stärken**

647 Dem Standort Saarland wollen die Grünen wichtige Impulse verleihen. Jungen Familien und
648 Nachwuchskräften sollen aussichtsreiche Perspektiven und Anreize für ein gutes Leben im
649 Saarland geboten werden. Eine immer stärkere Rolle in der Standortpolitik spielt das
650 Marketing. Die Grünen setzen dabei auf Maßnahmen, die dem strukturellen Wandel im
651 Saarland auch thematisch gerecht werden. Vor allem die weltweit anerkannte Forschung im
652 Bereich der künstlichen Intelligenz und der Informationstechnik können dem Land als
653 positiver Werbeträger dienen. Sie sollen das Saarland im Wandel vom alten Industrieviertel
654 zum Land des Technologietransfers und der digitalen Vernetzung, und vom rein
655 quantitativen Wachstum hin zum qualitativ hochwertigen und nachhaltigen Wirtschaften
656 präsentieren.

657 Wichtiger Schwerpunkt der saarländischen Standortpolitik ist die Förderung der
658 Hochschullandschaft als Grundlage für Forschung, Entwicklung und Technologietransfer.

659 Hohes Bildungs- und Qualifikationsniveau, ein breites kulturelles Angebot, das vom
660 kulturellen Reichtum der Großregion profitiert und die Profilierung als europäische
661 Kernregion an der Schnittstelle zum frankophonen Raum, sind die Schlüsselbegriffe für eine
662 neue, moderne und selbstbewusste Selbstdefinition des Saarlandes und seiner
663 Bürger*innen.

664 Das Saarland mit seinem Naturreichtum, seinen Industriedenkmälern und seiner
665 wechselvollen europäischen Geschichte ist ein Land der Kontraste. Seiner touristischen
666 Erschließung wollen wir weitere Impulse verleihen.

667 **Land und Wirtschaft im Wandel**

668 Aufgrund ihrer hohen Exportorientierung nutzt die saarländische Wirtschaft die Chancen
669 einer globalisierten Welt. Sie ist dadurch einem hohen internationalen Wettbewerb
670 ausgesetzt und vom technologischen Wandel besonders stark betroffen. Alte

671 Produktionsformen, Kohle basierte und zentralisierte Energieerzeugung werden bald der
672 Vergangenheit angehören. Die Zukunft wird den digitalisierten Produktionsabläufen,
673 Plattform basierten Handels-, Vertriebs- und Dienstleistungssystem und der Green -
674 Technology im Energiebereich gehören. Die Grünen wollen den technologischen -
675 wirtschaftlichen Wandel so gestalten, dass er die Menschen mitnimmt und das Land zu
676 einem modernen zukunftsfähigen Standort macht. Dazu gehören in einer globalisierten
677 Wirtschaft die Internationalität und Weltoffenheit des Landes. Eine globalisierte und
678 digitalisierte Welt darf aber nicht mit Entfremdung oder Identitätsverlust einhergehen.
679 Nachhaltigkeit, grenzüberschreitende europäische Ausrichtung, industrielle Tradition und
680 digitale Moderne sollten die Bezugspunkte sein, die dem Land in Strukturwandel und
681 Globalisierung neue Identität stiftende Impulse geben werden.

682 **Nachhaltige Finanzen sichern Investitionen in die Zukunft**

683 **Nachhaltige Schuldenbegrenzung**

684 Der Schuldenberg im Land beläuft sich inzwischen auf rund 18 Mrd. Euro für Land und
685 Kommunen. Hinzu kommt eine immense implizite Verschuldung für die Versorgung von
686 Beamten im Ruhestand. Auch wenn wir Schulden begrenzen müssen, ist dies aber kein
687 Selbstzweck. Für uns ist sie ein Mittel zur Herstellung von Generationengerechtigkeit. An
688 diesem Ziel müssen sich alle Maßnahmen zur Schuldenbegrenzung messen lassen.

689 Das bedeutet, dass Konsolidierungsmaßnahmen, die notwendige
690 Zukunftsinvestitionen verhindern, aus unserer Sicht ungeeignet sind. Denn dies führt zu
691 höheren Kosten in der Zukunft und läuft dem eigentlichen Ziel der Schuldenbegrenzung
692 zuwider.

693 Das starre Neuverschuldungsverbot, wie es derzeit in Deutschland im Grundgesetz
694 verankert ist, vernachlässigt diesen Aspekt. Es führt in Fällen von hohen finanziellen
695 Altlasten dazu, dass der entsprechende Zinsdienst einen Großteil der Einnahmen auffrisst
696 und Investitionen in die Zukunft unterbleiben. Das ist im Saarland in den letzten Jahren
697 schmerzlich sichtbar geworden. Zukunftsbereiche, die unter unserer Verantwortung noch
698 vom Sparkurs ausgenommen wurden, beispielsweise im Bildungs- und Hochschulbereich,
699 wurden einem rigiden Sparkurs unterworfen. Darüber hinaus wächst der Investitionsstau der
700 öffentlichen Infrastruktur immer weiter.

701 Ein absolutes Neuverschuldungsverbot ist daher für uns nur dann vertretbar, wenn die
702 Altschuldenfrage gelöst ist und die Einnahmen genügend Spielraum für Zukunftsinvestitionen
703 lassen. Das ist aber derzeit im Saarland nicht der Fall. Das Land bringt ein Viertel seiner
704 Einnahmen für Zinsen für alte Kredite und die Versorgung von Beamten im Ruhestand auf.

705 Daran ändert auch der zuletzt geschlossene Kompromiss zum Bund-Länder-Finanzausgleich
706 nichts. Die aktuell scheinbar stabile Finanzsituation im Saarland beruht auf hohen
707 Steuereinnahmen sowie einem historisch niedrigen Zinsniveau und birgt daher in sich bereits

708 ein hohes Risiko. Der Kompromiss ist daher lediglich eine Sanierungshilfe, deren Wert durch
709 steigende Zinsen und steigende Pensionslasten in der Zukunft drastisch gemindert wird. Wir
710 fordern daher mit Nachdruck einen Altschuldentilgungsfonds. Solange es diesen nicht gibt,
711 plädieren wir dafür, notwendige Investitionen in die Zukunft von der Schuldenbremse
712 auszunehmen.

713 **Funktionierende Finanzverwaltung**

714 Unter unserer Verantwortung wurden zentrale Bereiche vom Personalabbau ausgenommen.
715 Das galt für die Bereiche der Bildung, der Justiz und der Finanzverwaltung. Diesen Kurs hat
716 die Große Koalition verlassen. Das ist aus unserer Sicht unverantwortlich.

717 Gerade im Bereich der Finanzverwaltung ist der Personalabbau mit Blick auf das
718 Konsolidierungsziel auch kontraproduktiv. Die Zahlen des Personalstandes im Vergleich zum
719 vorgegebenen Personalsoll, insbesondere in der Steuerfahndung und in der Betriebsprüfung,
720 zeigen die unzureichende Personalausstattung deutlich.

721 Durch den geplanten Abbau von rund 150 Stellen wird sich diese Situation noch verschärfen.
722 Hierdurch werden wichtige Steuereinnahmen verspielt. Das ist auch aus Gründen der
723 Steuergerechtigkeit nicht akzeptabel. Wir wollen den Personalabbau in der Finanzverwaltung
724 stoppen.

725 **Verwaltungsverschlinkung**

726 Während die Große Koalition den Rotstift in Bereichen angesetzt hat, die für die
727 Bürgerinnen und Bürger zentral sind, hat sie Einsparpotentiale, die ohne Nachteile für die
728 Bürgerinnen und Bürger realisiert werden könnten, ungenutzt gelassen. Hierzu gehört eine
729 Verwaltungsstrukturreform, die die Verwaltung verschlankt ohne Bürgernähe einzubüßen.

730 Im Zuge einer Strukturreform plädieren wir für eine Zusammenfassung der bisherigen fünf
731 saarländischen Landkreise zu zwei größeren und auch leistungsfähigeren Einheiten. Die
732 Landkreise Saarlouis und Merzig-Wadern würden zu einem Saar-West-Landkreis, die
733 bisherigen Landkreise St. Wendel, Neunkirchen und der Saarpfalz-Kreis würden zu einem
734 Landkreis Saar-Ost zusammengefasst. Der Regionalverband Saarbrücken wird in eine
735 dezentrale Großstadt Saarbrücken umgewandelt.

736 **Interkommunale Zusammenarbeit**

737 Im Saarland ist die Verwaltungsdichte aufgrund der oft kleinteiligen Strukturen auf
738 kommunaler Ebene im bundesweiten Vergleich besonders hoch. Über eine verbesserte
739 Abstimmung kommunaler Angebote und Infrastrukturen ließe sich die Effizienz und
740 finanzielle Nachhaltigkeit deutlich steigern ohne auf Bürgernähe zu verzichten. Gerade im
741 ländlichen Raum gehört bei schrumpfender Bevölkerung gemeinsam genutzten
742 Infrastrukturinvestitionen die Zukunft. Es gilt den Blick über den eigenen Kirchturm hinaus zu

743 schärfen. Möglichkeiten zur Zusammenarbeit bieten z.B. Gebäudemanagement,
744 Betriebshöfe, Versorgungsnetze, Sportstätten, Feuerwehren sowie Frei- und Hallenbäder.
745 Wir wollen den Kommunen Anreize geben, sich stärker zu vernetzen und ihre öffentlichen
746 Leistungen besser aufeinander abzustimmen. Die interkommunale Abstimmung sollte auch
747 nicht an der Landesgrenze enden.

748 **3. Digitalisierung der Gesellschaft**

749 **Herausforderung für unsere Zukunftsgestaltung**

750 Die Digitalisierung der Gesellschaft schreitet mit enormer Geschwindigkeit voran. Sie hat
751 schon heute alle unsere Lebensbereiche erfasst und weitreichend verändert. Von der
752 digitalen Kommunikation im privaten Bereich, über Industrie 4.0 bis hin zur 4. industriellen
753 Revolution – ohne Digitalisierung ist die Welt nicht mehr vorstellbar.

754 Für uns ist die Digitalisierung deshalb mehr als nur eine technische Entwicklung. Sie
755 verändert entscheidend viele wichtige politische Handlungsfelder und gesellschaftliche und
756 soziale Prozesse. Die digitale Transformation erfordert daher auch eine entsprechend
757 perspektivisch ausgerichtete und an den Transformationsprozessen orientierte Politik.

758 Die Digitalisierung beinhaltet Chancen und Risiken. Deshalb erfordert sie neben neuen
759 gesellschaftspolitischen Definitionen auch neue politische Rahmenbedingungen, die der
760 rasanten Entwicklung der neuen technischen Möglichkeiten Rechnung tragen. Ob es um die
761 Bedeutung von Werten wie Freiheit, Gleichheit oder Gerechtigkeit in einer digitalen
762 Gesellschaft geht, oder um die enormen Veränderungen, die vernetzte Technologien für die
763 Bereiche von Arbeit, Ökonomie, Ökologie, Sicherheit, Energiepolitik, Verwaltung, Bildung,
764 oder Gesundheit bedeuten.

765 Die Digitalisierung unserer Gesellschaft stellt einen disruptiven Wandel dar und stellt unsere
766 Gesellschaft vor enorme Herausforderungen mit vielen Chancen und auch Risiken. Dabei
767 verändert die fortschreitende Digitalisierung alle wesentlichen Teile unseres Alltages und
768 wirkt in alle Dimensionen unserer Gesellschaft wie z.B. Unternehmen, Schule, öffentlicher
769 Verkehr, Sicherheit. Der Wandlungsprozess muss so gestaltet werden, dass es keine
770 Verlierer gibt. Und dazu müssen die vielen Chancen, die der Wandel von der
771 Industriegesellschaft hin zur Digitalgesellschaft bietet, so genutzt werden, dass
772 wirtschaftliche, ökologische und soziale Innovationen entstehen. Die Möglichkeiten zur
773 Steigerung der Ressourceneffizienz spielen hierbei eine besonders große Rolle.

774 Wir wollen rechtzeitig sicherstellen, dass im Rahmen des digitalen Wandels die Teilhabe für
775 alle Teile unserer Gesellschaft chancengerecht und gleichermaßen gesichert ist. Der Zugang
776 und die Nutzung des Internets müssen daher zum soziokulturellen Existenzminimum
777 gerechnet werden. Mittel- bis langfristig muss es für jeden möglich sein, zeit- und
778 ortsunabhängig das Internet zu nutzen.

779 Damit keine gläsernen Bürgerinnen und Bürger oder Unternehmen entstehen, muss den
780 Monopolstellungen am Markt konsequent entgegengewirkt werden.

781 **Wirtschaft Digital: Eine Strategie für freiheitliches und ökologisches** 782 **Wirtschaftshandeln**

783 Unsere Digitalisierungspolitik unterstützt alle Unternehmen und Selbstständige, unabhängig
784 von Größe und Branche im Transformationsprozess der Digitalisierung. Wir ~~unterstützen und~~
785 fördern dabei die Entwicklung neuer Geschäftsmodelle, die sich durch die Möglichkeiten der
786 Digitalisierung ergeben. Um die Herausforderungen des digitalen Zeitalters zu meistern,
787 helfen wir den Unternehmen dabei, z.B. Entwicklungen hin zur smart factory oder auch zum
788 „vernetzten Handwerker“ zu bewältigen. Hierbei gilt es insbesondere den Fachkräftebedarf
789 zu sichern und die Datensicherheit zu gewährleisten.

790 Wir wollen das Saarland zu einem Vorreiter bei der Entwicklung und Nutzung von „Smart-
791 Grids“ Technologien (Intelligente Netze zur Energieversorgung) machen, da der gezielte
792 Einsatz solcher Technologien eine enorme Reduzierung von Energie und Ressourcen
793 ermöglicht. Die Energie- und Ressourcenwende, kann nur mithilfe dieser Technologien
794 vollzogen werden. Dem intelligenten Zusammenspiel von Bahn-, Bus-, Fußgänger-, Fahrrad-
795 und Autoverkehr soll im Saarland die Zukunft gehören. Im Ergebnis wird eine optimale
796 Verkehrsmittel- und Routenwahl zu einer Entlastung des Straßennetzes und weniger
797 klimaschädlichen Treibhausgasen beitragen.

798 Wir unterstützen die „Sharing Economy“ (zeitlich begrenzte Nutzung von Ressourcen), eine
799 der größten Chancen für den ökologischen Wandel und ein neues Unternehmensfeld mit
800 zahlreichen Marktchancen und enormem Wachstumspotenzial. Wir brauchen dafür aber
801 klare rechtliche Normen und Rechtssicherheit für Unternehmen und Konsumentenschutz für
802 die Nutzerinnen und Nutzer.

803 Wir werden innovative und umweltschonende Mobilitätskonzepte, z.B. durch die
804 Landesinitiative Elektromobilität, durch eine Plattform „Innovative Angebote im ÖPNV“ oder
805 Modellprojekte im ländlichen Raum fördern.

806 **Gute Arbeitsbedingungen in der digitalen Arbeitswelt**

807 Die Digitalisierung wird die Arbeitswelt für viele Beschäftigte positiv verändern, da nicht mehr
808 Ort und Zeit alleine entscheidend sind, sondern individuelle Selbstbestimmung mit
809 entsprechenden Freiräumen. Sie stellt unsere Arbeitswelt aber auch vor neue
810 Herausforderungen. Insbesondere kann sie dauernde Verfügbarkeit und Mehrarbeit
811 erzeugen, welche die Grenzen zwischen Arbeits- und Privatleben aufheben. Im Zuge dieser
812 Veränderung unserer Arbeitswelt, müssen daher auch das Arbeitsrecht und die
813 Mitbestimmung entsprechend angepasst werden. Insbesondere für Solo- und Clickworker
814 muss ein angemessener Schutz bei Arbeitslosigkeit und Krankheit, sowie die Absicherung im
815 Alter sichergestellt werden. Damit unsere Gesellschaft nicht in Gewinner und Verlierer

816 gespalten wird, darf die tariflich geschützte, sozialversicherungspflichtige Beschäftigung für
817 uns auch im digitalen Zeitalter nicht an Bedeutung verlieren.

818 **Digitale Grundbildung und Medienbildung ausbauen**

819 Wir wollen das Saarland als erfolgreichen High-Tech-Standort mit innovativen Produkten und
820 Dienstleistungen vorne im internationalen Wettbewerb positionieren. Dies stellt hohe
821 Anforderungen an Auszubildende und Studierende im Bereich der Technik- und
822 Medienkompetenz. Es ist daher umso wichtiger, dass Schülerinnen und Schüler bereits
823 frühzeitig im Unterricht nicht nur mit den unterschiedlichsten Medien in Kontakt kommen und
824 dabei Medienkompetenz vermittelt bekommen, sondern darüber hinaus auch eine
825 vertiefende Einführung in die Informatik erhalten. Dabei sollen die Schülerinnen und Schüler
826 über das Wissen des Computers als Arbeits- und Hilfsmittel hinaus, die Beurteilungsfähigkeit
827 der angebotenen Services und Dienste (wie z.B. Social Media, Service apps) erlangen. Die
828 digitale Grundbildung muss hierfür zukunftsweisend ausgestaltet und in allen
829 allgemeinbildenden Schularten integrativ unterrichtet werden. Mit dem Mini-Computer
830 „Calliope“ hat die Landesregierung in ein Instrument investiert, das eigentlich ein großes
831 Potential für die digitale Grundbildung hat. Allerdings fehlt es wegen der überhasteten
832 Einführung an geeigneter Fortbildung, an einem interdisziplinären Curriculum und überhaupt
833 an einer klaren Vorstellung, was „Calliope“ in der Schule zu leisten vermag. Entsprechend
834 werden wir hierzu die Kräfte des Landes in einem Innovationsprozess bündeln und
835 insbesondere die fachliche Expertise der Universität des Saarlandes einbeziehen. Die
836 digitale Grundbildung soll zukünftig als ein Kompetenzbereich Medienbildung in allen
837 Schularten, insbesondere den weiterführenden, kontinuierlich und fächerintegrativ im
838 Bildungsplan verankert werden. Dabei sollen die Schülerinnen und Schüler über das Wissen
839 des Computers als Arbeits- und Hilfsmittel hinaus die Beurteilungsfähigkeit der angebotenen
840 Services und Dienste (wie z.B. Social Media, Service Apps) erlangen.

841 **Zugang zu schnellem Internet für alle**

842 Um die erforderliche digitale Infrastruktur im Saarland zu entwickeln, müssen entsprechende
843 Anstrengungen unternommen werden. Gerade für Unternehmen im ländlichen Raum ist
844 schnelles Internet der entscheidende Standortfaktor. Der flächendeckende Ausbau der
845 Breitbandverkabelung muss intensiv vorangetrieben werden. Dabei setzen wir auf
846 kommunale Hoch- und Höchstgeschwindigkeitsnetze aus Glasfaser, wobei der Anschluss
847 von Gewerbegebieten und Schulen besonders gefördert werden muss. Um einen schnellen
848 Ausbau zu garantieren, müssen Fördermöglichkeiten durch den Bund intensiv genutzt
849 werden. Im Sinne einer Teilhabe aller Teile der Gesellschaft werden wir uns auf Bundes- und
850 EU-Ebene dafür einsetzen, die Breitbandversorgung als Bestandteil der öffentlichen
851 Daseinsvorsorge zu etablieren. Freier Zugang zum Internet im öffentlichen Raum sichert
852 nicht nur Chancengleichheit und Teilhabe, sondern stellt auch einen Standortvorteil im
853 Wettbewerb um Firmenansiedlungen und junge Familien dar.

854

855 **IKT-Allianz (Informations- und Kommunikationstechnologie)**

856 In einer Allianz wollen wir gemeinsam mit Wirtschaft und Wissenschaft ein ambitioniertes
857 Strategiekonzept für eine erfolgreiche Gestaltung des digitalen Zeitalters im Land entwickeln.
858 In einem breiten gesellschaftlichen Diskurs und mit dem Konzept „Saar Digital“ wollen wir
859 das Saarland in den nächsten Jahren zum internationalen Top-Standort für Informations- und
860 Kommunikationstechnologie (IKT) machen. Wir setzen auf die Umsetzung entsprechender
861 Projekte mit den Forschungseinrichtungen und Unternehmen, wie Maßnahmen zur IKT-
862 Sicherheit und Maßnahmen zur Umsetzung im Handlungsfeld Industrie 4.0 (Bestandteil der
863 Digitalisierung). Mit dem Konzept „Sciencebook“ wollen wir die koordinierte Entwicklung
864 einer forschungsfreundlichen digitalen Infrastruktur fördern: E-Science. Hierzu gehört u.a. die
865 Vernetzung von Forschungsinfrastruktureinrichtungen und wissenschaftlichen Verbänden
866 oder in Form von virtuellen Forschungsumgebungen, in denen Wissenschaftler und
867 Unternehmen über organisatorische und räumliche Grenzen hinweg bestmöglich
868 zusammenarbeiten können. Die Förderkulisse werden wir so gestalten, dass die Entwicklung
869 innovativer Software und Dienstleistungen mit passgenauen Fördermaßnahmen gleichwertig
870 zu klassischen Produkten gefördert werden.

871 **Institut für Digitalisierung der Gesellschaft (DDG)**

872 In einem Institut DDG soll der digitale Wandel und seine künftigen Auswirkungen für die
873 Gesellschaft hinsichtlich Chancen und Herausforderungen erforscht werden. Hierbei gilt es
874 insbesondere, diese interdisziplinär zu betreiben und die jeweiligen Relevanzen für
875 Gesellschaft, Politik und Unternehmen zu betrachten.

876 **Strategie zur erfolgreichen Gestaltung des digitalen Wandels**

877 In einem adäquaten Organisationsmodell muss das Thema Digitalisierung mit
878 entsprechenden ressortübergreifenden Kompetenzen ausgestattet und exponiert
879 repräsentiert werden. Hier werden in einer Querschnittsfunktion alle beteiligten Akteurinnen
880 und Akteure eingebunden und im notwendigen gesellschaftlichen Diskurs die
881 Digitalisierungsstrategie entwickelt, geplant und umgesetzt.

882 **Netzpolitik: Ein freies und demokratisches Internet**

883 Wir wollen, dass freie, quelloffene Software, Formate und Standards gefördert werden. Sie
884 sichern Herstellerunabhängigkeit, Portabilität sowie die Nachnutzung und bieten Chancen für
885 kleine und mittlere Unternehmen. Nutzerinnen und Nutzer müssen ihre Daten jederzeit
886 unmittelbar und unwiederbringlich löschen können sowie diese selbstverständlich
887 vollumfänglich bei den Betreibern der Plattformen anfordern können. Dabei gilt für uns der
888 Grundsatz: Meine Daten gehören mir. Dementsprechend müssen personenbezogene Daten
889 vollumfänglich geschützt werden. Auch deshalb lehnen wir u.a. die Vorratsdatenspeicherung
890 entschieden ab. Ein freies und demokratisches Internet setzt die Gleichbehandlung aller
891 Daten voraus. Deshalb wollen wir strikte Netzneutralität und lehnen ein ein „Zwei-Klassen-

892 Internet“ ab.. Auch Menschen mit Behinderung müssen von den Vorteilen des Netzes
893 profitieren können. Alle Inhalte und Informationen sollen deshalb in barrierefreier und
894 maschinenlesbarer Form dargestellt werden. Im Sinne der Gleichstellung ist es uns ein
895 Anliegen, im Saarland freies WLAN zumindest in und um staatliche Einrichtungen
896 anzubieten.

897 **Bürgerbeteiligung – E-Government**

898 Damit die Bürgerinnen und Bürger bei Projekten der Landesregierung besser an der
899 politischen Meinungsbildung mitwirken können, wollen wir ein Beteiligungsportal entwickeln.
900 Unter der Maxime „informieren, kommentieren, mitmachen“ sollen die Bürgerinnen und
901 Bürger unmittelbarer an Projekten und sonstigen Vorhaben beteiligt werden.

902 Auch die Verfügbarkeit bestehender Daten in der Landesverwaltung wollen wir weiter
903 verbessern. Darüber hinaus streben wir ein gemeinsames Open-Data-Portal von Land und
904 Kommunen an. Besonders fördern wir die Neuausrichtung von Verfahren und Abläufen in
905 der öffentlichen Verwaltung als eines der zentralen Projekte zur Zukunftsausrichtung der
906 Landesverwaltung in den kommenden Jahren. Dabei muss auch eine intensivere Nutzung
907 des E-Government zum Bürokratieabbau erfolgen. Die moderne Kommunikation mit den
908 staatlichen Stellen und zügige Online-Verfahren sind gerade für kleinere und mittlere
909 Unternehmen wichtig.

910 **Digitaler Verbraucherschutz**

911 Da der Verbraucheralltag immer mehr online stattfindet, gewinnt der digitale
912 Verbraucherschutz zunehmend an Bedeutung. Wir sehen Verbraucherschutz im Netz daher
913 als grundlegendes Bürgerrecht. Bei der täglichen Nutzung des Internets werden Daten
914 anonym gesammelt und weitergegeben. Verbraucher verstoßen bei der Nutzung unbewusst
915 und ungewollt gegen Urheberrechtsgesetze. Davor gilt es sie mit geeigneten Maßnahmen zu
916 schützen. Verbraucherinnen und Verbraucher dürfen beim Online-Kauf oder Erwerb digitaler
917 Güter nicht schlechter gestellt sein als offline Kunden. Sie müssen jederzeit Transparenz und
918 Kontrolle über ihre persönlichen Daten haben. Ziel unserer Verbraucherschutzpolitik ist es,
919 die Menschen in ihren Rechten im Netz zu stärken und Grundsätze für einen fairen und
920 transparenten Markt zu verankern. Soziale Netzwerke wie Facebook oder Twitter sind
921 rechtlich stärker zu verpflichten, offensichtliche Falschinformationen und Hetzmeldungen
922 über Personen oder Organisationen sofort zu löschen.

923 **4. Bildung für die Zukunft unseres Landes**

924 Bildung und Wissen entscheiden grundlegend über Teilhabe und Chancen, die junge
925 Menschen in unserer Gesellschaft erhalten. Bildung entscheidet über beruflichen Erfolg, über
926 die Möglichkeit selbstbestimmt zu leben und am gesellschaftlichen Wohlstand teilzuhaben.
927 Die umfassende Bildung aller Menschen ist die Voraussetzung für die demokratische,
928 ökologische, soziale und kulturelle Entwicklung unserer Gesellschaft.

929 Die Teilhabe an Bildung ist eine Frage der Gerechtigkeit. Wir wollen sicherstellen, dass alle
930 Kinder und Jugendlichen ihr Recht auf Teilhabe an Bildung und Ausbildung wahrnehmen
931 können und jeder seinen Fähigkeiten und Leistungen entsprechend einen optimalen
932 Bildungsabschluss erreichen kann.

933 Bildung ist für uns eine Grundvoraussetzung zur Sicherung der Zukunftsfähigkeit unseres
934 Landes. Dabei hat Bildung für eine nachhaltige Entwicklung eine Schlüsselfunktion für die
935 politische Gestaltung des Globalisierungsprozesses und einer zukunftsfähigen Gesellschaft.

936 **Frühe Bildung – Wichtige Weiche für die Zukunft unserer Kinder**

937 Der Grundstein für gute und gerechte Bildungschancen wird bereits vor dem Eintritt in die
938 Schule in den frühkindlichen Bildungseinrichtungen, der Kinderkrippe und dem Kindergarten
939 gelegt. Durch den Dreiklang von Bildung, Betreuung und Erziehung werden in den
940 Kindertageseinrichtungen wichtige Weichen für die Zukunft unserer Kinder gestellt. Wir
941 wollen keine frühe Verschulung der Kindertagesstätten, sondern durch eine professionelle,
942 auf hohem Ausbildungsniveau basierende, pädagogische Betreuung eine kindgemäße,
943 umfassende Förderung aller Kinder erreichen. Einen besonderen Wert legen wir dabei auf
944 die Sprachförderung aller Kinder, Maßnahmen zur Gesundheits- und Umwelterziehung
945 sowie zur nachhaltigen Entwicklung. So wollen wir den Schatz der frühen Kindheit heben.
946 Uns geht es aber auch um die Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf.
947 Deshalb müssen die Betreuungsangebote kontinuierlich ausgebaut werden, um den Eltern
948 im gesamten Land ein annähernd gleich hohes Niveau an Betreuungsplätzen machen zu
949 können.

950 Um den strukturellen Fachkräftemangel im Bereich der frühen Bildung zu beheben, wollen
951 wir es ermöglichen, dass auch Heilerziehungspfleger und Heilerziehungspflegerinnen
952 gleichwertig mit Erzieherinnen und Erziehern arbeiten und diese dazu auch an staatlichen
953 Fachschulen ausgebildet werden können.

954 Ein breites Angebot an qualifizierten Kitaplätzen ist ebenso eine wichtige Voraussetzung zur
955 Vorbeugung von Kinderarmut, da vor allem Kinder aus bildungsfernen Schichten von
956 frühkindliche Fördermaßnahmen profitieren. Dies gilt insbesondere auch für
957 Alleinerziehende, die überproportional vom Armutsrisiko betroffen sind. Im Idealfall sollten
958 Kitaplätze beitragsfrei sein. Dafür setzen wir uns weiterhin ein. Bei begrenzten finanziellen
959 Spielräumen des Landes muss eine sozial gerechte Verteilung der Beiträge durch eine
960 einkommensabhängige Staffelung erfolgen.

961 **Lehr und Lernbedingungen in der Grundschule verbessern**

962 Die Grundschule ist die wichtigste Schule. In ihr wird das Fundament für die weitere
963 schulische Laufbahn gelegt. Sie ist eine gemeinsame Schule für alle Kinder und leistet unter
964 zunehmend schwierigen Rahmenbedingungen eine erfolgreiche Arbeit. Besondere

965 pädagogische Herausforderungen sind dabei die Umsetzung der Inklusion, die Integration
966 von Flüchtlingskindern und der Umgang mit bildungsbenachteiligten Kindern.

967 Wir wollen die Lehr- und Lernbedingungen in der Grundschule verbessern. Das heißt in
968 erster Linie, die Klassen kleiner machen und dabei den Anteil der nicht deutsch sprechenden
969 Kinder besonders berücksichtigen. Im Idealfall soll es keine Klasse mehr geben, die mehr als
970 20 Kinder hat. Außerdem soll die Lehrerfeuerwehr weiter ausgebaut werden, um
971 Unterrichtsausfall zu vermeiden.

972 Im Hinblick auf die neu in Deutschland angekommenen Kinder und unter den allgemeinen
973 Vorzeichen des gesellschaftlichen Wandels wollen wir auch in der Grundschule neben dem
974 christlichen Religionsunterricht Ethikunterricht einführen. Entsprechend soll die universitäre
975 Ausbildung von Philosophie-/Ethik-Lehrkräften für den saarländischen Schuldienst auf das
976 Lehramt an der Primarstufe ausgeweitet und entsprechende Angebote in der Fort- und
977 Weiterbildung eingerichtet werden.

978 Wir wollen weiter das frühe Sprachenlernen in der Grundschule fördern und ausbauen. In
979 erster Linie muss sichergestellt werden, dass alle Kinder die deutsche Sprache beherrschen.
980 Darüber hinaus hat sich das frühe kindgemäße Fremdsprachenlernen bewährt. Eine
981 konsequente Hinführung zur Zweisprachigkeit mit Französisch als Verkehrssprache neben
982 Deutsch kann aber nur erreicht werden, wenn Französisch durchgängig in allen
983 Grundschuljahrgängen gelernt wird und zusätzlich an möglichst vielen Schulen von
984 französischsprachigen Lehrkräften Unterricht in den Sachfächern erteilt wird.

985 Und eine ebenso konsequente Umsetzung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf im
986 schulischen Bereich setzt ein hinreichendes Angebot an gebundenen Ganztagsgrundschulen
987 voraus. Wir wollen, dass alle Eltern, die dies wünschen, für ihre Kinder eine gebundene
988 Ganztagschule wählen können. Im Gegensatz zur freiwilligen Ganztagschule ist diese
989 gebührenfrei und hat darüber hinaus ein weitergehendes pädagogisches Konzept, das Lern-
990 Lehr- und Entspannungsphasen kindgerecht über den Tag verteilt, anstatt nur Betreuung im
991 Anschluss an den Halbtagsunterricht sicherzustellen.

992 **Gleichwertigkeit von Gemeinschaftsschule und Gymnasium**

993 Mit der Einführung des Zwei – Säulen – Modells (Gemeinschaftsschule und Gymnasium) hat
994 die Schulstrukturdiskussion im Saarland ein Ende gefunden. Die weitere Ausgestaltung des
995 Systems in Richtung Gleichwertigkeit der Schulformen und Qualitätssteigerung des
996 Unterrichts wird der Schwerpunkt zukünftiger bildungspolitischer Maßnahmen und
997 Entscheidungen sein.

998 Handlungsbedarf sehen wir zudem in der Ausgestaltung und Angleichung der
999 Funktionsstellenstruktur der Schulformen, einer einheitlichen Bewertung der
1000 Lehrerarbeitszeit sowie einer Evaluation der unterschiedlichen Belastung in den Schulformen
1001 durch Abschlussprüfungen und heterogene Lerngruppen.

1002 Am Gymnasium wollen wir die Fördermöglichkeiten weiter ausbauen und die Elternberatung
1003 stärken, um die Wiederholerquote weiter zu reduzieren. Perspektivisch wollen wir prüfen, wie
1004 an den Gemeinschaftsschulen auf das zwangsweise Sitzenbleiben verzichtet werden kann.
1005 Zur Entlastung der Schülerinnen und Schüler sollen die Lehrpläne kompetenzorientiert im
1006 Sinne einer Straffung weiter überarbeitet werden. Wir wollen, dass es an den
1007 weiterführenden Schulen keine Klasse mehr gibt mit mehr als 25 Schülerinnen und Schülern.
1008 Wir wollen die individuelle Förderung im Unterricht ausbauen und die Einrichtung von
1009 Förderprogrammen zur Aufarbeitung von Lern- und Leistungsrückständen ermöglichen.
1010 Unser Ziel ist es, die Sitzenbleiber- und Schulabbrecherquote weiter zu senken. Zur
1011 Vermeidung von Unterrichtsausfall soll die Lehrerfeuerwehr weiter ausgebaut werden. Unser
1012 Ziel ist, dass kein Unterricht mehr bis zur 6. Stunde ausfällt und alle Unterrichtsstunden bis
1013 dahin gehalten bzw. vertreten werden.

1014 **Mehr gebundene Ganztagschulen und Schulsozialarbeit**

1015 Zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf sowie erweiterten Lern- und
1016 Fördermöglichkeiten durch eine Rhythmisierung des Unterrichts ist es unbedingt
1017 erforderlich das Angebot an Gebundenen Ganztagschulen deutlich auszuweiten.

1018 Nach wie vor haben die Eltern kein echtes Wahlangebot zwischen Halbtagschule
1019 und Ganztagschule. Wir wollen, dass alle Eltern, die dies wünschen, eine
1020 gebundene Ganztagschule wohnortnah wählen können. Einen besonderen
1021 Nachholbedarf sehen wir hier am Gymnasium. Wir wollen auch einzelne Gymnasien
1022 dazu bewegen, sich zu Gebundenen Ganztagschulen weiterzuentwickeln.

1023 Angesichts zunehmender Erziehungsaufgaben insbesondere benachteiligter
1024 Schülerinnen und Schüler sowie ökonomischer, sozialer und familiärer Verwerfungen
1025 benötigen die Lehrkräfte mehr professionelle sozialpädagogische Unterstützung. Es
1026 reicht nicht aus, Sozialarbeiter nur stundenweise als Berater in den Schulen zu
1027 haben. Wir wollen an jeder Schule mindestens eine feste Schulsozialarbeiterstelle
1028 zur Unterstützung der Lehrkräfte dauerhaft einrichten.

1029 **Berufliche Schulen – alle Abschlüsse sind möglich**

1030 Die berufliche Bildung hat für uns einen hohen Stellenwert. Wir wollen eine echte
1031 Gleichwertigkeit von beruflicher und allgemeiner Bildung und dazu die Durchlässigkeit und
1032 Anrechnungsansprüche innerhalb der beruflichen Schulen verbessern. Die beruflichen
1033 Schulen bieten in vielfältiger Hinsicht ein sehr differenziertes, durchlässiges und komplexes
1034 Bildungsangebot an. Die Schülerinnen und Schüler können aus einer Vielzahl von
1035 Angeboten dasjenige auswählen, das ihren Neigungen, Fähigkeiten, Interessen und
1036 Begabungen am besten entspricht Über den Weg der beruflichen Schulen können alle
1037 Abschlüsse einschließlich Abitur und zusätzlich eine Berufsorientierung erworben werden.

1038 Wir wollen die Situation der benachteiligten Jugendlichen an den Berufsschulen verbessern.
1039 Dazu muss die sozialpädagogische Betreuung und Integration von Jugendlichen mit
1040 besonderem Förderbedarf ausgebaut werden. Um frühzeitig Lernrückstände aufzuarbeiten
1041 und Jugendlichen bei der Wahl geeigneter Ausbildungsgänge und Berufe zu unterstützen,
1042 wollen wir in allen Landkreisen in Zusammenarbeit mit der Bundesagentur für Arbeit und der
1043 Regionalagentur Rheinland-Pfalz/Saarland Jugendberufsagenturen einrichten.
1044 Berufsfachschulen, die auf den Erwerb des Mittleren Bildungsabschlusses abzielen, müssen
1045 hinsichtlich des Übergangs zu den beruflichen Gymnasien durchlässiger werden. Der
1046 Zugang zu den Beruflichen Gymnasien soll zudem auch Berufsschülerinnen und
1047 Berufsschülern eröffnet werden, die im Rahmen ihrer dualen Ausbildung den Mittleren
1048 Bildungsabschluss erworben haben.

1049 Wir werden eingehend prüfen, ob die derzeitigen Fachoberschulen mit einem dreizehnten
1050 Schuljahr ausgebaut werden können, um die Attraktivität des beruflichen Bildungsbereichs
1051 weiter zu stärken und Jugendlichen mehr Chancen für einen Hochschulzugang zu
1052 ermöglichen.

1053 Auch im beruflichen Bereich wollen wir die Lehrpläne zu kompetenzorientierten Plänen
1054 überarbeiten, um die Schülerinnen und Schüler auf die veränderten Anforderungen in ihrer
1055 Lebens- und Arbeitswelt vorzubereiten.

1056 Wir wollen weiter die strukturellen Fehlstunden an den berufsbildenden Schulen abbauen
1057 und darüber hinaus zur Vermeidung von Unterrichtsausfall dazu eine über die normale
1058 Budgetierung der Schulen hinausgehende zusätzliche Personalisierung vornehmen.

1059 **Gute Rahmenbedingungen für inklusive Schulen**

1060 Das langfristige Ziel eines gerechten, humanen auf allseitige Teilhabe ausgerichteten
1061 Schulsystems ist die Einrichtung von inklusiven Schulen. Die Rechtgrundlagen hierfür sind
1062 im Schulordnungsgesetz und in der Inklusionsverordnung zwar geschaffen worden. Doch die
1063 Umsetzung der Inklusion kann nur gelingen, wenn die entsprechenden Rahmenbedingungen
1064 hierfür vorhanden sind. Dies ist zurzeit nicht der Fall. In erster Linie gehört dazu eine
1065 angemessene Personalausstattung der Regelschulen mit Förderschullehrkräften. Wir wollen
1066 dafür sorgen, dass mehr Förderschullehrkräfte aller sonderpädagogischen Fachrichtungen
1067 sowie qualifizierte Eingliederungshelfer den Regelschulen zur Verfügung stehen. Auch
1068 wollen wir die Qualifikation der Integrationshelfer durch Weiterbildungsmaßnahmen
1069 verbessern. Bei dauerhaft bestehenden Personalengpässen wollen wir auch den
1070 Regelschullehrkräften die Möglichkeit einer sonderpädagogischen Zusatzqualifikation
1071 anbieten. Auch eine Erhöhung der Zahl der Ausbildungsstellen muss geprüft werden. In der
1072 Schulentwicklungsplanung wollen wir unter der Voraussetzung einer zurückgehenden
1073 Nachfrage Sonderschulformen, insbesondere L- Schulen schrittweise auslaufen lassen und
1074 im selben Zug Personalressourcen für den inklusiven Unterricht und die Individualisierung
1075 des Lernens zu gewinnen.

1076 **Schule als Haus des Lernens**

1077 Alle allgemeinbildenden und beruflichen Schulen sollen leistungsstarke Schulen sein, die die
1078 Lernmotivation fördern, in denen die Lehrkräfte unter guten Rahmenbedingungen engagiert
1079 unterrichten. Alle am Schulleben Beteiligten sollen an der Gestaltung des Schullebens und
1080 an schulischen Entscheidungen verantwortungsvoll mitwirken können. Um die
1081 Mitbestimmungsmöglichkeiten in den Schulen grundsätzlich zu verbessern, wollen wir das
1082 Schulmitbestimmungsgesetz überarbeiten.

1083 Wir wollen eine Schule als Haus des Lebens und Lernens, mit der sich die Schulgemeinde
1084 identifiziert, die eine möglichst selbstständige Schule ohne bürokratische Gängelung ist. Im
1085 Rahmen einer stärkeren Eigenverantwortung und mehr Selbstständigkeit sollen die Schulen
1086 über ein eigenes auskömmliches Budget verfügen, über das sie frei entscheiden können. In
1087 die Berechnung und Zuteilung des Budgets müssen die besondere Profilbildung und
1088 Leistungsstärke der Schule sowie ein Sozialindex einfließen. In dieser Schule herrscht ein
1089 Klima des gegenseitigen Respekts, der Toleranz und der Wertschätzung. Die Pädagogik ist
1090 darauf ausgerichtet, individuelle Begabungen von Schülerinnen und Schülern zu erkennen
1091 und gleichermaßen zu fördern und zu fordern. In dieser Schule sollen Projekte und
1092 fächerübergreifender Unterricht den traditionellen Fachunterricht ergänzen.
1093 Gesundheitserziehung mit den Aspekten Ernährung und Bewegung sind dabei ebenso
1094 wichtig wie Medienerziehung, Internetnutzung, Umgang mit sozialen Medien und
1095 Datenschutz.

1096 Neben einem möglichst breiten Schulsportangebot wollen wir verbindliche
1097 Qualitätsstandards für eine gesunde Schulverpflegung mit einem angemessenen Anteil an
1098 Biokost festlegen. Die Kürzung des Schulobstprogramms werden wir zurücknehmen und in
1099 Höhe des ursprünglichen Umfangs wieder aufstocken.

1100 **Bildung für nachhaltige Entwicklung**

1101 Wir wollen, dass in allen Schulen und Kindertagesstätten eine altersangemessene
1102 Pädagogik der Nachhaltigkeit praktiziert wird. Kinder und Jugendliche sollen lernen
1103 eigenverantwortliche Entscheidungen zu treffen und ihr Handeln danach zu beurteilen,
1104 inwiefern dadurch auch nachfolgende Generationen und globale Probleme betroffen sind.
1105 Auf der Grundlage der Ziele der Vereinten Nationen zur Bildung für eine nachhaltige
1106 Entwicklung wollen wir uns an der Umsetzung eines nationalen Aktionsplans des
1107 Bundesministeriums für Bildung und Forschung beteiligen.

1108 Nachhaltige Bildung ist eng mit politischer Bildung verknüpft. Politische Bildung in der Schule
1109 findet einerseits im Fach Sozialkunde statt, andererseits aber auch in Fächern wie Erdkunde,
1110 Geschichte und Wirtschaft, mitunter auch fächerübergreifend in Projekten. Wir wollen eine
1111 Stärkung der politischen Bildung erreichen im Sinne einer Erziehung zum mündigen
1112 Staatsbürger mit systematischen Kenntnissen über unser demokratisches System und
1113 Kompetenzen für verantwortungsvolles politisches Handeln. Die politische Bildung junger

1114 Menschen ist eine wesentliche Präventionsmaßnahme zur Abwehr demokratiefeindlicher,
1115 extremistischer, gewaltbereiter, insbesondere religiös geprägter Ideologien. Politische
1116 Bildung ist bedeutsam zur Stärkung der Demokratieerziehung in der Schule, der sich alle
1117 Fächer verpflichtet fühlen müssen. Wir wollen die politische Bildung ausbauen. Eine wichtige
1118 Unterstützung hierbei leistet die Landeszentrale für politische Bildung.

1119 **Digitale Bildung**

1120 Im Zeitalter der Digitalisierung ist es wichtig, dass alle Schulen eine gute Ausstattung mit
1121 modernen funktionsfähigen Medien haben und diese auch im Unterricht eingesetzt werden.
1122 Alle Schulen, insbesondere die beruflichen Schulen, müssen auf die Veränderungen in der
1123 Berufs- und Arbeitswelt durch die Digitalisierung reagieren. Der Einsatz von Computern und
1124 Tablets im Unterricht, die Nutzung von Lernplattformen und Open Educational Resources
1125 bieten große Chancen die Lernmotivation steigern, den Unterricht abwechslungsreicher und
1126 fächerübergreifender zu gestalten und individuelle Lernprozesse zu fördern. Zur Förderung
1127 der digitalen Bildung wollen wir an zahlreichen Schulen eine besondere Ausstattung
1128 vornehmen (z. B. Tablet - Klassen) und Pilotprojekte durchführen, die geeignet sind, später
1129 auf weitere Schulen übertragen zu werden. Die angekündigten bzw. bereits eingerichteten
1130 Projekte dazu unterstützen wir. Sie sollen weiter ausgebaut werden und mit entsprechenden
1131 Lehrerfortbildungsprogrammen begleitet werden. Dabei soll auch auf die Risiken und
1132 Nebenwirkungen der zunehmenden Digitalisierung verwiesen werden.

1133 Digitales Lernen kann auch nicht die Beziehungsarbeit in der Schule ersetzen. Es kann aber
1134 dazu beitragen, dass jeder die Möglichkeit hat, sein Wissen zu erweitern und individuell
1135 seine Talente zu entfalten.

1136 **Gute Schulen – Gute Personalausstattung**

1137 Alle Schulen benötigen eine gute Personalausstattung mit qualifizierten Lehrkräften, um die
1138 gestiegenen Anforderungen und Herausforderungen der Zukunft zu bewältigen. Deshalb
1139 lehnen wir Stelleneinsparungen im Lehrerbereich ab wie sie die Landesregierung aufgrund
1140 der demografischen Entwicklung beschlossen und anfangs auch umgesetzt hat. Erst durch
1141 die Flüchtlingssituation hat sich dieser Kurs geändert, und es ist zu einer Aufstockung der
1142 Lehrerplanstellen gekommen. Dennoch sollen durch die derzeitige Landesregierung auch
1143 weitere Stelleneinsparungen vorgenommen werden, nur der Zeitraum ist von 2020 bis auf
1144 2022 verlängert worden. Wir wollen auch darüber hinaus keinen Personalabbau im
1145 Lehrerbereich, denn Qualitätsverbesserungen, Flüchtlingsintegration und Inklusion bleiben
1146 eine Daueraufgabe in der Schule.

1147 Der künftige Lehrkräftebedarf hat sich an einem mittel- und langfristigen
1148 Personalentwicklungskonzept zu orientieren. Bei vorausberechenbaren Engpässen an
1149 Fachlehrkräften im Hinblick auf eine gute Unterrichtsversorgung muss eine Überprüfung der
1150 Ausbildungskapazitäten an der Universität und an den Studienseminaren erfolgen. Zur
1151 dauerhaften Sicherstellung des Nachwuchses an Grundschullehrkräften wollen wir die

1152 Kürzung der Zahl der Studienplätze für das Lehramt der Primarstufe wieder zurücknehmen
1153 und wie bisher 60 statt 30 Studienplätze pro Semester zur Verfügung stellen.

1154 Um Wettbewerbsnachteile des Saarlandes gegenüber anderen Bundesländern bei der
1155 Einstellung von neuen Lehrkräften zu vermeiden und bestehende Ungerechtigkeiten
1156 auszugleichen wollen wir die Absenkung der Eingangsbesoldung wieder abschaffen.

1157 Außerdem es dringend erforderlich, im Bereich der Lehrgesundheit ein Programm zur
1158 Verbesserung der Situation einzuleiten. Angesichts einer Zunahme der physischen und
1159 psychischen Belastung der Lehrkräfte, zum Teil verbunden mit einem Anstieg der
1160 Frühpensionierungen, benötigen wir ein qualifiziertes und verlässliches
1161 Gesundheitsmanagement, bestehend aus professioneller Beratung und Maßnahmen zur
1162 Prävention, Arbeitsentlastung und Wiedereingliederung in den Arbeitsprozess.

1163 **Ausbau der Weiterbildung**

1164 Lernen ist eine lebenslange Aufgabe. Deshalb ist es unverzichtbar, dass die schulische und
1165 berufliche Erstausbildung im Erwachsenenalter fortgesetzt wird. Alle Menschen müssen
1166 Zugang zu Weiterbildungseinrichtungen haben. Weiterbildung entscheidet über die
1167 Sicherheit des Arbeitsplatzes, über Einkommenserhalt und -verbesserung sowie über
1168 berufliche sowie persönliche Entwicklungsmöglichkeiten. Wir wollen eine vielfältige
1169 Weiterbildungslandschaft mit unterschiedlichen Anbietern. Dazu gehören die
1170 Volkshochschulen, die berufsbildenden Schulen, die Hochschulen, die freien Träger und die
1171 Bibliotheken. Wir setzen uns für den Ausbau der Weiterbildung ein. Dazu müssen die
1172 Möglichkeiten der Teilnahme und dein Ausbau der Angebote verbessert werden. Wir wollen,
1173 dass alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer für anerkannte Weiterbildungsmaßnahmen
1174 für die Dauer einer Arbeitswoche jährlich freigestellt werden können. Wir wollen auch die
1175 Weiterbildungsangebote für Menschen in Erziehungszeiten, Arbeitslose und für
1176 Sozialhilfeempfänger verbreitern. Gerade Menschen, die durch Arbeitslosigkeit oder
1177 fehlenden Arbeitsplatz zeitweise von betrieblicher Weiterbildung ausgeschlossen sind,
1178 benötigen qualifizierte Weiterbildungsangebote für eine erfolgreiche Wiedereingliederung in
1179 den Arbeitsmarkt.

1180 **Hochschul- und Wissenschaftsstandort Saarland**

1181 Bildung und Forschung sind Grundvoraussetzungen zur Bewältigung der sozialen,
1182 kulturellen, ökologischen und ökonomischen Zukunftsfragen. Hochschulen sind zentrale Orte
1183 des Denkens, des Lernens, des Lehrens, des Forschens und der Erneuerung. Der
1184 Hochschul- und Wissenschaftsstandort Saarland steht heute in einem zunehmend härteren
1185 internationalen Wettbewerb um Studierende und Dozenten, um Forschungsaufträge und
1186 Fördermittel. Unsere Hochschulen mit ihren unterschiedlichen Profilen haben bewiesen,
1187 dass sie im Wettbewerb mit anderen Hochschulen bestehen können und sogar Spitzenplätze
1188 einnehmen können. Dies gilt insbesondere für die Informatik, die Nanotechnologie,
1189 Biowissenschaften, Medizin und den Europaschwerpunkt.

1190 **Exzellenz und Hochschulautonomie**

1191 Wir wollen, dass Exzellenz in der Spitze von Forschung und Lehre ebenso möglich
1192 ist wie eine qualitätsvolle Lehre in der Breite. Dazu benötigen die Hochschulen ein
1193 hohes Maß an Autonomie, um ihre strategische Ausrichtung unter demokratischer
1194 Einbeziehung aller Hochschulgremien verantwortungsvoll zu gestalten.

1195 Im Außenverhältnis wollen wir eine sinnvolle Steuerung durch die Landesregierung,
1196 die ihre Steuerungsfunktion mit der größtmöglichen Gestaltungsfreiheit der
1197 Hochschulen zu verbinden hat. Im Innenverhältnis wollen wir die Strukturen so
1198 verändern, dass transparente demokratische Entscheidungsprozesse unter
1199 Beteiligung aller Hochschulmitglieder möglich sind.

1200 Zur Autonomie der Hochschulen gehören für uns Globalhaushalte mit Mehrjährigkeit und
1201 Deckungsfähigkeit, die mit Berichtspflichten und klaren Rahmenbedingungen einhergehen.
1202 Öffentliche Finanzierung und privat- finanzierte Drittmittelforschung sind für uns an klare
1203 Transparenzbedingungen gebunden. Um die inhaltliche und strategische Ausrichtung der
1204 Hochschulen, insbesondere der Universität im Rahmen der Autonomie auch stärker ins
1205 öffentliche Bewusstsein zu rücken und mit den Ansprüchen und Anforderungen der
1206 Landespolitik zu verzahnen, ist dem Landtag im Zweijahresrhythmus ein Bericht
1207 vorzulegen. Die Aufsichts- und Beratungsfunktionen von Senat und Universitäts- bzw.
1208 Hochschulrat wollen wir in Bezug zur Wahl des Universitätspräsidenten neu regeln, um
1209 zukünftig gegenseitige Blockaden zu vermeiden. Im Rahmen einer gemeinsamen
1210 Abstimmung von Rat und Senat soll auf der Ebene der Stimmenverteilung dem Senat ein
1211 größeres Gewicht beigemessen werden.

1212 **Statt Sparkurs – Bessere Finanzierung**

1213 Um handlungsfähig zu sein, benötigen unsere Hochschulen eine auskömmliche verlässliche
1214 Finanzierung.

1215 Wir stellen uns entschieden gegen den Sparkurs der Landesregierung im Hochschulbereich,
1216 der dazu geführt hat, dass an der Universität des Saarlandes ein Rückgang der
1217 Studierenden zu verzeichnen ist. Erkennbar ist dies auch an den Abwanderungen von
1218 Studierenden nach dem Bachelorstudium an Universitäten außerhalb des Saarlandes zur
1219 Aufnahme des Masterstudiums.

1220 Mit dem eingeschlagenen Sparkurs ist die Landesregierung dabei, die Hochschullandschaft
1221 im Saarland herunterzuwirtschaften. Die zusätzlichen Mittel, die die Hochschulen noch unter
1222 Grüner-Mitregierung erhielten, wurden gestrichen. Das bedeutet einen Verlust von zehn
1223 Millionen Euro für die Saar-Uni und 1,8 Millionen Euro für die HTW. Um handlungsfähig zu
1224 sein, benötigen unsere Hochschulen eine auskömmliche, verlässliche Finanzierung.

1225 Wir wollen den Sparkurs der Großen Koalition beenden. Um die Leistungsfähigkeit der
1226 Hochschulen dauerhaft sicherzustellen und auch ein gutes Studienangebot
1227 aufrechtzuerhalten, wollen wir die Grundfinanzierung stärken. Außerdem muss das Land die
1228 Tarif- und Energiekostensteigerungen übernehmen.

1229 Die Landesregierung riskiert mit diesem Sparkurs einen nachhaltigen Imageverlust für den
1230 Hochschulstandort Saarland. Wir brauchen ein attraktives Studienangebot, um junge
1231 Menschen ins Saarland zu holen und auch hier zu halten. Dies wirkt ebenso einer negativen
1232 demografischen Entwicklung im Saarland entgegen.

1233 Nachgewiesenermaßen rechnen sich die Investitionen in unsere Hochschulen auch
1234 volkswirtschaftlich. Wissenschaftliche Berechnungen haben ergeben, dass jeder in die
1235 Hochschulen investierte Euro sich volkswirtschaftlich in Höhe des 1,6- bis 1,8-fachen
1236 auszahlt. Unsere Hochschulen stellen ebenso einen bedeutenden Wirtschaftsfaktor dar mit
1237 positiven ökonomischen Effekten im Bereich der Nachfrage nach Gütern und
1238 Dienstleistungen sowie dem studentischen Konsum.

1239 Wir wollen die akademische Grundversorgung einer Landeskinderuniversität – die Hälfte der
1240 Studierenden kommt aus dem Saarland - erhalten, um nicht zuletzt auch vielen jungen
1241 Menschen aus dem Saarland den sozialen Aufstieg durch Bildung zu ermöglichen. Durch die
1242 Abschaffung der Studiengebühren, die wir in unserer Regierungszeit durchgesetzt haben, ist
1243 ein wesentliches Ziel für mehr Bildungsgerechtigkeit erreicht worden.

1244 **Studienbedingungen verbessern**

1245 Wir wollen die Qualität der Lehre steigern und setzen uns ein für attraktive
1246 Studienbedingungen. Dazu gehören studienbegleitende Tutorien, ein nutzerfreundliches
1247 Bibliotheksangebot, moderne Technikausstattung und Räume sowie ein gutes
1248 Betreuungsverhältnis zwischen Hochschullehrenden und Studierenden. Auch die Attraktivität
1249 des Arbeitsplatzes Hochschule muss gesteigert werden. Dies gilt für alle Arbeitsplätze in
1250 Lehre, Forschung und Verwaltung. Die Arbeitsbedingungen sind zu verbessern und den
1251 Beschäftigten muss über die zahlreichen befristeten Verträgen hinaus eine Perspektive
1252 gegeben werden. Insgesamt wollen wir den Anteil der befristeten Verträge verringern. Da
1253 Frauen in den Führungsgremien der Hochschulen immer noch unterrepräsentiert sind, ist
1254 insbesondere auf die familienfreundliche Ausgestaltung der Arbeitsverhältnisse zu achten.
1255 Zielvorstellung für uns bleibt die Geschlechterparität in Forschung, Lehre und Verwaltung.

1256 **Öffnung der Hochschulen – Chancen der Digitalisierung nutzen**

1257 Unsere Hochschulen müssen sich auch zunehmend öffnen für Menschen mit
1258 unterschiedlichen Zugangsvoraussetzungen und Biografien. Dazu können differenzierte
1259 Lehr- und Lernangebote vom klassischen Präsenstudium bis hin zum Distance - Learning
1260 einen Beitrag leisten. Im Rahmen einer zunehmenden Digitalisierung im Bildungsbereich
1261 sollen verstärkt Möglichkeiten der Online- Vorlesungen mit entsprechenden

1262 Interaktionsmöglichkeiten, beispielsweise durch Chats, Foren und Testfragen eingerichtet
1263 werden. Digitale- und Präsenzlehre können miteinander kombiniert werden, so können auch
1264 Präsenzveranstaltungen durch Onlinekurse ergänzt werden. Hier liegen Chancen für die
1265 Hochschulen, Kosten einzusparen aber auch Einnahmen zu erzielen. Außerdem können
1266 durch Onlineangebote mehr Möglichkeiten geschaffen werden, berufsbegleitendes Lernen
1267 oder Weiterbildungen zu organisieren und den Zugang zur Hochschulbildung einem breiten
1268 Interessentenkreis zu öffnen.

1269 **Innovationsstrategie für Strukturwandel - Internationalisierung**

1270 Wir wollen wissenschaftliche und technische Innovationen unserer Hochschulen nicht als
1271 Selbstzweck, sondern in eine Strategie integrieren, die einen positiven Einfluss auf das
1272 Saarland, seine Gesellschaft, seine Wirtschaft und seine Umwelt hat. Wir brauchen eine
1273 Innovationsstrategie zur Beschleunigung des Strukturwandels mit einer Priorisierung
1274 zentraler auch grüner Zukunftsthemen. Dazu gehört die ressourcenschonende Produktion
1275 unserer Wirtschaft und Industrie ebenso wie der Ausbau und die Nutzung der erneuerbaren
1276 Energien und der Querschnittsbereich der Nachhaltigkeit. Die durch exzellente Forschung an
1277 der Universität entstandenen renommierten Forschungsinstitute müssen stärker in eine
1278 mittel- und langfristige Profilierungsstrategie des Landes eingebunden werden.

1279 Wir werden den Hochschulentwicklungsplan der Landesregierung, der im Grunde eine
1280 Dokumentation der Sparkonzeption unserer Hochschulen bis 2020 darstellt, überarbeiten.
1281 Auf der Basis einer besseren finanziellen Grundausstattung wollen wir den Wissenschafts-
1282 und Forschungsstandort Saarland über das Jahr 2020 hinaus zukunftsfest, wettbewerbsfähig
1283 und nachhaltig zum Motor des Strukturwandels im Saarland machen.

1284 Die Internationalisierung unserer Hochschulen ist integrativer Bestandteil der
1285 interdisziplinären Campus – Idee. Partnerschaften und Kooperationen mit Hochschulen der
1286 Großregion und internationalen Hochschulen müssen ebenso selbstverständlich sein wie der
1287 Austausch von Studierenden und Lehrenden.

1288 Neue, innovative Studiengänge sind durch eine stärkere Bündelung und Kombination von
1289 Fachwissen über die Landesgrenzen hinaus kostenneutraler für die Gesamtregion
1290 anzustoßen. Das gleichzeitige Studieren an mehreren Hochschulen der Region soll
1291 ermöglicht werden.

1292 **Beendigung des Sanierungsstaus an Hochschulgebäuden**

1293 Qualitativ hochwertige Forschung und Lehre können nicht in maroden
1294 Hochschulgebäuden praktiziert werden. Wenn unsere Hochschulen ein modernes
1295 Aushängeschild und ein Standortfaktor für die Wissenschaft und die Wirtschaft
1296 unseres Landes sein sollen, dann muss der Sanierungsstau, der mittlerweile bis zu
1297 400 Millionen Euro beträgt, dringend beseitigt werden. Aufgrund der Tatsache, dass
1298 seitens der Landesregierung lediglich 45 Prozent der Budgets zur

1299 Hochschulsanierung abgerufen worden sind, ist es dringend erforderlich, die
1300 Bauherrenfunktion vom Land auf die Hochschulen zu übertragen, damit anstehende
1301 Baumaßnahmen schneller abgewickelt und zügig umgesetzt werden können.

1302 Das große Versagen der Landesregierung ist besonders am seit drei Jahren nicht
1303 bezugsfertigen HTW Hochhaus zu erkennen. Beim Streit um die Auslastung und
1304 Konzeption des Gebäudes, insbesondere um Brandschutzfragen, wird deutlich, dass
1305 die Landesregierung mehr als 10 Millionen Euro verloren hat und die Studierenden
1306 unterm Strich in ausgelagerten Standorten stets die Leidtragenden sind. Das in
1307 öffentlich privater Partnerschaft (ÖPP) durchgeführte Bauprojekt ist hinsichtlich der
1308 Kostenentwicklung, der Steuerung und der effizienten Verbesserung der
1309 Studienbedingungen gescheitert. Wir wollen vergleichbare Bauprojekte in Zukunft
1310 unter staatliche Kontrolle stellen und durch entsprechende Bundes- und Landesmittel
1311 selbst finanzieren.

1312 **Botanischen Garten nicht aufgeben**

1313 Nach der Schließung des **Botanischen Gartens** durch die Landesregierung setzen wir uns
1314 ein für die Wiedereröffnung als Bildungs- und Kulturort. Dies heißt zunächst, die bisher
1315 bestehende Infrastruktur zu bewahren und das Kernpersonal des Botanischen Gartens an
1316 der Universität zu halten. Wir sind offen für neue Finanzierungskonzepte und
1317 Standortkooperationen, wie zum Beispiel mit dem Saarbrücker Zoo oder dem Deutsch-
1318 Französischen Garten. Das Saarland darf nicht das einzige Bundesland ohne Botanischen
1319 Garten bleiben.

1320 **5. Sozialer Wandel– Demografische Entwicklung gestalten**

1321 **Gute Arbeit - soziale Gerechtigkeit**

1322 Menschen müssen unabhängig vom Alter, Herkunft, Geschlecht oder Behinderung darauf
1323 vertrauen dürfen, dass sie solidarische Hilfe erhalten. Eckfeiler grüner Sozialpolitik sind
1324 Nachhaltigkeit, Chancengerechtigkeit, Teilhabegerechtigkeit, Geschlechtergerechtigkeit und
1325 Generationengerechtigkeit.

1326 Im Saarland sind überdurchschnittlich viele Menschen von Armut betroffen. Während
1327 bundesweit rund 15,4 Prozent aller Bürgerinnen und Bürger arm sind, liegt die Quote laut
1328 Bericht des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes (2016) hierzulande bei 17,5 Prozent. Dabei
1329 ist das Armutsrisiko in den letzten Jahren noch um 1,7 Prozent angestiegen.

1330 Laut Armuts- und Reichtumsbericht für das Saarland sind besonders Kinder und Jugendliche
1331 sowie Erwerbslose von Armut betroffen. Danach liegt die Armutsrisikoquote bei den unter 18-
1332 Jährigen bei 20 Prozent. Am häufigsten von Armut betroffen sind die Kinder von
1333 Alleinerziehenden und Kinder aus Familien mit Migrationshintergrund. Wesentliche Gründe
1334 dafür, dass junge Menschen relativ häufig von Sozialhilfe leben müssen, sind

1335 Arbeitslosigkeit, geringes Einkommen, ungesicherte Beschäftigungsverhältnisse und
1336 Trennung der Eltern. Diese Kinder und Jugendliche sind daher auf die
1337 Bewältigungsstrategien und Entwicklungen der Einkommenslage ihrer Eltern angewiesen.
1338 Vor diesem Hintergrund müssen Maßnahmen gegen Kinderarmut auf der politischen Agenda
1339 höchste Priorität haben.

1340 **Teufelskreis der Armut durchbrechen**

1341 Wir wollen verhindern, dass Armut sich weiter vererbt und den Teufelskreis der Armut
1342 durchbrechen. Jedes Kind braucht faire und gerechte Chancen. Entscheidend dafür ist eine
1343 möglichst frühe und gute Bildung und Förderung. Kinder, die schon in der Krippe oder im
1344 Kindergarten eine gute Bildung und Förderung erhalten, haben es später leichter und
1345 größere Chancen auf beruflichen Erfolg. Deshalb wollen wir die Angebote frühkindlicher
1346 Betreuung und Erziehung weiter massiv ausbauen und mit einem qualitativ hochwertigen
1347 Bildungsangebot verknüpfen.

1348 Arme Kinder leben oft in beengten Wohnverhältnissen und vernachlässigten Stadtteilen. In
1349 Armut lebende Kinder haben generell ein höheres Risiko, krank zu werden und liegen häufig
1350 in ihrer körperlichen und physischen Entwicklung zurück. Armut erlaubt es den Kindern also
1351 nicht, ihre Potentiale und Ressourcen angemessen zu entwickeln. So steigt die Gefahr, dass
1352 sich Entwicklungsdefizite herausbilden, die später nur schwer oder gar nicht beseitigt werden
1353 können. Daher gilt: Je früher mit passenden Bildungsangeboten begonnen wird, desto
1354 besser.

1355 **Flächendeckende individuelle Förderung**

1356 Gerade für Kinder mit Migrationshintergrund und aus bildungsfernen Familien müssen
1357 Förderprogramme, insbesondere zur Sprachförderung, so früh wie möglich flächendeckend
1358 durchgeführt werden. Alle Kinder sollen unabhängig vom Einkommen der Eltern individuell
1359 und besser gefördert werden. Dabei streben wir mittelfristig Gebührenfreiheit an. Die Bildung
1360 unsrer Kinder, insbesondere die frühkindliche Bildung in der Kindertagesstätte darf nicht vom
1361 Geldbeutel der Eltern abhängig sein. Bereits jetzt müssen Gebühren durch soziale Staffelung
1362 so ausgestaltet sein, dass sich Eltern nicht aus finanziellen Gründen gegen die Betreuungs-
1363 und Bildungsangebote für ihre Kinder entscheiden.

1364 Im schulischen Bereich muss in erster Linie das Angebot an gebundenen Ganztagschulen
1365 ausgeweitet werden. Im Gegensatz zu den freiwilligen Ganztagschulen sind die
1366 gebundenen Ganztagschulen für die Eltern gebührenfrei. Sie leisten somit ebenso einen
1367 Beitrag für mehr soziale Gerechtigkeit im Land aber auch zur besseren Vereinbarkeit von
1368 Familie und Beruf. Durch eine Ausweitung des Angebots können beispielsweise auch mehr
1369 Alleinerziehende einer Berufstätigkeit nachgehen und aus der Armutsfalle herauskommen.

1370 Der beste Schutz vor Armut ist gute Erwerbsarbeit für einen guten Lohn. Sie ist der
1371 Schlüssel für gesellschaftliche Teilhabe und Anerkennung. Wir setzen uns ein für den Erhalt

1372 und die Schaffung guter Arbeitsplätze, die ein existenzsicherndes Einkommen
1373 gewährleisten. Wir kritisieren eine Zunahme des Missbrauchs der Leiharbeit und des
1374 Niedriglohnssektors, Scheinselbstständigkeiten und dauerhaft befristete
1375 Beschäftigungsverhältnisse, die zu Lohndumping führen.

1376 **Perspektiven für Langzeitarbeitslose**

1377 Während für temporär Erwerbslose der Weg in den ersten Arbeitsmarkt oberste Priorität hat,
1378 muss es für die Problemgruppe der Langzeitarbeitslosen besondere Förderwege geben. Im
1379 Saarland sind rund 40 Prozent der Menschen ohne Beschäftigung bereits seit einem Jahr
1380 oder länger auf Jobsuche. Leben sie von der sozialen Stütze, erhöht dies die Gefahr, dass
1381 sie in Armut abdriften. Laut dem Armuts- und Reichtumsbericht liegt die Armutsrisikoquote
1382 bei Erwerbslosen bei 58,6 Prozent (2014). Wir setzen uns ein für einen öffentlich geförderten
1383 Arbeitsmarkt nach dem Passiv - Aktiv - Modell. Damit wird ermöglicht, dass
1384 Langzeitarbeitslose in soziale Projekte auf Landes- und Kommunalebene eingebunden und
1385 sozialversicherungspflichtig beschäftigt werden.

1386 **Teilhabe für alle - Inklusion vorantreiben - Barrieren abschaffen**

1387 Wir brauchen einen neuen sozialpolitischen Aufbruch, bei dem Hartz IV, durch eine
1388 bedarfsorientierte Grundsicherung abgelöst wird. Diese besteht aus zwei gleichberechtigten
1389 und sich ergänzenden Komponenten: der Existenzsicherung und der Teilhabegarantie an
1390 öffentlichen Leistungen.

1391 So setzen wir uns dafür ein, dass durch eine angemessene Finanzausstattung der
1392 Kommunen, diese in die Lage versetzt werden, durch die Sozialkarte den Zugang zu
1393 öffentlichen Gütern möglichst kostenfrei zu gewährleisten. Kindergarten- und Schulesen,
1394 öffentlicher Personennahverkehr, der Zugang zu Bildungs- und Kultureinrichtungen sowie zu
1395 Sportangeboten und Angeboten in Vereinen sollen kostenfrei bzw. ermäßigt ermöglicht
1396 werden.

1397 Wir verstehen diese Grundsicherung als einen Rechtsanspruch für Bedürftige und nicht als
1398 Almosen. Niemand soll aus Scham oder Angst in Armut leben müssen.

1399 Perspektivisch wollen wir für Kinder eine bedingungslose Grundsicherung, die jedem Kind
1400 unabhängig von seinem sozialen Umfeld, das sozioökonomische Grundeinkommen
1401 garantiert. Durch die Kindergrundsicherung wird die Ehe- und Familienförderung
1402 zusammengefasst und auf die Kinder konzentriert.

1403 Wir wollen, dass alle Menschen am gesellschaftlichen Leben umfassend und
1404 uneingeschränkt teilnehmen können. Von diesem Anspruch sind selbstverständlich
1405 Menschen mit Behinderung eingeschlossen. Jede Ausgrenzung schadet der Gesellschaft
1406 insgesamt und ist ein Gerechtigkeitsdefizit. Auch von Deutschland wurde die UN-Konvention
1407 über die Rechte von Menschen mit Behinderung ratifiziert. Danach haben behinderte

1408 Menschen ein Recht darauf, von Anfang an gemeinsam mit nicht behinderten Menschen zu
1409 leben, zu lernen, zu arbeiten und zu wohnen. Deshalb wollen wir alle Rechtsregelungen
1410 dahingehend überprüfen und überarbeiten, dass sie nicht nur dem Geist der UN
1411 Behindertenrechtskonvention entsprechen, sondern auch in der Praxis im Rahmen eines
1412 Aktionsplanes umgesetzt werden können. Alle Maßnahmen sind regelmäßig zu evaluieren
1413 und gemeinsam mit Behindertenverbänden und Interessengruppen weiterzuentwickeln.
1414 Insbesondere sind erfolgreiche Modellprojekte zur Inklusion in KITAs und Schulen zu
1415 verstetigen. Um Inklusion insgesamt auf dem Arbeitsmarkt voranzutreiben, ist ein Ausbau
1416 von Integrationsbetrieben unerlässlich.

1417 Barrierefreiheit muss universell definiert und als Gestaltungsmaxime für das gesamte
1418 öffentliche Leben beachtet werden.

1419 **Gegen Ausgrenzung: Selbstbestimmte Teilhabe für Menschen mit Behinderung im** 1420 **Saarland**

1421 Menschen mit Behinderung haben aus Sicht der saarländischen Grünen das Recht auf
1422 gleichberechtigte und selbstbestimmte Teilhabe in allen Bereichen des gesellschaftlichen
1423 Lebens. Jede Ausgrenzung schadet der Gesellschaft im Saarland insgesamt und ist ein
1424 Gerechtigkeitsdefizit das wir nicht akzeptieren. Der Anspruch auf umfassende Inklusion
1425 entsprechend der UN-Behindertenrechtskonvention muss zeitnah umgesetzt werden.
1426 Barrierefreie Gemeinwesen, Strukturen und Angebote sind hierfür ebenso notwendig wie
1427 bedarfsgerechte Unterstützungsleistungen. Das Gleichstellungsgesetz für Menschen mit
1428 Behinderung wollen wir so fortentwickeln, dass es den Anforderungen an echte
1429 gleichberechtigte und selbstbestimmte Teilhabe Rechnung trägt.

1430 **Hilfen am individuellen Bedarf ausrichten**

1431 Die Verwendung der Gebärdensprache und anderer Kommunikationshilfen wie barrierefreie
1432 Internetseiten oder ausreichende Medienangebote sind selbstverständliche Voraussetzung
1433 für Teilhabe und müssen deshalb weiter gefördert und ausgebaut werden. Alle Hilfen für
1434 Menschen mit Behinderung wollen wir am individuellen Bedarf ausrichten. Sie sollen so
1435 lange wie möglich in ihren gewohnten Umgebungen bleiben können. Für uns gilt die
1436 Zielvorgabe „ambulant vor stationär“ auch für Menschen mit hohem Hilfebedarf oder für älter
1437 werdende Menschen mit Behinderung. Eine enge Zusammenarbeit zwischen den
1438 Kommunen, örtlichen Angebotsträgern, Experten, Vereinen und den Verbänden ist für dieses
1439 Ziel Voraussetzung.

1440 **Tatsächliche Wahlfreiheit ermöglichen**

1441 Wir müssen Barrieren auf dem Arbeitsmarkt absenken und durch Alternativen zur
1442 Beschäftigung in Werkstätten tatsächliche Wahlfreiheit für Menschen mit Behinderung
1443 ermöglichen. Wir wollen gemeinsam mit den Kommunen dafür sorgen, dass Menschen mit
1444 Behinderungen ihre Rechtsansprüche auf Teilhabe möglichst wohnortnah realisieren

1445 können. Die Angebote der Frühförderung werden wir ausweiten und verbessern. Die
1446 Inklusion von Kindern mit Behinderung in Kindertagesstätten, Schulen sowie
1447 außerschulischen Betreuungseinrichtungen wollen wir schrittweise angehen und nachhaltig
1448 umsetzen.

1449 **Barrieren beseitigen**

1450 Durch die Beseitigung von räumlichen und kommunikativen Barrieren sowie die
1451 Bereitstellung von Seh- und Hörhilfen und ggf. weiterer Assistenz wollen wir die Teilhabe von
1452 Menschen mit Behinderungen auch am kulturellen Leben deutlich steigern.

1453 **Aktionsplan novellieren**

1454 Wie dies in der Praxis gelingen kann, ist im Rahmen des Aktionsplans zur Umsetzung der
1455 UN-Behindertenrechtskonvention im Saarland fortzuschreiben. Den vorliegende Plan von
1456 2012 wollen wir kritisch überarbeiten und aktualisieren. Die vorhandenen und zu
1457 ergänzenden Maßnahmen dieses Planes sind im Sinne der behinderten Menschen fachlich
1458 zu evaluieren und mit konkreteren Ziel- und Zeitvorgaben zu versehen. Dokumente liegen
1459 noch nicht vor

1460 **Grün für starke Regionen – Freiräume gestalten - Potentiale nutzen.**

1461 Das Saarland ist vom demografischen Wandel stärker betroffen als andere Bundesländer.
1462 Dies gilt insbesondere für den ländlichen Raum. Die Schrumpfung ganzer Regionen ist die
1463 Folge eines ökonomischen Wandlungsprozesses. Der Strukturwandel wird verstärkt durch
1464 die Abwanderung junger Menschen, die es aufgrund von Bildungs- oder Karrierechancen in
1465 die Städte zieht.

1466 Im Schnitt verloren bzw. verlieren die saarländischen Landkreise, laut Zahlen des
1467 Bundesinstitutes für Bau, Stadt- und Raumforschung (BBSR), zwischen 2010 und 2030 über
1468 9 Prozent ihrer Bevölkerung. Bei den Erwerbstätigen ist der Rückgang der saarländischen
1469 Landkreise noch höher. Vor allem die eher ländlich strukturierten Landkreise außerhalb der
1470 Saarschiene wie Neunkirchen, St. Wendel und der Saarpfalzkreis werden
1471 überdurchschnittlich Einwohner und Erwerbstätige verlieren.

1472 Bis zum Jahr 2030 wird die Einwohnerzahl des Saarlandes nach diesen Prognosen von
1473 zurzeit knapp einer Million auf rund 890.000 sinken. Bis 2060 ist ein Rückgang der
1474 Bevölkerung im Vergleich zu heute um rund ein Drittel auf unter 700.000 Personen möglich.
1475 Aber nicht allein die Einwohnerzahl wird sich verschieben. Durch den Geburtenrückgang auf
1476 der einen Seite aber steigende Lebenserwartung andererseits kommt es auch zu einer
1477 Veränderung der Altersstruktur in der Bevölkerung. Der Anteil der Senioren wird deutlich
1478 steigen, was Auswirkungen auf die infrastrukturelle, soziale und ökonomische Entwicklung
1479 des Saarlandes hat.

1480 Wir wollen die besonders betroffenen ländlichen Räume unseres Landes langfristig fördern.
1481 Wir wollen sie so weiterentwickeln, dass sie auch unter den Bedingungen des sozialen
1482 Strukturwandels gleichermaßen attraktiv für junge und ältere Menschen bleiben. Diese
1483 Regionen dürfen nicht gegenüber anderen benachteiligt und abgehängt werden. Dabei sind
1484 uns die Bereiche Infrastruktur, Mobilität, Siedlungs- und Wohnraumgestaltung sowie die
1485 ökonomische, ökologische und soziale Entwicklung im Gemeinwesen besonders wichtig.

1486 **Willkommen-zurück-Kultur! Grüne Impulse für ein junges Land**

1487 Um als Standort für gutes Leben und Arbeiten erfolgreich zu sein, müssen wir uns vor allem
1488 darum bemühen, junge Menschen, die das Land etwa zum Studium verlassen haben, wieder
1489 zur Rückkehr zu bewegen. Das kann gelingen, wenn wir für sie attraktive
1490 Rahmenbedingungen, wie hochwertige Arbeitsplätze, eine gute technische Infrastruktur, wie
1491 z.B. die Breitbandversorgung, aber auch soziale Versorgungseinrichtungen und moderne
1492 Bildungs- Betreuungs- und Freizeitangebote bereithalten.

1493 Deshalb brauchen wir eine Willkommen-zurück-Kultur für junge Fachkräfte und deren
1494 Familien. Die Kommunen müssen finanziell und konzeptionell in die Lage versetzt werden,
1495 attraktive Angebote für junge Menschen zu machen, die sie zum Bleiben, insbesondere aber
1496 auch zum Zurückkehren bewegen. Ein Schwerpunkt soll dabei auf die so genannten weichen
1497 Standortfaktoren, wie soziale und kulturelle Einrichtungen, Vereinsaktivitäten und
1498 Freizeitangebote gelegt werden.

1499 Uns geht es insgesamt um die Stärkung der Attraktivität des ländlichen Raumes zur
1500 Erhöhung der Lebensqualität durch eine gute soziale und technische Infrastruktur, die den
1501 Bedürfnissen aller Bewohner ob junge oder alte Rechnung trägt.

1502 **Bildung, Betreuung und Ausbildung**

1503 Wir wollen für alle Kinder ein qualitativ hochwertiges, wohnortnahes Bildungs- und
1504 Betreuungsangebot in Kita und Schule gewährleisten. Darüber hinaus brauchen Kinder und
1505 Jugendliche sinnvolle und attraktive Beschäftigungs- und Freizeitmöglichkeiten.

1506 Deshalb wollen wir auch kleinere Schulstandorte, und weiterführende Schulen im ländlichen
1507 Raum langfristig erhalten.

1508 Diese Schulen sollen als kulturelle Zentren und multifunktionale Stätten weiterentwickelt
1509 werden. Im Idealfall werden sie ein sozialer Austauschort für alle Generationen in der
1510 Kommune. Weiterführende Schulen können ebenso Ausbildungspartnerschaften mit
1511 mehreren Betrieben und lokalen Unternehmen abschließen und so an Attraktivität gewinnen.

1512 Um dauerhaft bedarfsgerechte Angebote für Kinder und Jugendliche sicherzustellen, ist ein
1513 besserer Austausch der Angebote und eine gute Vernetzung der Akteure auf kommunaler
1514 Ebene, im Landkreis, den Schulen und den Sport- und Kulturvereinen herzustellen.

1515 **Pflege und Unterstützungsangebote**

1516 Pflegebedürftige und ältere, mobilitätseingeschränkte Menschen haben in ländlichen
1517 Regionen oft nur unzureichend Zugang zu Pflege- und Unterstützungsangeboten. Bisher ist
1518 die Pflege dort meist darauf ausgerichtet, dass sie von Angehörigen übernommen wird.
1519 Durch Abwanderung, längere Erwerbstätigkeit, zunehmende Berufstätigkeit, insbesondere
1520 von Frauen, wird dies aber immer seltener möglich sein. Hinzu kommt aktuell ein Mangel an
1521 qualifizierten Pflegekräften, der in Zukunft noch deutlicher zu Tage treten wird.

1522 Wir wollen neue Wohnformen, wie Senioren- und Pflegewohngemeinschaften,
1523 Hausgemeinschaften oder Mehrgenerationenwohnen stärker fördern. Zudem setzen wir uns
1524 dafür ein, dass auch auf Landesebene ein qualifiziertes Beratungsangebot zu technischen
1525 und finanziellen Fördermöglichkeiten für barrierefreie Umbaumaßnahmen angeboten wird.
1526 Die Gesundheitsversorgung im ländlichen Raum muss durch eine engere Vernetzung der
1527 verschiedenen Gesundheitsakteure und ihrer jeweiligen Kompetenzen sichergestellt werden.
1528 Dazu gehört die Förderung flexiblerer Versorgungsformen wie etwa mobile Praxisteams oder
1529 Fahrdienste zu Arztbesuchen.

1530 **Nahversorgung mit Lebensmitteln und Dienstleistungen**

1531 Zur Attraktivität eines Lebensumfeldes gehören auch ortsnahe Einkaufs- und
1532 Versorgungsmöglichkeiten mit den Waren des täglichen Bedarfs. Die Konzentration von
1533 großen Einkaufsmärkten am Rande der Zentren hat nicht nur im ländlichen Raum, sondern
1534 auch in unseren Innenstädten schmerzliche Lücken in der Versorgungsstruktur hinterlassen.
1535 Einer solchen Entwicklung wollen wir aktiv entgegenwirken, indem wir den Wildwuchs von
1536 neuen Einkaufszentren auf der „Grünen Wiese“ landesplanerisch eindämmen und
1537 gleichzeitig die Ortskerne wieder zu stärken: Innenentwicklung muss wieder vor
1538 Außenentwicklung gehen.

1539 Wir werden Dorfladeninitiativen unterstützen, die in ländlichen Regionen ein grundlegendes
1540 Versorgungsbedürfnis abdecken und die Einrichtung von Versorgungszentren nach dem
1541 DORV-Konzept prüfen, in denen sowohl Güter des täglichen Bedarfs aber auch öffentliche
1542 und private Dienstleistungen wie Bank- und Postgeschäfte, Verwaltungs- und medizinische
1543 Dienstleistungen angeboten werden..

1544 **Technische Infrastruktur**

1545 Auch vor dem Hintergrund des demographischen Wandels brauchen wir einen
1546 grundlegenden Richtungswechsel in der Infrastrukturpolitik. Statt neue Straßen zu bauen,
1547 müssen wir den qualitativ hochwertigen Erhalt der vorhandenen Infrastruktur sichern. Wir
1548 wollen durch die Erstellung eines Infrastrukturberichts eine lückenlose Bestandsaufnahme
1549 der Infrastruktur des Landes, um eine bessere Ermittlung der notwendigen Investitionen
1550 sowie konsequentere und transparentere Planung entsprechender Maßnahmen
1551 vorzunehmen.

1552 Außerdem brauchen wir endlich schnelle und leistungsfähige Datenautobahnen vor allem in
1553 ländlichen Regionen. Damit der ländliche Raum nicht abgehängt wird, bedarf es staatlicher
1554 Zuschüsse und einer echten Breitbandinitiative des Landes. Wir wollen die
1555 Breitbandversorgung zur Daseinsvorsorge machen.

1556 Die Finanzierung eines zeitnahen Breitbandnetzausbaus in allen Gemeinden des Saarlandes
1557 soll mit einem Landesprogramm gefördert werden.

1558 Der öffentliche Nahverkehr muss zur Sicherstellung der Mobilität für alle Bürgerinnen und
1559 Bürger besonders im ländlichen Raum stärker gefördert werden. Wir treten ein für
1560 Vernetzungskonzepte die den Individualverkehr mit dem ÖPNV ökologisch und ökonomisch
1561 sinnvoll verbinden und geben der Finanzierung eines bürgerfreundlichen ÖPNV Vorrang vor
1562 dem Bau neuer Straßen.

1563 **Landesentwicklungsplan „Siedlung“ ergänzen**

1564 Aufgrund des negativen demografischen Wandels ist die Bevölkerungszahl des Saarlandes
1565 seit Jahren rückläufig. Dennoch verzeichnen wir einen zunehmenden Flächenverbrauch. Pro
1566 Tag wird hektarweise neues Land erschlossen, beispielsweise für Gewerbe- und
1567 Einkaufsflächen. Das hat weitreichende ökologische wie auch ökonomische Folgen. Denn es
1568 gehen nicht nur unzerschnittene Landschaftsräume verloren, die wichtig für die Flora und
1569 Fauna sind, sondern auch Potenziale für die Ortskerne. Durch Ansiedlungen auf neu
1570 erschlossenen Flächen wächst der Leerstand vor allem in ländlichen Gebieten, was zu einer
1571 zunehmenden Verödung der Ortskerne führt.

1572 Um dieser Entwicklung entgegenzuwirken, brauchen wir im Saarland eine langfristig
1573 angelegte, nachhaltige Landesplanung. Um Kompetenzen in diesem Bereich zu bündeln,
1574 muss die Verantwortung für die Landesentwicklungsplanung künftig in einem Ministerium
1575 und nicht wie bislang an unterschiedlichen Stellen liegen. Da für eine nachhaltige
1576 Landesentwicklung sowohl ökologische als auch wirtschaftliche und soziale Aspekte
1577 berücksichtigt werden müssen, sollen die bislang existierenden Pläne für Umwelt und
1578 Siedlung in einen einzigen Plan zusammengeführt werden.

1579 Kern eines solchen Landesentwicklungsplans muss es sein, den Flächenverbrauch durch
1580 eine feste Zielmarke zu begrenzen, um die Innenverdichtung voranzutreiben, statt
1581 Naturräume zu zerstören. Kommunenübergreifende Einzelhandelskonzepte und eine
1582 gezielte Bekämpfung innerörtlicher Leerstände durch finanzielle Förderung sollen dazu
1583 beitragen, attraktive ländliche Räume zu erhalten. Einhergehen muss dies mit einem
1584 konsequenten Ausbau des öffentlichen Personennahverkehrs, um alle Kommunen des
1585 Saarlandes gut an das ÖPNV-Netz anzuschließen. Um die Wettbewerbsfähigkeit von
1586 Betrieben in ländlichen Gebieten zu erhalten, setzen wir uns für eine Stärkung der
1587 Vermarktung regionaler Produkte ein. In diesem Zuge muss auch die Vernetzung der
1588 Biolandwirtschaft mit dem Gastronomie- und Tourismussektor verbessert werden.

1589 **Städtebau – bezahlbarer Wohnraum**

1590 Der Trend zu mehr Singlehaushalten und zu mehr Wohnraum pro Person wird sich weiter
1591 verfestigen. Zwar wird aufgrund der sinkenden und überalternden Bevölkerungsstruktur mehr
1592 leerstehender Wohnraum zur Verfügung stehen, jedoch entspricht der Wohnraum oft nicht
1593 den heutigen Ansprüchen.

1594 Im Saarland sind viele Gebäude vor allem im ländlichen Raum überaltert bzw.
1595 sanierungsbedürftig. Wir wollen Bau- und Umbaumaßnahmen unter Berücksichtigung von
1596 Barrierefreiheit und Energieeinsparung gezielt fördern. Unser Ziel ist es auch, dass
1597 körperlich beeinträchtigte und/oder sozial benachteiligte Bürgerinnen und Bürger möglichst
1598 lang in ihrem gewohnten Umfeld leben können.

1599 Dazu wollen wir niedrigschwellige Beratungsangebote für Fördermittel, z.B. der KFW
1600 („Altersgerecht umbauen“) sowie für energetischen Sanierungsmaßnahmen ausweiten und
1601 in Gemeindeerneuerungsprogramme integrieren.

1602 Um den Flächenverbrauch zu reduzieren, wollen wir ein Leerstands- und Baulückenkataster
1603 für jede Kommune erstellen. Außerdem wollen wir Nutzungskonzepte für brachliegende
1604 Grundstücke im Rahmen der Dorf- und Stadtentwicklung initiieren und die Bauleitplanung auf
1605 eine Umnutzung und Sanierung von leerstehenden Gebäuden ausrichten.

1606 **Wohnraum muss bezahlbar bleiben**

1607 Wohnraum muss aber auch unter sozialen Gesichtspunkten bezahlbar bleiben. Die Frage,
1608 ob man etwa in den Kommunen des Landes zu akzeptablen Bedingungen wohnen kann
1609 oder nicht, soll nicht vom Geldbeutel abhängen, sondern von den persönlichen Bedürfnissen.

1610 Eine Wohnungspolitik, die nicht nur vermögende Menschen im Blick hat, geht alle an. Sie
1611 betrifft nicht nur Menschen im Sozialleistungsbezug, sondern viele Menschen, die über
1612 geringe Einkommen verfügen, aber aus dem Raster der herkömmlichen Definition des
1613 sozialen Wohnungsbaus rausfallen. Wohnungsbau und die Weiterentwicklung der
1614 Wohnviertel darf sich nicht nur auf die begehrten Innenstadtlagen fokussieren, sondern muss
1615 auch die Entwicklungspotenziale der Peripherie im Blick haben. Deshalb muss das Land
1616 seiner Verantwortung gerecht werden und die Bundesmittel zum sozialen Wohnungsbau von
1617 über 6 Millionen Euro jährlich an die Kommunen zum Bau neuen Wohnraums mit
1618 Sozialbindung weitergeben. Gleichzeitig wollen wir neue Wohnformen, wie
1619 generationenübergreifende Baugemeinschaften stärker mit Beratungsangeboten
1620 unterstützen. So fordern wir die Einrichtung einer Beratungsstelle für neue Wohnformen im
1621 Alter. Wir wollen zudem, dass das Land künftig aktiv Flächenpolitik betreibt und eigene
1622 Flächen für soziale Wohnungsbauinitiativen für Familien mit Kindern, für ältere Menschen
1623 oder Menschen mit Behinderung zur Verfügung stellt.

1624

1625 **Sozialer Wohnungsbau**

1626 Im Saarland mangelt es zwar auf den ersten Blick nicht an Wohnraum. So gibt es 21.000
1627 Wohnungen mehr als Haushalte. Allerdings steuert das Land auf einen deutlichen Mangel an
1628 preisgünstigen Sozialwohnungen zu. Denn der Bedarf nach solchem Wohnraum wird unter
1629 anderem bedingt durch die steigende Altersarmut und die Flüchtlingssituation künftig deutlich
1630 zunehmen. Gleichzeitig verzeichnen wir im Saarland aber einen dramatischen Rückgang an
1631 Sozialwohnungen. Von 4.000 im Jahr 2007 sind im Jahr 2016 gerade einmal noch 1.100
1632 übrig geblieben.

1633 Aus diesen Gründen müssen wir zum einen die Landeszuwendungen für den Bereich des
1634 sozialen Wohnungsbaus deutlich erhöhen. Zum anderen brauchen wir ein effektives
1635 Fördersystem, um Anreize für Unternehmen zu schaffen, nachhaltig in die Sanierung von
1636 Bestandswohnungen mit Sozialbindung und in den Neubau solcher Wohnungen zu
1637 investieren. Die Vergabe zinsverbilligter Darlehen, wie sie im Saarland praktiziert wird, hat
1638 sich als untaugliches Fördersystem erwiesen. Wir sprechen uns dafür aus, dieses System
1639 grundlegend umzustellen, und Investoren Zuschüsse für die Sanierung beziehungsweise
1640 den Neubau von Sozialwohnungen zu gewähren.

1641 Flankierend dazu wollen wir uns mit Initiativen auf Bundesebene für eine Rückkehr zur
1642 Wohnungsgemeinnützigkeit einsetzen, um ein bundesweit funktionierendes
1643 Marktanzreizsystem zu schaffen. Im Rahmen eines solchen Systems sollen
1644 Wohnungsgesellschaften, Unternehmen und Privatanbietern eine steuerliche Förderung
1645 erhalten, sofern sie Wohnungen gemeinnützig zur Verfügung stellen.

1646 **Integration von Geflüchteten**

1647 Die aktuelle Fluchtbewegung aus den Bürgerkriegsregionen des Nahen Ostens und
1648 sonstigen Krisenregionen ist eine der größten Herausforderungen der letzten Jahrzehnte. Im
1649 Jahr 2015 haben rund eine Million Menschen Zuflucht in Deutschland gesucht, davon etwa
1650 13000 im Saarland. Siebzig Jahre nach Ende des Zweiten Weltkrieges, der nicht nur
1651 Millionen Menschen das Leben kostete, sondern viele entwurzelte und zur Flucht aus der
1652 Heimat zwang, ist es für uns grundgesetzlich geboten und eine humanitäre Verpflichtung, vor
1653 Krieg, Folter und Tod geflüchtete Menschen aufzunehmen und ihnen eine Perspektive in
1654 Deutschland zu bieten.

1655 Um dieses Ziel zu erreichen, sind alle gefragt und gefordert: Politik, Wirtschaft,
1656 Zivilgesellschaft und selbstverständlich die Menschen, die bei uns Zuflucht suchen und bei
1657 uns bleiben möchten. Auch sie müssen wesentlichen Beitrag zur Integration selbst leisten.
1658 Offenheit, Integrationswillen und Leistungsbereitschaft sind dabei wesentliche
1659 Voraussetzungen für einen gelingenden Integrationsprozess. Dies gilt aber auch
1660 gleichermaßen für unsere Seite.

1661 Die Grundlage unseres Zusammenlebens ist das Grundgesetz. Seine Werte gelten für alle,
1662 die in Deutschland leben, für Einheimische genauso wie für Menschen, die jetzt zu uns
1663 gekommen sind. Auf dieser Basis kann Integration zum Erfolg werden."

1664 **Große Anstrengung und große Chancen**

1665 Wir unterschätzen keineswegs die notwendigen Anstrengungen, die das erfordern wird. Wir
1666 sehen aber auch große Chancen für unser Land. Um dem Negativtrend des demografischen
1667 Wandels entgegenzuwirken, dem Fachkräftemangel zu begegnen und die Zukunft unserer
1668 Sozialsysteme zu sichern, brauchen wir Zuwanderung in unser Land.

1669 **Echte Integration – Bildung und Sprache**

1670 Uns geht es darum, möglichst schnell geflüchtete Menschen in unsere Gesellschaft zu
1671 integrieren. Arbeit und Bildung sind der Schlüssel zur Integration. Dazu ist das Beherrschen
1672 der deutschen Sprache eine wesentliche Voraussetzung. Deshalb wollen wir das Angebot an
1673 Sprachkursen ausweiten und dazu mehr Personal bereitstellen sowie eine entsprechende
1674 Infrastruktur aufbauen. Wir wollen nicht, dass Geflüchtete mehrere Monate auf ein
1675 Sprachkursangebot warten müssen.

1676 In den Schulen muss ebenso zur Sprachförderung ausreichendes Lehrpersonal zur
1677 Verfügung gestellt werden. Dazu müssen dauerhaft zusätzliche Lehrerstellen geschaffen
1678 werden, die nicht der Schuldenbremse zum Opfer fallen und später wieder gestrichen
1679 werden. Wir wollen auch in Klassen mit Flüchtlingskindern den Klassenteiler absenken, um
1680 günstige Lernbedingungen für alle Kinder zu schaffen. So sollen an Grundschulen höchstens
1681 20 Kinder und an weiterführenden Schulen höchstens 25 Kinder in einer Klasse unterrichtet
1682 werden.

1683 **Ausbildung und Beschäftigung: Die Fachkräfte von morgen ausbilden**

1684 Ausbildung und Beschäftigung sind für uns eine wesentliche Voraussetzung zu gelingender
1685 Integration: Schule, Betrieb und Hochschule schaffen nicht nur einen neuen Alltag, sondern
1686 auch berufliche Perspektiven und sind oft der erste Schritt in ein neues Leben in einer neuen
1687 Heimat. Dass viele der ankommenden Flüchtlinge zur Beschäftigungslosigkeit gezwungen
1688 sind, obwohl sie gerne etwas Sinnvolles tun würden, sorgt hingegen für Verdruss,
1689 Spannungen und Perspektivlosigkeit. Integration wird dadurch erschwert.

1690 Deshalb müssen die Menschen, die bei uns angekommen sind, schnellstmöglich einer
1691 geregelten Beschäftigung nachgehen können, dies kann auch eine ehrenamtliche Tätigkeit
1692 sein.

1693 Bildungsangebote für Erwachsene müssen ausgebaut und verbessert werden. Für
1694 Jugendliche und junge Erwachsene muss der Zugang zu Ausbildung und Hochschule
1695 deutlich erleichtert werden. Dazu gehört die Erleichterung und Beschleunigung der

1696 Anerkennung ausländischer Bildungs- und Berufsabschlüsse ebenso wie der Ausbau der
1697 Berufsberatung durch die Agentur für Arbeit und die Handwerks- bzw. die Industrie- und
1698 Handelskammer. Das Angebot an berufsbezogenen Deutsch-Kursen wollen wir deutlich
1699 ausbauen ebenso wie die Schaffung ehrenamtlicher oder gemeinnütziger
1700 Beschäftigungsmöglichkeiten für Geflüchtete.

1701 **Abschiebung – Härtefallkommission**

1702 Abgelehnte Asylbewerberinnen und -bewerber haben die Möglichkeit, einen Härtefallantrag
1703 zu stellen, wenn humanitäre oder persönliche Gründe gegen ihre Abschiebung sprechen. Ein
1704 Härtefall kann beispielsweise vorliegen, wenn diesen Menschen ein empfindliches Leid in
1705 ihrem Heimatland drohen würde. Mit solchen Anträgen befasst sich eine eigens dafür
1706 eingerichtete Härtefallkommission. Es ist eine Frage des Respekts und der Fairness
1707 gegenüber geflüchteten Menschen, dass sie mit ihrem Anliegen bei einer solchen
1708 Expertenkommission Gehör finden und entsprechende Anträge fachkundig bewertet werden.
1709 In der Vergangenheit wurden im Saarland jedoch bereits mehrfach Abschiebungen
1710 vollzogen, bevor die Kommission Fälle abschließend bewertet hat. Ein solches Vorgehen ist
1711 vollkommen inhuman und stellt eine Missachtung der Arbeit der Kommission dar.

1712 Um dies künftig zu vermeiden und allen Antragsstellern die gleiche Chance auf eine faire
1713 und fachkundige Bewertung ihres Anliegens zu geben, setzen wir uns für eine Änderung der
1714 Härtefallkommissionsverordnung ein. In ihr soll rechtlich festgeschrieben werden, dass keine
1715 Abschiebungen erfolgen dürfen, bevor die Kommission über den jeweiligen Antrag
1716 abschließend entschieden hat.

1717 **Professionelle Koordination - Integrationsbericht**

1718 Die Integration von Geflüchteten in unsere Gesellschaft ist eine Querschnittsaufgabe, die auf
1719 vielen Schultern lastet. Dennoch und gerade deshalb braucht die Organisation dieser
1720 Integrationsaufgabe eine professionelle Koordinierung.

1721 Mit der derzeitigen Zersplitterung der Zuständigkeiten wird die Lösung dieser Aufgabe
1722 erschwert. Wir wollen deshalb die Bündelung der integrationsrelevanten Zuständigkeiten in
1723 einem Ministerium. Parallel dazu wollen wir die Installation von Integrationsbeauftragten in
1724 den Kommunen, zumindest aber in den Landkreisen und dem Regionalverband.

1725 Um die Entwicklung der Integrationsbemühungen im Land transparent zu machen, soll alle
1726 zwei Jahre ein Integrationsbericht der Landesregierung vorgelegt werden, der im Landtag
1727 debattiert.

1728

1729 **Gesundheitsversorgung sicherstellen**

1730 **Der Mensch im Mittelpunkt – Für eine moderne Gesundheitspolitik im Saarland**

1731 Für die saarländischen Grünen steht der Mensch im Mittelpunkt des Handelns – besonders
1732 in der Gesundheits- und Pflegepolitik. Wir wollen einen gerechten Zugang zu hochwertiger
1733 Gesundheits- und Pflegeversorgung sowie Prävention für alle Menschen – ungeachtet von
1734 Herkunft, Aufenthaltsstatus, Geschlecht, Einkommen oder Alter. Und wir wollen die
1735 Arbeitsbedingungen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Gesundheitsberufen
1736 verbessern sowie dafür sorgen, dass die Pflegeberufe gestärkt und die Interessen der
1737 Beschäftigten besser vertreten werden. Der Pflege- und Gesundheitssektor ist eine
1738 Zukunftsbranche, deren Bedeutung durch die demographische Entwicklung weiter
1739 zunehmen wird. Allerdings fehlt es vielerorts bereits heute an Fachkräften. Darauf gilt es zu
1740 reagieren.

1741 **Personalausstattung und Arbeitsbedingungen verbessern**

1742 Die sich seit Jahren aufgrund von gesundheitspolitischen Fehlsteuerungen verschärfenden
1743 Arbeitsverdichtung und Überlastung des Pflegepersonals wollen wir wirksam bekämpfen. In
1744 kaum einem anderen europäischen Land müssen Pflegekräfte im Krankenhaus so viele
1745 Patientinnen und Patienten versorgen wie in Deutschland. Probleme bei der
1746 Patientensicherheit und weitere Infektionen mit gefährlichen Keimen können die Folge dieser
1747 enormen Arbeitsbelastung sein. Deshalb bestehen wir auf einer bedarfsgerechten
1748 Ausstattung von Krankenhäusern und Pflegeeinrichtungen mit Fachkräften sowie der
1749 Einhaltung und Überwachung von gesetzlichen und tariflichen Arbeitszeitregelungen.
1750 Kurzfristig fordern wir die Definition verbindlicher Standards für eine bedarfsgerechte
1751 Personalbesetzung in der Pflege.

1752 **Zukunftsfähige medizinische Versorgung für Stadt und Land**

1753 Eine flächendeckende, wohnortnahe und qualitativ hochwertige medizinische Versorgung zu
1754 sichern, ist das Ziel grüner Gesundheitspolitik im Saarland. Das Recht auf Gesundheit darf
1755 nicht vom Wohnort abhängig sein. Demographischer Wandel und Honorarsituation führen zu
1756 Lücken in der hausärztlichen Infrastruktur. Wir als Grüne wollen den Beruf des Hausarztes
1757 wieder attraktiv machen. Zudem wollen wir die Gründung von Medizinischen
1758 Versorgungszentren (MVZ) fördern, die Angebote der Gesundheitsförderung und der
1759 Gesundheitsversorgung unter einem Dach vereinen und so das Herzstück der Versorgung
1760 vor Ort bilden können. Kommunen wollen wir in die Lage versetzen die örtliche medizinische
1761 Versorgung zu verbessern, indem sie Praxisräume bereitstellen oder Anschubfinanzierung
1762 bei der Niederlassung gewähren. So kann eine adäquate Versorgung auch des ländlichen
1763 Raums langfristig erhalten bleiben. Das Recht auf eine freie Arztwahl ist dabei ebenso zu
1764 gewährleisten wie eine gute fachärztliche Infrastruktur. Zugleich wollen wir eine
1765 flächendeckende Versorgung mit Apotheken sicherstellen.

1766 Wir setzen uns generell für ein integriertes Versorgungssystem ein, das die Arbeit der
1767 Gesundheitsdienste vor Ort, von ambulant tätigen Ärztinnen und Ärzten, anderen
1768 Heilberufen sowie von stationären medizinischen Einrichtungen wie Krankenhäusern und
1769 Rehakliniken miteinander verzahnt.

1770 **Palliativversorgung sicherstellen**

1771 Immer mehr Sterbende können ihr Leben nicht mehr in der vertrauten häuslichen Umgebung
1772 beenden. Ein flächendeckendes Angebot an stationärer und ambulanter palliativer
1773 Versorgung sowie angemessener psychologischer Begleitung ist für uns daher ein wichtiges
1774 Anliegen. Wir legen Wert darauf, dass unabhängig vom Ort des Sterbens eine qualifizierte
1775 Schmerztherapie für die Betroffenen sichergestellt wird. Im Sinne der Hospizidee wollen wir
1776 ausreichend viele Einrichtungen zu schaffen, die den Betroffenen in der unterschiedlichsten
1777 Form die verbleibende Lebenszeit erleichtern.

1778 **Für eine zukunftsfähige Krankenhausstruktur**

1779 Viele Krankenhäuser schreiben roten Zahlen. Wir Grüne fordern daher eine Reform der
1780 Investitionsfinanzierung für Krankenhäuser. Das bisherige System hat auch im Saarland
1781 dazu geführt, dass aufgrund fehlender Investitionsmittel Krankenhäuser Kürzungen bei den
1782 Personalkosten vornehmen, die voll zu Lasten der Kranken, aber auch des Personals gehen.
1783 Die Budgetierung der Krankenhäuser, die Personal- und Qualitätsabbau zur Folge hat, muss
1784 korrigiert werden. Unser Ziel ist es, die Investitionsmittel der Krankenhäuser zu erhöhen und
1785 ihnen die Möglichkeit zu geben, selbst über die Verwendung zu entscheiden.

1786 Wir werden uns für eine entsprechende Änderung der bundesgesetzlichen
1787 Rahmenbedingungen stark machen, die eine an Qualitätskriterien und Versorgungszielen
1788 orientierte Krankenhausplanung ermöglicht. Krankenhäuser sollen Versorgungszentren im
1789 Rahmen einer integrierten Versorgungslandschaft werden. Die wohnortnahe Grund- und
1790 Notfallversorgung muss erhalten bleiben, spezialisierte Versorgung und
1791 Hochleistungsmedizin können dagegen konzentriert angeboten werden. Wir treten dafür ein,
1792 dass die überwiegend gemeinnützige Trägerstruktur im Saarland in ihrer Vielfalt erhalten
1793 bleibt und eine Privatisierung von Krankenhäusern verhindert wird.

1794 **Für mehr Qualität in Krankenhäusern**

1795 Zur Stärkung der Interessen und Erhöhung der Sicherheit der Patientinnen und Patienten
1796 setzen wir uns für eine bessere Qualitätssicherung in Krankenhäusern ein. Bei
1797 Behandlungsfehlern darf die Beweislast nicht mehr bei den Betroffenen liegen, sondern
1798 muss auf den durchführenden Anbieter übertragen werden.

1799 Die steigende Bedrohung durch resistente Keime (MRSA, ESBL) insbesondere in
1800 Krankenhäusern sehen wir als eine zentrale gesundheitspolitische Aufgabe. Neben der
1801 Bekämpfung der Ursachen – wie dem hohen Antibiotika-Einsatz in der Massentierhaltung

1802 und dem zu freizügigen Einsatz in der Humanmedizin – wollen wir dafür Sorge tragen, dass
1803 die Hygiene in den Krankenhäusern deutlich verbessert wird. Entsprechend des
1804 niederländischen Modells wollen wir neben dem Screening von Risikopatienten strengere
1805 Hygienestandards und eine bessere Personalausstattung zur Pflicht machen.

1806 Unsere Gesundheitspolitik setzt auf mündige, gut informierte und optimal versorgte
1807 Patientinnen und Patienten. Ihre Sicherheit wollen wir weiter erhöhen. Dafür ist es
1808 notwendig, dass sich auch in unseren Kliniken der Umgang mit Fehlern verändert. Wir wollen
1809 Methoden zur Anwendung bringen, die sich in anderen Risikobereichen bewährt haben und
1810 anerkannt sind. Deshalb wollen wir für saarländische Kliniken die Einführung des Critical
1811 Incident Reporting System (CIRS) fördern. Mit dem System wird die Bereitschaft der
1812 Mitarbeiter gefördert, Fehler anonym anzugeben. Die Daten werden analysiert und damit
1813 Fehlerquellen verringert, zum Nutzen der Patientinnen und Patienten und letztlich auch der
1814 Kliniken.

1815 **Bessere Angebote für psychisch kranke Menschen**

1816 Auch psychisch kranken Menschen muss ein uneingeschränkter Zugang zu medizinischen
1817 Angeboten ermöglicht werden. Geschlossene psychiatrische Stationen, die es auch im
1818 Saarland trotz Psychiatriereform immer noch gibt, sind zu überprüfen und dort, wo dies
1819 beispielsweise durch einen erhöhten Personaleinsatz möglich ist, zu öffnen.

1820 **6. Mobilität und Verkehrsinfrastruktur**

1821 **Zukunft braucht einen starken öffentlichen Personen Nahverkehr**

1822 Mobilität ist ein wichtiger Pfeiler einer modernen Gesellschaft. Wir brauchen eine
1823 leistungsfähige Verkehrsinfrastruktur für urbane und ländliche Räume. Um diese möglichst
1824 klimafreundlich und energie- und flächeneffizient zu gestalten, benötigen wir ein nachhaltiges
1825 Mobilitätskonzept.

1826 Dazu ist eine koordinierte Mobilitätsplanung erforderlich, die eine deutliche Verbesserung
1827 des öffentlichen Verkehrs zum Ziel hat und zudem den Fuß- und Radverkehr stärkt.

1828 Wir wollen das saarländische Verkehrssystem so umbauen, dass die Verkehrswege durch
1829 die Zusammenführung von Wohnen, Arbeiten und Freizeit kürzer werden. Der Einsatz neuer
1830 Informationstechnologien kann ebenso zur Optimierung der Verkehrsflüsse beitragen wie
1831 eine bessere Auslastung des Individualverkehrs. Wir wollen energie- und emissionsparende
1832 Technologien fördern und dabei zunehmend eine Verlagerung des Individualverkehrs auf
1833 öffentliche Verkehrsmittel erreichen.

1834 **Das öffentliche Verkehrssystem soll für das Saarland zum Herzstück der Mobilität** 1835 **werden**

1836 Als zentrale Region in der Mitte Europas, die über vielfältige Beziehungen zu ihren Nachbarn
1837 verfügt, muss das Saarland seine Chance nutzen, sich als Vorreiter einer
1838 grenzüberschreitenden, nachhaltigen und attraktiven Mobilität zu positionieren.

1839 Wir wollen ein schienengebundenes und vernetztes Nahverkehrskonzept mit einem echten,
1840 integralen Taktfahrplan („Saarland-Takt“) für das gesamte Land mit enger Taktfolge („S-
1841 Bahn). Wir benötigen zugleich eine Neuausrichtung des Tarifsystems, eine fairere und
1842 nutzerfreundlichere Gestaltung des Wabensystems, ein landesweites Ticket für Jugendliche
1843 und junge Erwachsene - sowie Übergangstarife zu allen unseren Nachbarn. Industrie- und
1844 Gewerbegebiete wollen wir an das öffentliche Verkehrssystem anbinden sowie attraktive
1845 Verkehrsverbindungen über die Landesgrenzen hinweg realisieren, wie z. B. eine Tram-Train
1846 Saar-Moselle.

1847 Wir setzen uns ein für die Reaktivierung von Bahnstrecken, insbesondere der Strecke
1848 zwischen Homburg und Zweibrücken, der Hochwaldbahn, der linken Saartalstrecke und der
1849 Primstalstrecke zwischen Dillingen und Lebach.

1850 **Ein attraktiver und leistungsfähiger ÖPNV aus einem Guss**

1851 Mit einer ÖPNV-Offensive für Stadt und Land wollen wir zu einem leistungsfähigen
1852 Gesamtsystem des öffentlichen Verkehrs im Saarland beitragen. Wir brauchen einen
1853 nutzerfreundlichen, verlässlichen und preiswerten öffentlichen Nahverkehr.

1854 Wir wollen daher eine Reform, die organisatorisch, finanziell und rechtlich zu einem echten
1855 Mobilitätsverbund für das Saarland führt, in dem sowohl das Land als auch die Landkreise,
1856 der Regionalverband und die Kommunen vertreten sind.

1857 **Überregionale Bahnanbindung des Saarlandes: Ankoppeln statt abkoppeln**

1858 Das Saarland wird zunehmend vom Eisenbahnverkehr abgekoppelt. Die Verbindungen in die
1859 Wirtschaftszentren Rhein-Main, Rhein-Neckar und Rhein-Ruhr sowie nach Metz und
1860 Straßburg werden immer weiter abgebaut. Eine gute Bahnanbindung ist für den
1861 Wirtschaftsstandort Saarland jedoch von entscheidender Bedeutung, gerade um negative
1862 Auswirkungen des demografischen Wandels zu begrenzen. Auch ökologische, soziale und
1863 touristische Aspekte verlangen eine bessere Erreichbarkeit des Saarlandes mit Zügen des
1864 Fern- aber auch des Nahverkehrs.

1865 Wir wollen das Saarland wieder besser ankoppeln an den Bahnknoten in Mannheim durch
1866 eine stündliche Verbindung und die Metropolen Paris, Frankfurt, Stuttgart mit einer
1867 zweistündigen Fernverkehrsanbindung erreichen. Das gleiche gilt für den Kölner Raum und
1868 weitere Ziele in Norddeutschland.

1869 Wir wollen, dass das Saarland nicht erst im Jahr 2029 in die DB Fernverkehrsoffensive
1870 einbezogen wird, sondern schon früher an einem Integrationsmodell mit Fern- und
1871 Nahverkehr beteiligt wird.

1872 Wir setzen uns dafür ein, dass der Bund seiner grundgesetzlichen Verpflichtung nachkommt,
1873 eine gute Anbindung im Eisenbahnfernverkehr sicherstellt und dass der rechtliche Rahmen
1874 durch ein Fernverkehrssicherstellungsgesetz geschaffen wird.

1875 **Mehr Güterverkehr auf die Bahn**

1876 Wir wollen wieder mehr Güterverkehr von der Straße auf die Schienen verlagern. Der Trend
1877 der letzten Jahre muss wieder umgekehrt werden. Dazu müssen leistungsfähige Ladestellen
1878 und Umschlagbahnhöfe für den Güterverkehr der Zukunft geschaffen werden.

1879 Wo sich große Bahnunternehmen zurückziehen, schaffen kleine und mittelständische
1880 Unternehmen im Saarland Ersatz und Arbeitsplätze. Wir wollen diese Initiativen unterstützen
1881 und setzen uns daher für den Erhalt und Ausbau des regionalen Schienennetzes und lokaler
1882 Güterverkehrsstellen ein.

1883 In Zukunft spielt der intermodale Umschlag zwischen Straße und Schiene mit Containern
1884 eine immer größere Rolle. Daher wollen wir private Initiativen, wie z. B. das
1885 grenzüberschreitende Terminal in Überherrn fördern, sowie die Sicherung und den Ausbau
1886 der bestandsbedrohten Güterverkehrsstrecken, etwa im Prims-, Rossel- und Bisttal,
1887 unterstützen.

1888 Für Gewerbeansiedlungen und vorhandene Standorte setzen wir auf eine alternative
1889 Verkehrserschließung unter Nutzung des vorhandenen Schienennetzes und neuer
1890 Güterbahnhöfe oder Gleisanschlüsse. Wir wollen ein Förderprogramm für Gleisanschlüsse,
1891 damit Industrie und Wirtschaft wieder einen einfacheren Zugang zum Schienennetz
1892 bekommen.

1893 **Zukunft braucht Rad- und Fußverkehr**

1894 Für uns gehören Menschen in den Mittelpunkt von Verkehrspolitik. Laut einer Studie des
1895 Umweltbundesamtes aus dem Jahr 2015 wünschen sich 82 Prozent der Deutschen den
1896 Ausbau von Fuß- und Radwegen.

1897 Die Nutzung des Fahrrads im Alltag bietet ein großes Potenzial, um die Umwelt zu entlasten
1898 und den Verkehrslärm zu reduzieren. Bundesweit liegt das Saarland bei der Nutzung des
1899 Fahrrads im Alltagsverkehr auf dem letzten Platz. Dies wollen wir ändern.

1900 Die Bedingungen für einfaches, bequemes und vor allem sicheres Alltagsradfahren müssen
1901 deutlich verbessert werden.

1902 Das gilt vor allem für das Radwegenetz, das in Qualität und Quantität noch große Lücken
1903 aufweist. Um diese zu schließen, muss verstärkt auf die zur Verfügung stehenden
1904 Bundesmittel zugegriffen werden, die bislang nicht ausgeschöpft worden sind.

1905 Außerdem muss die Verknüpfung des Fahrrads mit dem öffentlichen Verkehr verbessert
1906 werden. Die Fahrradmitnahme in öffentlichen Verkehrsmitteln soll durchgängig und
1907 durchgehend kostenlos möglich sein, damit auch Berufspendler die Möglichkeit bekommen,
1908 kostengünstig und umweltfreundlich zu ihrem Arbeitsplatz zu kommen.

1909 Wir setzen uns ein für den Bau von Radschnellwegen, den Ausbau öffentlicher
1910 Lademöglichkeiten für Pedelecs und E-Bikes und ein einfach zu nutzendes
1911 Beschwerdemanagement, über das Schäden und Unzulänglichkeiten am Radwegenetz
1912 gemeldet werden können.

1913 Die Sicherheit für Radfahrer wollen wir erhöhen, etwa durch Schutzstreifen,
1914 Fahrbahnmarkierungen und bei Bedarf auch durch Geschwindigkeitsbegrenzungen für den
1915 motorisierten Verkehr.

1916 Die Einführung von Grünpfeilen für Radnutzerinnen und Radnutzer sowie eine
1917 Ampelschaltung, die sich auch an der Geschwindigkeit von Radfahrern orientiert, soll für
1918 einen attraktiveren Fahrradverkehr in der Stadt sorgen. Der Bau von Fahrradabstellanlagen
1919 und Fahrradboxen soll gefördert werden.

1920 Bei den Planungen zur Verkehrsinfrastruktur muss eine Verbesserung der
1921 Rahmenbedingungen des Fußverkehrs deutlich stärker berücksichtigt werden. Die
1922 gemeinsame Führung von Fuß- und Radwegen sehen wir kritisch, weil Radfahrende
1923 akustisch kaum zu orten sind und sich viele Fußgänger auf diesen Wegen verunsichert
1924 fühlen. Daher treten wir für eine stärkere Entflechtung dieser Verkehrsarten ein.

1925 Für die Stärkung des Fußverkehrs wollen wir darüber hinaus die Fußgängerfreundlichkeit der
1926 Ampelschaltungen verbessern und die Anzahl von Querungshilfen, insbesondere an
1927 Bushaltestellen, erhöhen.

1928 **Zukunftsfähiger Straßen-, Luft- und Schiffsverkehr**

1929 Das Saarland verfügt grundsätzlich über ein ausreichend ausgebautes Straßennetz, weshalb
1930 der Schwerpunkt auf dessen Erhalt gelegt werden soll. Neubauprojekte und deren
1931 Planungen lehnen wir ab, sofern es an volkswirtschaftlichem und gesellschaftlichem Nutzen
1932 fehlt.

1933 Wir setzen uns für eine verbesserte Auslastung des motorisierten Individualverkehrs ein;
1934 hierzu wollen wir beispielsweise die Nutzung von Carsharing-Angeboten fördern.

1935 Um für die Zukunft gerüstet zu sein, muss der motorisierte Individualverkehr verringert
1936 werden und mit neuen, zukunftsweisenden Antriebstechnologien seinen Beitrag zur
1937 Erreichung von Emissions- und Klimaschutzziele leisten. Wasserstoff- und
1938 Brennstoffzellentechnologien im Zusammenhang mit Elektromobilität können hierfür wichtige
1939 Beiträge leisten. Die Entwicklung dieser Technologien wollen wir unterstützen.

1940 Wir setzen uns für eine Steigerung der Wirtschaftlichkeit des Flughafens Saarbrücken ein
1941 und wollen dessen Subventionierung weiter reduzieren.

1942 Die öffentliche Verkehrsanbindung an den Flughafen Saarbrücken und die anderen
1943 Flughäfen in der Großregion wollen wir verbessern.

1944 Die Bundeswasserstraßen sollen in ihrem Bestand erhalten bleiben, insbesondere die
1945 Gündinger Schleuse, die die touristische Anbindung an die französischen Kanäle sicherstellt.
1946 Der Ausbau von Schleusen mit Laufwasserkraftwerken ist zu prüfen.

1947 **7. Demokratie und Recht - Innere Sicherheit**

1948 **Polizeipräsenz stärken – Kriminalität bekämpfen**

1949 Wir wollen eine starke und bürgernahe Polizei. Die Polizei ist ein Eckpfeiler der inneren
1950 Sicherheit in unserem Land. Sie hat eine wichtige Schutzfunktion und hat gleichermaßen
1951 Kriminalität zu bekämpfen und ebenso die Bürgerrechte zu wahren. Dabei soll sie sich durch
1952 Bürgernähe und Flexibilität auszeichnen, um den gestiegenen Anforderungen gerecht zu
1953 werden. Dazu müssen unsere Polizistinnen und Polizisten gut ausgebildet werden aber auch
1954 im Einsatz für unsere Sicherheit und Rechte mit der entsprechenden Schutzkleidung
1955 ausgestattet sein. Wir wollen, dass unsere Polizei besser vor Gewalttätern geschützt wird
1956 und werden deshalb die Polizeischutzausstattung so verbessern, dass sie den modernsten
1957 Sicherheitsanforderungen entspricht. Auch im Bereich der Büro- Kommunikations- und
1958 Informationstechnik muss die Ausstattung dringend verbessert werden. Zudem müssen die
1959 Beschaffungsmaßnahmen besser koordiniert und kontrolliert werden.

1960 Um die Aufgaben der Polizei besser bewältigen zu können und Belastungen zu reduzieren,
1961 aber auch zur Erhöhung des Sicherheitsgefühls der Bürgerinnen und Bürger wollen wir das
1962 Polizeipersonal aufstocken und jährlich 120 neue Kommissaranwärterinnen und – anwärter
1963 einstellen. Die Einrichtung eines Polizeilichen Ordnungsdienstes (POD) kann die
1964 regelmäßige Einstellung von jungen Polizeikräften nicht ersetzen. Sie soll eine einmalige
1965 Ausnahme zur Unterstützung der Polizeiarbeit in bestimmten Bereichen sein aber nicht
1966 weiter ausgebaut werden. Stattdessen benötigen die eingestellten Personen eine sichere
1967 Berufsperspektive in Richtung einer unbefristeten Beschäftigung.

1968 Um die Bürgernähe der Polizei zu gewährleisten ist eine grundsätzliche Überprüfung der
1969 Sparmaßnahmen im Rahmen der Polizeireform notwendig. Dazu gehört auch die geplante

1970 Nachtschließung aller B-Inspektionen im Land. Wir wollen nicht, dass die Polizeipräsenz in
1971 der Fläche weiter ausgedünnt wird.

1972 Wir machen uns für eine „bunte“ Polizei stark, die in ihrer Zusammensetzung sukzessive
1973 auch die sich verändernde Gesellschaft abbildet. Sie benötigt deshalb für ihre Arbeit
1974 verstärkt Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit Migrationshintergrund und Erfahrungen aus
1975 anderen Kulturkreisen.

1976 Wir treten dafür ein, dass Polizistinnen und Polizisten durch ein entsprechendes Schild an
1977 ihrer Uniform identifizierbar sind. Dies dient nicht nur dem Schutz von Bürgerinnen und
1978 Bürgern vor etwaigen Übergriffen, sondern auch dem Schutz der Polizistinnen und Polizisten
1979 vor falschen Anschuldigungen.

1980 Keine noch so ausgefeilte Videoüberwachung kann gut ausgebildete Polizistinnen und
1981 Polizisten ersetzen. Videoüberwachung verhindert keine Straftaten und ist darüber hinaus
1982 datenschutzrechtlich höchst bedenklich. Deshalb wollen wir eine Videoüberwachung in ganz
1983 beschränkten engen Grenzen halten und lehnen einen flächendeckenden Ausbau in
1984 Richtung eines Überwachungsstaates ab.

1985 Die im Zusammenhang mit der Terrorbekämpfung vorgesehene Zusammenarbeit von
1986 Bundeswehr und Polizei sehen wir kritisch. Bundeswehrsoldaten sind nicht für den Einsatz
1987 im Inneren ausgebildet, insbesondere nicht für den Umgang mit terroristischer Gefahr. In
1988 solchen Gefahrensituationen ist die Expertise von geschultem Polizeipersonal unerlässlich.
1989 Deshalb wollen wir die im Grundgesetz festgeschriebene Trennung zwischen Bundeswehr
1990 und Polizei aufrechterhalten. Die Unterstützung der Bundeswehr muss in besonderen
1991 Situationen auf die reine Amtshilfe, insbesondere im logistischen Bereich beschränkt bleiben.

1992 Wir treten ein für die wirksame Kontrolle privater Sicherheitsdienste. Daher müssen die
1993 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aller privaten Sicherheitsdienste für ihre schwierigen und
1994 verantwortungsvollen Aufgaben gut ausgebildet und qualifiziert sein. Wir sehen einen
1995 fundamentalen Unterschied zwischen Polizei und privaten Sicherheitsdiensten.

1996 **Datenschutz stärken**

1997 Daten, vor allem personenbezogene Daten, sind das Gold des 21. Jahrhunderts. Das
1998 Sammeln und die Verarbeitung von Daten ist ein Milliarden schweres Geschäft. Firmen wie
1999 Google oder Facebook sind bekannte Firmen, die mit der Auswertung von
2000 personenbezogenen Daten Milliarden umsetzen. Aber auch der Staat und die öffentlichen
2001 Verwaltungen sammeln und verarbeiten personenbezogene und andere Daten.

2002 Über persönliche Daten muss jede und jeder selbst bestimmen! Deshalb setzen wir uns für
2003 den Grundsatz des Schutzes und der Sparsamkeit im Umgang mit Daten ein.

2004 Der umfassende Schutz persönlicher Daten ist eine Leitlinie grüner Politik. Wir wollen die
2005 Bürgerinnen und Bürger wirksam davor schützen, dass ihre Daten ohne ihr Wissen
2006 gespeichert, weitergegeben oder verkauft werden. Folglich lehnen wir eine unbegründete
2007 Speicherung personenbezogener Daten strikt ab. Die Bürgerinnen und Bürger müssen
2008 wissen, wer was wann und wo speichert und übermittelt. Grüne Datenschutzpolitik bedeutet:
2009 „Meine Daten gehören mir!“. Deshalb ist es wichtig, dass die Bürgerinnen und Bürger die
2010 Kontrolle über ihre Daten behalten, nicht jedem Internetanbieter ihre persönliche Daten
2011 übermitteln. Somit darf die Weitergabe von Daten nicht ohne vorherige Einwilligung der
2012 Nutzerinnen und Nutzer geschehen. Eine bessere Information über die Risiken, die mit der
2013 Weitergabe persönlicher Daten verbunden ist, muss deshalb verstärkt umgesetzt werden.
2014 Außerdem muss es möglich sein, den Weg der eigenen Daten leichter nachzuverfolgen, die
2015 Weitergabe zu unterbinden und ihre Löschung zu verlangen.

2016 Die Internet-Anbieter dürfen die Bürgerinnen und Bürger nicht länger vor die Wahl stellen,
2017 entweder auf den Schutz ihrer Daten oder auf den Zugang zu wichtigen
2018 Internetanwendungen zu verzichten. Wir wollen echte Wahlmöglichkeiten schaffen, die den
2019 Wunsch der Bürgerinnen und Bürger nach einem stärkeren Schutz ihrer privaten Daten
2020 respektieren, durch verhältnismäßige Nutzungseinschränkungen statt Total-Ausschluss oder
2021 auch durch angemessene Bezahlösungen.

2022 Die neue europäische Datenschutzgrundverordnung wird zeitnah in Landesrecht umgesetzt
2023 werden. Dabei werden wir strikt darauf achten, dass weitergehende landesrechtliche
2024 Standards des Datenschutzes bei der Umsetzung nicht verloren gehen. Denn Politik hat die
2025 Aufgabe die Privatsphäre als Menschenrecht zu schützen.

2026 **Demokratischer Verfassungsschutz**

2027 Wir wollen einen demokratischen, freiheitlichen und rechtsstaatlichen Grundsätzen
2028 verpflichteten Verfassungsschutz. Die Trennung zwischen Polizei und Geheimdiensten ist
2029 ein wichtiges Element unserer demokratischen Gesellschaft und darf nicht aufgeweicht
2030 werden. Wir wollen einen Verfassungsschutz, der über ausreichende Sachmittel und
2031 Personal verfügt, um seine Aufgaben verantwortungsvoll zu erfüllen. Dabei soll er sich auf
2032 die reale Gefahrenabwehr für Staat und Gesellschaft konzentrieren, insbesondere auf
2033 gewaltorientierte, extremistische und terroristische Bedrohungen unserer freiheitlichen
2034 demokratischen Grundordnung. Den besten Schutz unserer Verfassung stellen nach wie vor
2035 aufgeklärte Bürgerinnen und Bürger dar. Deshalb zählt die Aufklärungsarbeit zu den
2036 Hauptaufgaben des Verfassungsschutzes.

2037 Bei der notwendigen Bekämpfung von Kriminalität, auch der organisierten Kriminalität, hat
2038 für uns grundsätzlich die Polizei Vorrang vor den Geheimdiensten.

2039 Eine effektive parlamentarische Kontrolle des Verfassungsschutzes ist für uns unabdingbar.
2040 Im zuständigen Ausschuss für Verfassungsfragen haben zwar alle im Parlament
2041 vertretenden demokratischen Parteien Sitz und Stimme. Wir wollen darüber hinaus prüfen,

2042 inwiefern der Ausschuss mit weitergehenden Rechten im Sinne einer stärkeren Kontrolle des
2043 Verfassungsschutzes ausgestattet werden kann.

2044 Überprüfen wollen wir ebenso die Strukturen und die Wirksamkeit eines eigenen
2045 Landesamtes für Verfassungsschutz. Im Hinblick auf Synergieeffekte, Effizienz, Kooperation
2046 und Kostenersparnis sollen dabei Konzepte für einen länderübergreifenden gemeinsamen
2047 Verfassungsschutz Saarland - Rheinland –Pfalz entwickelt werden.

2048 Wir werden uns besonders für eine Stärkung der Bürgerrechte im Bereich der Überwachung
2049 des Brief-, Post- und Fernmeldeverkehrs („G-10-Gesetz“) einsetzen. Bei der Mitteilung schon
2050 durchgeführter Überwachungsmaßnahmen an Betroffene – Voraussetzung für jeden
2051 nachträglichen Rechtsschutz! –klaffen Recht und Wirklichkeit auseinander. Wir wollen daher
2052 eine Pflicht zur statistischen Analyse, die Diskrepanzen zwischen dem Ausmaß der
2053 Überwachung und dem Ausmaß tatsächlicher Mitteilungen transparent macht. Wir wollen,
2054 dass die Bürgerinnen und Bürger ihre Rechte auch tatsächlich wahrnehmen können.

2055 **Informationsfreiheit**

2056 Wir Grüne fordern einen tatsächlichen Zugang zu Informationen, die in öffentlichen Stellen
2057 vorhanden sind. Denn erst der Informationszugang ermöglicht ein demokratisches Kontroll-
2058 und Mitgestaltungsrecht für alle Bürgerinnen und Bürger.

2059 Wir wollen die im Saarländischen Informationsfreiheitsgesetz vorhandenen
2060 Ausnahmetatbestände einer kritischen Prüfung unterziehen, den Informationszugang im
2061 Rahmen privatisierter öffentlicher Aufgaben deutlich verbessern und keine abschreckenden
2062 Gebühren. In diesem Rahmen möchten wir die Bürgerinnen und Bürger offensiv über ihr
2063 Recht auf Informationszugang aufklären und die Verwaltungen für den immer noch recht
2064 neuen Grundsatz der Aktenöffentlichkeit verstärkt sensibilisieren.

2065 Wir Grüne wollen zudem eine umfängliche aktive Veröffentlichungspflicht der Landes- und
2066 Kommunalverwaltungen implementieren und diese durch ein landesweites digitales Open-
2067 Data-Portal sukzessive umsetzen. Denn frei zugängliche Informationen der Verwaltungen
2068 fördern einerseits Transparenz und Bürgernähe und tragen so zum Abbau eines
2069 Demokratiedefizits bei, andererseits stärken sie die wirtschaftliche Innovationskraft, wenn
2070 Unternehmen auf diese Informationen zugreifen können.

2071 **Bürgerbeteiligung**

2072 Eine starke Demokratie lebt von der Akzeptanz und der Beteiligung der Bürgerinnen und
2073 Bürger. Die Menschen wollen sich einmischen – nicht nur am Wahltag, sondern jeden Tag!
2074 Wir GRÜNE setzen uns für mehr Bürgerbeteiligung im Land und den Kommunen ein – damit
2075 die Interessen aller berücksichtigt werden.

2076 Daher wollen wir, dass die Elemente der direkten Demokratie im Saarland zu einem echten
2077 und praktikablen Mitwirkungsrecht für die Bürgerinnen und Bürger umgestaltet werden. Zwar
2078 wurden im Jahr 2013 die Regelungen zur Volksgesetzgebung im Saarland etwas verbessert,
2079 von einem echten Mitwirkungsrecht kann aber immer noch nicht die Rede sein.
2080 Insbesondere ist es ein enormes Hemmnis, dass für die Sammlung der erforderlichen
2081 Unterschriften für ein Volksbegehren der Amtseintrag vorgeschrieben ist. Wir wollen, dass
2082 die Bürgerinnen und Bürger für ihre Unterschrift nicht die Amtsstuben ihrer Gemeinden
2083 aufsuchen müssen, sondern freie Unterschriftensammlungen z.B. auf der Straße und in
2084 Fußgängerzonen ermöglichen. Denn freie Unterschriftensammlungen fördern das politische
2085 Leben, das bürgerschaftliche Engagement und die öffentlichen Diskussionsprozesse und
2086 leisten so einen wichtigen Beitrag zu demokratischen Entscheidungsprozessen. Mit der
2087 Verfassungsänderung im Jahr 2013 wurden zwar auch Volksbegehren über die Verfassung
2088 selber zugelassen, ausgeschlossen sind hiervon aber ausgerechnet die Regelungen über
2089 die Volksgesetzgebung selbst. Wir wollen, dass künftig auch Volksbegehren über diese
2090 Regelungen zulässig sein sollen – unter denselben Voraussetzungen wie sonstige
2091 Volksbegehren über die Verfassung. Zudem wollen wir eine umfassende Information der
2092 Bürgerinnen und Bürger. Dazu soll ihnen mindestens zwei Wochen vor dem Volksentscheid
2093 mittels einer Benachrichtigungskarte Termin, Ort und Gegenstand des Volksentscheids
2094 mitgeteilt werden. Zusätzlich soll jeder Haushalt ein ausführliches Informationsblatt über die
2095 Inhalte des Volksentscheids und den Auffassungen der Initiatoren und des Landtages
2096 erhalten.

2097 Nicht nur auf Landesebene, sondern auch vor Ort in den Kommunen müssen die direkt-
2098 demokratischen Möglichkeiten der Bürgerbeteiligung reformiert werden. Gerade dort, wo es
2099 um das unmittelbare Lebensumfeld geht, in den Kreisen, Gemeinden und Städten, wird
2100 Demokratie als attraktive Chance zur Beteiligung und Mitsprache spürbar. Die Bürgerinnen
2101 und Bürger wollen mitentscheiden, ob z.B. ein neues Gewerbegebiet angesiedelt, ein neues
2102 Wohnbaugebiet ausgewiesen oder ein Schwimmbad geschlossen wird. Bürgerbegehren und
2103 Bürgerentscheide sind im Saarland jedoch noch keine wirkungsvollen Instrumente, um
2104 Bürgerinnen und Bürger zur Mitbestimmung zu motivieren. Seitdem diese Instrumente im
2105 Saarland - als einem der letzten Bundesländer - eingeführt wurden, hat es nur wenige
2106 Bürgerbegehren gegeben, kaum eines war erfolgreich. Einen echten Bürgerentscheid gab es
2107 noch nie. Bürgerbegehren über bestimmte Themen, wie etwa die Bauleitplanung, sind im
2108 Saarland im Gegensatz zu anderen Bundesländern gar nicht möglich. Unnötige formale
2109 Hürden müssen daher abgebaut werden. Wir wollen die Bürgerbeteiligung deutlich
2110 verbessern und bürgerfreundlicher gestalten. Umweltthemen sowie Bau- und
2111 Planungsverfahren dürfen - wie in anderen Bundesländern auch - vom Bürgerentscheid nicht
2112 ausgeschlossen werden. Das Unterschriftenquorum muss gesenkt werden. Für den Erfolg
2113 von Bürgerentscheiden soll eine einfache Mehrheit ausreichen.

2114

2115

2116 **Justiz**

2117 Wir wollen eine Justiz, die effizient organisiert ist und den wirksamen und hochwertigen
2118 Rechtsschutz für alle Bürgerinnen und Bürger in den Vordergrund stellt.

2119 Der Zugang zu Recht und Justiz muss allen Bürgerinnen und Bürgern offenstehen. Deshalb
2120 wenden wir uns gegen eine halbherzige Justizstrukturreform, bei der lediglich Rumpferichte
2121 mit willkürlich verteilten Restzuständigkeiten übrig bleiben. Die Zentralisierung von
2122 Gerichtsstandorten ist nur vertretbar, wenn dadurch keine Hemmschwelle geschaffen wird,
2123 die die Bürgerinnen und Bürger an der Durchsetzung eigener Rechte hindern wird.

2124 Wir wollen die hohe Qualität der saarländischen Rechtsprechung beibehalten. Deshalb wird
2125 es mit uns keine Umverteilung von Zuständigkeiten einzelner Amtsgericht geben, durch die
2126 funktionierende und effiziente Arbeitseinheiten auseinander gerissen werden und
2127 Fachwissen verloren geht. Zudem müssen bei der Optimierung gerichtlicher Organisations-
2128 und Arbeitsprozesse arbeits- und kostenintensive Doppelstrukturen müssen vermieden
2129 werden. Eine Reform darf weder auf dem Rücken der Rechtssuchenden noch auf dem
2130 Rücken der in der Justiz beschäftigten Personen ausgetragen werden. Deshalb verbietet
2131 sich ein Vorhaben, bei dem auch weiterhin Personal abgebaut wird. Wir wollen eine
2132 Effizienz- oder Qualitätssteigerung, die zu einer angemessenen und zeitgemäßen
2133 Verfahrensdauer führt und keinen Zustand, der die saarländische Justiz zum Nachteil aller
2134 Bürgerinnen und Bürger über Jahre hinweg blockieren wird.

2135 Um einen effektiven Rechtsschutz zu gewährleisten, im Justizvollzug den
2136 Resozialisierungsauftrag erfüllen zu können und z. B. im Rahmen von e-justice den
2137 Herausforderungen der Zukunft gewachsen zu sein, bedarf es eines echten
2138 Personalaufbaus. Hierfür wollen wir uns einsetzen.

2139 **Militärischen Fluglärm endlich wirksam reduzieren**

2140 Die Belastungen durch den Lärm von militärischen Flugübungen für die Bürgerinnen und
2141 Bürger vor allem im Nordsaarland sind enorm. Das Saarland und die Westpfalz tragen als
2142 eine von acht Flugübungszonen deutschlandweit die Hauptlast am militärischen Flugbetrieb.
2143 Dabei werden teilweise Lärmwerte von über 80 Dezibel erreicht. Dieser Lärm macht nicht nur
2144 nachweislich krank, sondern er schadet auch der Tourismuswirtschaft im Nordsaarland. In
2145 Deutschland fehlen aber bisher Grenzwerte für Fluglärm oder Maßgaben für lärmreduzierte
2146 Flugroutenplanungen.

2147 Wir setzen uns deshalb dafür ein, dass die Betroffenen besser geschützt werden: Sowohl
2148 durch die Festlegung von Grenzwerten als auch durch strengere Regeln etwa bezüglich der
2149 Flughöhe oder der Ferien- und Nachtruhezeiten.

2150 **8. Sport und Kultur**

2151 **Sport**

2152 Sport macht Spaß, steigert die Lebensfreude, fördert die Gesundheit und stärkt das soziale
2153 Miteinander. Für uns GRÜNE erfüllt Sport auch die gesellschaftliche Aufgabe, Menschen aus
2154 allen sozialen Schichten, unabhängig von Alter, Geschlecht, Behinderung, Herkunft,
2155 Religion, Weltanschauung oder sexueller Orientierung zusammen zu bringen. Deshalb
2156 müssen Sportsstätten barrierefrei sein.

2157 Für uns GRÜNE ist jede Art der sportlichen Betätigung wichtig, ob selbstorganisiert oder im
2158 Verein. Eine moderne Sportpolitik muss dieser Vielfalt gerecht werden. Der Sportverein ist
2159 für viele Saarländer*innen nach wie vor die erste Adresse, wenn es um Sport geht. Ohne
2160 Vereinssport ist der Kinder- und Jugendsport, sind Integration und Inklusion und die
2161 Förderung von Leistungssport nicht denkbar. Das ehrenamtliche Engagement ist in diesem
2162 Bereich besonders wertvoll. Wir wollen die Sportvereine und -verbände bei ihren sozialen
2163 Aufgaben unterstützen und setzen uns für jedwede Verbesserung in der ehrenamtlichen
2164 Arbeit ein. Viele Menschen gestalten ihren Sport aber auch individuell und nutzen dafür u.a.
2165 den öffentlichen Raum und die Natur. Wir möchten dem nichtorganisierten Sport mehr
2166 Möglichkeiten zur Entfaltung geben. Daher sollen bei der Planung und Erneuerung
2167 öffentlicher Anlagen und Plätze die Interessen von Sportler*innen eine wichtige Rolle spielen
2168 und gehört werden. Wir setzen uns für mehr Rad- und Wanderwege sowie Fitnessparcours
2169 für Menschen jeden Alters ein. Auch den Spitzensport möchten wir fördern. Er kann eine
2170 Vorbildfunktion für die Gesellschaft einnehmen. Sportliche Großveranstaltungen in diesem
2171 Segment sind für das Saarland wünschenswert – sie fördern die Attraktivität und
2172 Standortqualität der Region.

2173 Sport ist wichtig für die kognitive, motorische und soziale Entwicklung von Kindern und
2174 Jugendlichen. Deshalb setzen wir uns dafür ein, dass der Spaß am Sport bereits in den
2175 Kindergärten und Kitas vermittelt wird. Wir wollen den Ausbau von altersgerechten
2176 Bewegungs-, Spiel- und Sportangeboten an Kitas, Schulen, aber auch im außerschulischen
2177 Bereich vorantreiben. Wir setzen uns für tägliche Bewegungszeiten an den Schulen ein und
2178 halten die Wiedereinführung der dritten Sportstunde für wünschenswert. Ebenso wichtig ist
2179 die Kooperation von Vereinen mit den Schulen, die wir im Rahmen spezieller
2180 Projektförderungen im Ganztagsbereich weiter ausbauen wollen. Nachholbedarf besteht
2181 zudem auch bei den Sportsstätten im Land. Insbesondere bei den Schwimmbädern ist die
2182 Situation dramatisch. Immer mehr Schwimmbäder fallen dem Sparzwang der Kommunen
2183 zum Opfer und immer weniger Kinder lernen heute noch schwimmen. Wir machen uns für
2184 ein Bäderkonzept stark, das flächendeckende einfache Schwimmmöglichkeiten für Jung und
2185 Alt gewährleistet. Besonders einsetzen werden wir uns für mehr Lehrschwimmbecken.
2186 Sportsstätten sollen wohnortnah oder gut erreichbar sein, damit sie ohne größeren Aufwand
2187 in Anspruch genommen werden können.

2188

2189 **Kultur**

2190 Das Saarland hat kulturell viel zu bieten: Festivals, das Staatstheater, Chöre, Orchester,
2191 Bibliotheken und eine aktive freie Szene mit Theater-, Musik-, Musical- und
2192 Gesangsvereinen. Die Kunsthochschule und die Musikhochschule bilden hochspannende
2193 Kerne und sind zu stärken. Wir GRÜNE stehen für Kultur, die alle Menschen einbezieht. Es
2194 sind gerade auch die freien Kulturträger, die kleinen Theater-, Musik- und Gesangsvereine,
2195 die mit relativ bescheidenen Mitteln und großem Engagement für ein breites und attraktives
2196 kulturelles Angebot auch im ländlichen Raum sorgen. Um sie zu unterstützen, dürfen auch in
2197 Zeiten von öffentlichen „Haushaltsnotlagen“ die Kulturausgaben nicht immer wieder gekürzt
2198 werden. Kunst und Kultur gehören zu den elementaren "Lebensmitteln" einer humanen
2199 Gesellschaft. Kulturpolitik kann nur gemeinsam mit den Kommunen gelingen. Wir GRÜNE
2200 setzen uns deshalb dafür ein, dass Kulturförderung zu einer kommunalen Pflichtaufgabe
2201 wird, zu deren Erfüllung wir die Kommunen auch mit den entsprechenden Finanzmitteln
2202 ausstatten wollen.

2203 Um Kulturpolitik aus einem Guss zu ermöglichen, wollen wir die verschiedenen
2204 Landesaktivitäten in den Bereichen Kultur und Industriekultur zentral in einem Ministerium
2205 bündeln. Die Industriekultur im Saarland wollen wir weiter stärken. Sie bietet viel Potenzial,
2206 auch für die touristische Entwicklung. Wir Grüne wollen ein neues Denkmalschutzgesetz, um
2207 den Landesdenkmalrat in seiner Bedeutung gegenüber der Behörde zu stärken. Besonders
2208 am Herzen liegt uns auch die Erinnerungskultur. Sie ist ein wichtiger Eckpfeiler unserer
2209 Demokratie und fördert Toleranz und Miteinander. Gedenkstätten und Gedenkinitiativen
2210 müssen auskömmlich finanziert werden, damit sie den gesellschaftlichen Veränderungen
2211 und Herausforderungen begegnen können. Dabei gilt unsere Aufmerksamkeit in besonderer
2212 Weise der Erinnerung an die Verfolgung und Vernichtung von Menschen in der Nazizeit. Wir
2213 begrüßen alle Initiativen, die vor Ort das Gedächtnis auch an einzelne Menschen
2214 wachzuhalten versuchen.

2215 Gute Kultur gibt es nur, wenn sich die Lebens- und Arbeitssituation der Künstler*innen
2216 verbessert. Wir setzen uns dafür ein, dass es an saarländischen Spielstätten und „sonstigen
2217 Einrichtungen der Kunst“ ordentliche Beschäftigungsverhältnisse und soziale Absicherung
2218 für die Künstler*innen gibt, um ihnen ein auskömmliches Einkommen zu ermöglichen. Kinder
2219 und Jugendliche sollen einen eigenen Zugang zu Kreativität und Kultur erlangen. Wir wollen
2220 sie zu einer aktiven Medienarbeit anregen, damit sie sich auch mit gesellschaftlich
2221 relevanten Themen auseinandersetzen. Deshalb werden wir Künstler*innen ermutigen und
2222 finanziell unterstützen, in Schulen Angebote kultureller Bildung zu machen. Gerade in
2223 (echten) Ganztagschulen kann solchen Projekten Raum gegeben werden. Deshalb stützen
2224 wir zum einen die flächendeckende Einführung von echten Ganztagschulen. Zum anderen
2225 werden wir die Gemeinwesenarbeit in den einzelnen Gemeinden des Landes und in
2226 einzelnen Stadtbezirken unterstützen. Kulturelle Teilhabe muss allen Menschen ermöglicht
2227 werden, unabhängig von Herkunft, Einkommen, Wohnort, Alter oder körperlichen
2228 Einschränkungen. Nur dann kann Kultur auch ihre integrative Wirkung entfalten.

2229 Insbesondere interkulturelle Projekte und Angebote leisten einen wichtigen Beitrag zur
2230 Integration, stärken den Zusammenhalt der Gesellschaft und geben Impulse für die
2231 Weiterentwicklung der Künste.

2232 Die Bibliotheken spielen eine wichtige Rolle für die Leseförderung, für die Versorgung mit
2233 Literatur und weiteren medialen Angeboten sowie als Zentren der Kommunikation und der
2234 Begegnung. Sie dienen der Erfüllung des Grundrechts auf Informationsfreiheit und
2235 unterstützen damit einen gleichberechtigten Wissenszugang in unserer demokratischen
2236 Gesellschaft. Wir GRÜNE setzen uns deshalb für ihre Absicherung und Stärkung ein.

2237 **9. Europa ist die Zukunft**

2238 Das saarländische Herz schlägt europäisch und international. Wir erleben vor der Haustür
2239 wie unser Kontinent zusammenwächst. Dort wo über Jahrhunderte Hass, Feindschaft und
2240 Krieg herrschten, leben die Menschen jetzt miteinander in Freundschaft. Unsere Großregion
2241 (Saarland, Rheinland-Pfalz, Lothringen, Luxemburg, Wallonien mit der Deutschsprachigen
2242 und Französischen Gemeinschaft Belgiens) vereinfacht den Alltag der mehr als elf Millionen
2243 Menschen, die selbstverständlich über offene Grenzen zum Einkaufen fahren, für eine
2244 schöne Aussicht auf die andere Seite wandern, Freund*innen besuchen oder essen gehen.
2245 Längst lernen, lieben, studieren oder arbeiten wir in einem vereinten Europa. Die Großregion
2246 steht für offene Grenzen und ist Labor für neue Wege der Zusammenarbeit, die über
2247 europäische Töpfe auch entsprechend gefördert werden.

2248 Wir GRÜNE setzen uns dafür ein, dass das Saarland weltoffen bleibt und auch in
2249 schwierigen Zeiten zum Projekt Europa steht. Wer in einer globalisierten Welt
2250 mitentscheiden will, braucht eine starke Europäische Union. Ein Rückfall in nationalstaatliche
2251 Kategorien gefährdet den Wohlstand, den inneren Frieden und die Entwicklungschancen
2252 unseres Landes, und damit die Zukunft der kommenden Generationen. Natürlich läuft nicht
2253 alles gut in Europa. Der Brexit ist ein historischer Rückschlag und die Flüchtlingskrise hat
2254 gezeigt, dass Europa nicht immer eine gemeinsame Lösung für die Herausforderungen
2255 unserer Zeit hat. Daran müssen wir gemeinsam arbeiten statt uns von Europa abzuwenden.
2256 Wir setzen uns für ein faire und solidarische Flüchtlingspolitik ein und sind entschlossen,
2257 Europa besser zu machen: demokratischer, gerechter, ökologischer. Wir bieten den
2258 Populisten Paroli, die unser friedliches Zusammenleben in Europa kaputt machen wollen.
2259 Wir GRÜNE wollen, dass die Menschen von der zentralen Lage des Saarlandes in Europa
2260 profitieren. Europapolitik ist für uns Querschnittsaufgabe, die alle Politikfelder betrifft.

2261 So machen z.B. Feinstaub, Pestizide, Gensaatgut und radioaktive Stoffe nicht an Grenzen
2262 halt. Wir setzen uns für hohe Umweltschutzstandards in der Europäischen Union ein. Sie
2263 sind Innovationstreiber für eine zukunftsfähige Wirtschaftsweise. Unser Engagement für ein
2264 besseres Europa ist auch der Grund, warum wir das geplante europäische
2265 Freihandelsabkommen mit den USA (TTIP), das fertig verhandelte europäische
2266 Freihandelsabkommen mit Kanada (CETA) und das Mehrstaaten-Dienstleistungsabkommen
2267 TiSA, in ihrer jetzigen Ausgestaltung ablehnen. Freihandel und wirtschaftlicher Austausch

2268 sind eine wichtige Grundlage für Wohlstand, aber weder Demokratie, noch Arbeits- und
2269 Sozialstandards oder Verbraucher- und Umweltschutz dürfen dabei auf der Strecke bleiben.
2270 Demokratie braucht Transparenz – auch in der EU. Die europäische Energiewende steht
2271 ganz oben auf unserer Agenda. Wir erleben im Saarland, was die Folge nationaler
2272 Energiepolitiken in Europa ist: Während wir aus der Atomenergie aus- und in Erneuerbare
2273 einsteigen, bleibt der Pannenmeiler Cattenom am französischen Netz. Das muss sich
2274 dringend ändern!

2275 In der Agrar- und Ernährungspolitik wollen wir GRÜNE ebenfalls neue Wege gehen. Bereits
2276 jetzt machen im Saarland zahlreiche regional verankerte, bäuerlich-ökologisch, tier- und
2277 umweltfreundlich wirtschaftende Betriebe vor, dass eine andere Landwirtschaft möglich ist.
2278 Diese Form der Landwirtschaft muss mit den notwendigen Investitionen unterstützt werden.
2279 Wir kämpfen für eine gentechnikfreie Großregion und unterstützen die
2280 Direktvermarktung.

2281 Über 213.000 Menschen pendeln Tag für Tag zur Arbeit über die Grenzen in der Großregion.
2282 Wir GRÜNE setzen uns dafür ein, dass der ÖPNV gestärkt wird. Dazu wollen wir ein
2283 gemeinsames Fahrplan- und Preisinformationssystem einrichten mit dem mittelfristigen Ziel
2284 eines echten Verkehrsverbunds in der Großregion. Um in einem anderen Land arbeiten zu
2285 können, sind aber auch Sprachkenntnisse wichtig. Unser Ziel ist es, die Mehrsprachigkeit im
2286 Saarland zu stärken. Dafür wollen wir mehr muttersprachliche Fachkräfte einstellen, um in
2287 allen Kindertagesstätten erste Französisch-Kenntnisse vermitteln zu können. Wir setzen uns
2288 dafür ein, dass Französisch ab dem Schuljahr 2018/19 flächendeckend an allen
2289 Grundschulen ab der 1. Klasse vermittelt wird. Französisch soll selbstverständlich Englisch
2290 nicht ersetzen, sondern den Kindern und Jugendlichen als Zusatzqualifikation bei ihrer
2291 späteren Stellensuche dienen. Unsere Devise für die Zukunft ist deshalb nicht entweder
2292 oder, sondern sowohl als auch. Hochschulkooperationen wie die „Universität der
2293 Großregion“ (Saarbrücken, Lothringen, Luxemburg, Lüttich, Trier und Kaiserslautern) sind
2294 wichtig, damit die jüngere Generation weiterhin zum Projekt Europa steht. Wir GRÜNE
2295 setzen uns dafür ein, dass die gegenseitige Anerkennung von Studiums- und
2296 Ausbildungsleistungen in Europa weiter vorangetrieben wird.

2297 Durch den Brexit stehen Standortentscheidungen für wichtige EU-Institutionen an, die sich
2298 derzeit noch in Großbritannien befinden. Dies betrifft z.B. die Europäische Bankenaufsicht
2299 (EMA) und die Europäische Arzneimittelbehörde (EMA). Durch die besondere Lage des
2300 Saarlands mitten im Herzen Europas setzen wir uns dafür ein, dass eine dieser
2301 europäischen Institutionen in Saarbrücken angesiedelt wird.

2302 Wir wollen eine europäische Demokratie, in der alle Europäer*innen Einfluss nehmen und
2303 politisch mitwirken können. Deshalb wollen wir die Europäische Bürgerinitiative (EBI)
2304 bekannter machen und prüfen, ob sie perspektivisch zu einem Instrument einer echten
2305 europäischen Volksinitiative ausgebaut werden kann. Den Interregionalen Parlamentarierat
2306 (IPR), eine Vernetzung der Parlamentarier*innen in der Großregion, wollen wir weiter
2307 stärken.

2308 Auch die polizeiliche Zusammenarbeit in der Großregion und in Europa wollen wir GRÜNE
2309 verbessern. Wir wollen keine anlasslose Datensammlung, die die Freiheit der Bürger*innen
2310 einschränkt. Stattdessen müssen vorhandene Strukturen genutzt und rechtzeitig und
2311 vollständig alle wichtigen Informationen über Verdächtige weitergegeben werden. In der
2312 Großregion leistet das gemeinsame Zentrum der Polizei und Zollzusammenarbeit in
2313 Luxemburg, in dem Deutschland, Frankreich, Luxemburg und Belgien zusammenarbeiten,
2314 einen wichtigen Beitrag zum grenzüberschreitenden Informationsaustausch. Um die
2315 Zusammenarbeit weiter zu verbessern, muss es personell aufgestockt werden, um eine 24
2316 Stunden-Besetzung sowohl unter der Woche als auch an Wochenenden zu gewährleisten.

2317 Wir schauen gerne über den Tellerrand und sind weiterhin überzeugt von der Devise „Global
2318 denken – lokal handeln“. Deshalb unterstützen wir den Fairen Handel. Er sorgt dafür, dass
2319 Kleinproduzent*innen einen Mindestpreis erhalten, Kinderarbeit verboten ist, der ökologische
2320 Landbau gefördert wird und eine soziale Prämie für Gemeinschaftsprojekte wie z.B.
2321 Trinkwasser oder Schulbau, gezahlt wird. Wir wollen möglichst viele Städte, Gemeinden und
2322 Landkreise dazu animieren, sich um das Fairtrade-Label bewerben. Unser Ziel ist mittelfristig
2323 ein „Fairtrade Saarland“ und eine „Fairtrade Großregion“.

2324 **10. Gleiche Rechte verwirklichen**

2325 **Regenbogenbuntes Saarland**

2326 Wir wollen die rechtliche Stellung nichtehelicher Lebensgemeinschaften verbessern und
2327 dafür sorgen, dass Rechte und Pflichten nicht länger in einem krassen Missverhältnis
2328 stehen. Das Lebenspartnerschaftsgesetz war dabei ein Meilenstein, um Schwule und
2329 Lesben als selbstverständliche Teile unserer Gesellschaft anzuerkennen. Wir wollen nun
2330 jedoch die volle Gleichstellung in allen Bereichen. Wir bekennen uns daher klar zur Ehe für
2331 alle und zum vollen Adoptionsrecht. Hierzu gehört auch die Abschaffung des
2332 Blutspendeverbots für Männer, die Sex mit Männer haben ebenso wie die Abschaffung des
2333 Verbots der künstlichen Befruchtung für Lesben. Alle Liebenden verdienen die gleichen
2334 Rechte. Das Saarland darf sich bei der Öffnung der Ehe nicht weiter zurückhalten, wie es die
2335 Große Koalition im Bundesrat tut. Analog zur Verfassung des Saarlandes muss auch das
2336 Grundgesetz im Hinblick darauf geändert werden, dass niemand aufgrund seiner sexuellen
2337 Orientierung benachteiligt werden darf.

2338 Die Schule kann und muss einen wichtigen Beitrag zur Identitätsbildung leisten. Denn
2339 gerade queere Jugendliche stehen unter einem großen Druck und sind immer noch
2340 Diskriminierung und Gewalt ausgesetzt. Wir haben deswegen eine Überarbeitung der
2341 Richtlinien für den Sexualkundeunterricht in die Wege geleitet, um so einen
2342 diskriminierungsfreien Umgang mit Sexualität zu unterstützen. Wir wollen uns weiter dafür
2343 einsetzen, dass im Schulalltag die Vielfalt der Lebensformen berücksichtigt werden. Denn
2344 niemand darf ausgegrenzt und diskriminiert werden. Darüber hinaus wollen wir die Aus- und
2345 Fortbildung für Beratungslehrkräfte in diesem Bereich voranbringen. Wir streben auch an, in

2346 unseren Schulen offizielle Anlaufstellen für schwule und lesbische Schülerinnen und Schüler
2347 einzurichten.

2348 Darüber hinaus wollen wir die psychosozialen Dienste umfassend qualifizieren – vornehmlich
2349 in ländlichen Regionen. Gleichzeitig ist die wichtige gesellschaftliche Arbeit des Lesben- und
2350 Schwulenverbandes (LSVD) besser zu unterstützen. Menschen, die aufgrund
2351 gesellschaftlicher und politischer Verfolgung ins Saarland flüchten, müssen geschützt
2352 werden. Wir wollen, dass queere Flüchtlinge im Saarland die Chance bekommen, in Freiheit
2353 zu lieben. Hierzu wollen wir das Beratungs- und Integrationsprogramm umfassend
2354 anpassen.

2355 Die Verfolgung von Homosexuellen auf Grundlage des ehemaligen § 175 StGB war keine
2356 legitime Strafverfolgung. Vielmehr verletzen die Urteile die Betroffenen in ihren Grundrechten
2357 und sind daher Unrecht. Menschen, die nach § 175 StGB aufgrund ihrer sexuellen
2358 Orientierung verurteilt wurden, müssen endlich entschädigt werden. Neben der
2359 strafrechtlichen Verfolgung erfolgte auch eine soziale Repression, die sämtliche
2360 Lebensbereiche durchzog. Wir wollen, dass das Saarland Aufklärung leistet und durch ein
2361 Mahnmal der Opfer gedenkt.

2362 **Frauenpolitik und Geschlechtergerechtigkeit**

2363 Wir GRÜNE setzen uns wie keine andere Partei für eine geschlechtergerechte Gestaltung
2364 unserer Gesellschaft ein. Das bedeutet für uns, dass jede*r die Möglichkeit haben muss,
2365 dass Leben nach den eigenen Vorstellungen zu gestalten, ohne in vorgeformte
2366 Geschlechterrollen gedrängt zu werden. Für uns ist Geschlechtergerechtigkeit deshalb eine
2367 Querschnittsaufgabe für alle Politikbereiche. Eine moderne demokratische Gesellschaft darf
2368 keinen einzigen Menschen aufgrund seines Geschlechts benachteiligen.

2369 Wir geben 100 % für die Hälfte der Macht

2370 Die Hälfte der Macht und der Verantwortung den Frauen – das ist unser Ziel. Denn nur so
2371 können sich bestehende Machtsysteme in Wirtschaft und Politik ändern. Die Frauenquote ist
2372 der Schlüssel für eine gerechte Repräsentation von Frauen in den Entscheidungsgremien
2373 von Politik und Wirtschaft. Die Realität in den Führungsetagen der Wirtschaft ist von einem
2374 Frauenanteil von 50 Prozent allerdings noch weit entfernt. Auch wenn die Frauenquote von
2375 30 Prozent, die der Bundestag beschlossen hat, ein Anfang ist, reicht uns das keinesfalls
2376 aus. Deshalb wollen wir uns durch eine gezielte Frauenförderung dafür stark machen, dass
2377 das Saarland vorbildlich vorangeht, was Frauen in Führungspositionen anbetrifft, sei es in
2378 der Wirtschaft, in der öffentlichen Verwaltung oder in der Justiz. Das
2379 Landesgleichstellungsgesetz ist ein wichtiges Instrument, um die Gleichstellung von Frauen
2380 und Männern durchzusetzen. Wir wollen darin eine entsprechende Quotenregelung
2381 festlegen. Wir machen uns außerdem dafür stark, dass ein fester Prozentsatz der
2382 Arbeitsmarkt- und Wirtschaftsfördermittel für Frauenprojekte reserviert wird.

2383 **Gleicher Lohn für gleiche und gleichwertige Arbeit**

2384 Wie Zahlen des Statistischen Bundesamts zu den Einkommensverhältnissen in Deutschland
2385 belegen, sind wir immer noch weit entfernt von einer echten Gleichstellung von Frauen und
2386 Männern auf dem Arbeitsmarkt. Frauen haben im Jahr 2015 im Bundesdurchschnitt rund 21
2387 Prozent weniger als Männer verdient. Die Gründe für dieses Lohngefälle sind längst nicht nur
2388 darin zu finden, dass Frauen im Vergleich zu Männern häufiger in schlecht bezahlten
2389 Branchen oder in Teilzeit arbeiten. Dies macht zwei Drittel der Gehaltslücke, der
2390 sogenannten Gender Pay Gap, aus. Ein Drittel ist darauf zurückzuführen, dass Frauen in
2391 vergleichbaren oder gleichen Arbeitsverhältnissen wie Männer schlicht weniger Lohn
2392 erhalten. Wir wollen uns über den Bundesrat dafür einsetzen, dass die Bundesregierung
2393 diesem diskriminierenden Lohngefälle endlich mit einem Entgeltgleichstellungsgesetz
2394 begegnet. Auch müssen gerade diejenigen Branchen aufgewertet werden, in denen
2395 vorrangig Frauen beschäftigt sind. Ein Beispiel ist der Pflegesektor, in dem das Personal
2396 deutlich unterbezahlt ist. Mit Informationskampagnen wollen wir mehr Frauen für
2397 Ausbildungsberufe und Studiengänge begeistern, die bislang eher als Männerdomäne
2398 gelten.

2399 **Geschlechtergerechtigkeit im Landeshaushalt durchsetzen**

2400 Wir GRÜNE begreifen Geschlechtergerechtigkeit als Querschnittsaufgabe für alle
2401 Politikbereiche, daher beziehen wir in alle Entscheidungen und Beschlüsse die
2402 Auswirkungen auf das Geschlechterverhältnis mit ein (Gender Mainstreaming). Dieses
2403 Prinzip ist bereits seit 2004 in der saarländischen Landespolitik verankert, fand aber außer
2404 bei einzelnen Pilotprojekten bislang kaum Anwendung. Wir kämpfen für eine echte
2405 Umsetzung dieses Ansatzes in allen Politikbereichen. Die Geschlechtergerechtigkeit wollen
2406 wir auch in Rechnung stellen, wenn es um die Verteilung öffentlicher Gelder geht. Bislang
2407 werden die Ausgaben im Landeshaushalt lediglich nach Politikbereichen verteilt - ohne zu
2408 hinterfragen, wie sich die Ausgaben auf Frauen und Männer verteilen und welche
2409 Auswirkungen damit verbunden sind. Wir GRÜNE wollen analysieren, ob Frauen und
2410 Männer von Ausgaben und Förderungen einen Nutzen haben und wer von Einsparungen
2411 betroffen ist. Bei der Ressourcenverteilung ist auf die Gleichstellung von Frauen und
2412 Männern zu achten. Wir sehen Gender Budgeting als Instrument zur Umsetzung von Gender
2413 Mainstreaming und zur Transparenz der staatlichen Finanzen. Grundgedanke dabei ist: Es
2414 gibt keine geschlechtsneutrale Haushaltspolitik.

2415 **Geschlechtergerechtes Gesundheitssystem**

2416 Wir wollen, dass Frauen und Männer gleichermaßen gut medizinisch versorgt werden.
2417 Deshalb machen wir uns für ein geschlechtergerechtes Gesundheitssystem stark. Bisher
2418 werden neue Medikamente vorwiegend an Männern getestet. Inzwischen ist aber klar, dass
2419 Medikamente bei Frauen und Männern unterschiedlich wirken. Wir wollen deshalb ein
2420 saarländisches Forschungsprogramm an der Universitätsklinik einrichten, das sich u.a. mit
2421 dieser Frage beschäftigt und die unterschiedliche Wirkung von Operationen und die

2422 unterschiedliche Betroffenheit von verschiedenen Krankheiten und Krankheitsbildern bei
2423 Frauen und Männern untersucht. In die Aus- und Weiterbildung aller Gesundheitsberufe
2424 muss künftig viel stärker das Wissen um geschlechtsspezifische Unterschiede von
2425 Gesundheit und Krankheit einfließen.

2426 **Null Toleranz für Sexismus und Gewalt an Frauen**

2427 Leider ist körperliche, vor allem sexualisierte Gewalt gegen Frauen nach wie vor alltäglich.
2428 Jede siebte in Deutschland lebende Frau wird in ihrem Leben mindestens einmal zum Opfer
2429 eines sexuellen Übergriffs. Wir GRÜNE sehen es als staatliche und gesellschaftliche
2430 Pflichtaufgabe, Gewalt gegen Frauen und Kinder zu verhindern sowie den Opfern
2431 rechtsverbindlichen Schutz und Hilfen bereitzustellen. Wir setzen uns dafür ein, dass
2432 Informationen über das Unterstützungssystem aus Frauenhäusern, Zufluchtwohnungen,
2433 Notrufen, Frauenberatungsstellen und Interventionsstellen an geeigneten Orten und in
2434 verschiedenen Sprachen für alle zugänglich gemacht werden. Präventionsprojekte müssen
2435 ausgebaut werden, damit bereits Kinder und Jugendliche gewaltfreie Konfliktlösungen
2436 erlernen. Zur Bekämpfung von sexualisierter Gewalt, Frauenhandel, Zwangsverheiratung
2437 und Zwangsprostitution werden wir die Rechte der Opfer stärken und uns für ein dauerhaftes
2438 Bleiberecht für jene einsetzen, die den Mut haben, gegen die Täter auszusagen.
2439 Wir kämpfen dafür, dass Genitalverstümmelung von Mädchen und Frauen ausdrücklich als
2440 schwere Körperverletzung ins Strafgesetzbuch aufgenommen wird. Dies wäre ein klares
2441 Signal an Ärztinnen und Ärzte, Eltern und Opfer, dass eine solche
2442 Menschenrechtsverletzung von unserem Staat nicht geduldet wird. Länder, in denen
2443 Genitalverstümmelung in einem nicht unerheblichen Ausmaß stattfindet, dürfen nicht als
2444 sichere Herkunftsländer eingestuft werden.